

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Kriegsprofiteure

Am 28. Februar überfielen die USA und Israel den Iran und den Libanon. Der Versuch, den Krieg rasch wieder zu beenden, scheiterte. Am 8. April trat nach mehr als sechs Wochen eine Waffenruhe in Kraft, die an der Gefahr einer Ausweitung des Konflikts bis hin zum Weltkrieg nichts änderte. Ein Ergebnis des Angriffs stand allerdings schnell fest: „Er hat bleibende weltwirtschaftliche Schäden zur Folge“, so der Direktor des kapitalnahen Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, am 15. April im „Handelsblatt“. An den internationalen Energiemärkten seien auf mittlere Sicht Preise für Erdöl und Gas „zu erwarten, die um das gegenwärtige hohe Niveau schwanken“. Das ist einhellige Meinung nicht nur bürgerlicher Ökonomen. Wovon die nicht sprechen: Wer profitiert von diesem Krieg? Die Arbeitenden in den Industrieländern, die riesigen Heere der Armen überall auf der Welt und marxistische Ökonomen kennen die Antwort: die internationalen Mineralölkonzerne. Die vergangene Energiekrise hat das erneut belegt. Shell, BP, ExxonMobile und Chevron erhöhten bereits ab Sommer 2021 sprunghaft ihre Preise, wodurch die Inflation weiter angetrieben wurde. Die stieg in Deutschland im Dezember 2021 auf mehr als fünf Prozent. Der erwünschte Effekt war: Die Reallöhne sanken, die Reichen wurden schneller reich. Also dauerte es Monate, bis die Europäische Zentralbank etwas unternahm. Die seit 2022 verbreitete Behauptung, die Teuerung habe mit dem Einmarsch Rußlands in die Ukraine zu tun, ist ein Propagandamärchen. Wichtigster Urheber für den Kostensprung war vielmehr die Abkopplung von russischen Öl- und Gaslieferungen durch die damals regierenden „Zeitenwende“-Kriegstreiber von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Hinzu kam die von US-Präsident Josef Biden am 7. Februar 2022 dem deutschen Kanzler Olaf Scholz verkündete Vernichtung der Gasleitung North Stream 2. Im September 2022 wurde die Pipeline in der Ostsee gesprengt und Deutschland abhängig von den westlichen Energiekonzernen. Im

Naturschutz- und Touristengebiet Rügen befindet sich seitdem eine Anlandestation für Fracking-Gas mit Aussicht auf eine mögliche Katastrophe. Zwei Jahre später verkündeten Scholz und Biden die Stationierung von US-Angriffswaffen in der Bundesrepublik, die ab 2026 beginnen soll. In dieser Zeit machten sich die Energiekonzerne der EU und vor allem der USA die Taschen voll. Die Monopole stritten das ab, nur ihre Bilanzen wiesen satte Profite aus. Die Gier nach Öl und Extraprofit, imperialistische Kriege plus Abwälzung der Kosten vor allem auf die Arbeiterklasse bleiben eins. Das ist im Irankrieg nicht anders. Geändert hat sich, daß die Weltöffentlichkeit mit der faschistischen Rhetorik Donald Trumps, der u. a. „die Auslöschung einer ganzen Zivilisation“ ankündigte, abgelenkt wird. Geändert hat sich, daß nicht nur eine Gasleitung gesprengt wurde, sondern zum Beispiel der iranische Teil des größten Gasfelds der Welt von Israel bombardiert wurde. Die westlichen Kriegsmedien erwähnten das kaum, ängstigten vielmehr ihr Publikum unentwegt mit der angeblichen Blockade der Straße von Hormus durch den Iran. Reparaturen werden laut Fachleuten Jahre dauern und riesige Summen verschlingen. Diese Verluste werden sozialisiert, d. h. von Milliarden Menschen durch höhere Energie- und Lebensmittelpreise bezahlt, die Gewinne landen auf den Konten vor allem von US-Konzernen. Conny Renkl machte in der UZ vom 17. April darauf aufmerksam, daß „ganz zufällig“ ab dem 2. Quartal 2026 eine „neuerrichtete Riesenproduktionsstätte für LNG (Flüssiggas) in Texas/USA liefern“ könne. Eigentümer sind ExxonMobile und Chevron (30 Prozent) sowie QatarEnergy (70 Prozent). Katar betrieb bis zum Irankrieg den größten LNG-Komplex der Welt, der nun stillliegt. Damit die LNG-Anlagen in den USA rentabel arbeiten, muß der Preis für Öl und Gas steigen und das Angebot verknappt werden. Die Bundesregierung treibt das mit ihrer Kriegspolitik gegen Rußland und den deswegen geplanten Kürzungen bei Renten

und im Gesundheitswesen mit voran. Die Devise lautet: Keine billige und verlässliche Energie aus Rußland. Gegen die Russische Föderation hetzt Merz nicht anders als Trump und Netanjahu gegenüber dem Iran. Besonders abscheulich bleibt dabei die Verunglimpfung der sowjetischen Befreier und Opfer des Zweiten Weltkrieges, die Scholz zur Staatsräson gemacht hat. Wer sich dem am 8. und 9. Mai an den sowjetischen Mahnmalen entgegenstellt, setzt auch ein Zeichen gegen die heutigen Kriegsprofiteure.

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Solidarität mit Kuba	2
Vorgeschichte des Iran-Krieges	3
US-Soldaten gegen den Krieg	3
Aktuelle Entwicklungen im Iran- und Ukraine-Konflikt	4
Krieg - Profit - Macht	6
Kommt die EU-Spionageeinheit?	7
Der Rachefeldzug des deutschen Imperialismus	9
Deutsche Werte	10
Ramstein und der Angriffskrieg auf Iran	12
Es geht gegen Rußland	13
Ostermärsche 2026	14
Die friedlichen deutschen Volksparteien	15
Blühende Landschaften	16
1. Mai: Streikfähig statt kriegstüchtig	17
Klenner zu Habermas	18
Bahn in der Krise	19
Chinas Weg in die Zukunft	20
Afrika - Der Traum meiner Kindheit	21
Die DDR half China in schwieriger Zeit	22
KZ Sonnenburg (Teil 2)	24
Oberhausen: Erinnerung als Auftrag	26
Buchkunst für kleine (und große) Leseratten	27
Geheimtagung im Museum Karlshorst	28
Aufruf: Rußland ist nicht unser Feind	29
Rückblick um der Zukunft willen	30
Der 1. Mai in Moskau (RF-Archiv)	32

# Wenn Solidarität in Kuba einen Hafen findet

„Wir segelten einen Monat lang nach Gaza, und am Ende kamen wir nicht an: Die israelischen Besatzungstruppen fingens ab, entführten uns und brachten uns ins Gefängnis. Die Hilflosigkeit, unser Ziel nicht erreichen zu können, war furchtbar.“ Diese Erinnerung verfolgte Nicole León Avilés noch immer, als sie in Havanna festen Boden unter den Füßen hatte. Sie, die Teil der Globalen Sumud-Flottille gewesen war – die versucht hatte, einen humanitären Korridor nach Gaza zu schaffen –, war diesmal für die Organisation der Spenden in Mexiko und zusammen mit anderen für deren Transport per Schiff nach Havanna zuständig. Als sie am Hafen von Havanna und dann am William-Soler-Kinderherzzentrum ankam und sah, wie die 14 Tonnen medizinischer Hilfsgüter, Medikamente, Lebensmittel und Hygieneartikel entladen wurden, wußte sie, daß die Hilflosigkeit, die sie in Gaza erlebt hatte, sich nun in Kuba in einen Akt der Gerechtigkeit verwandelte.

„Hier anzukommen und Hilfe leisten zu können, genau das, was wir in Gaza tun wollten, aber nicht durften, ist für uns von unschätzbarem Wert.“ „Es macht uns Mut, es gibt uns Kraft, weiterzumachen“, sagte die Ecuadorianerin, eine kommunistische Aktivistin und eines der Besatzungsmitglieder des Schiffes Granma 2.0, das am 24.3. angelegt hatte.

## Eine Schlacht, die über das Medizinische hinausgeht

Innerhalb der Mauern des Herzzentrums reicht der Kampf weit über den medizinischen Bereich hinaus. Es ist ein täglicher Kampf, einen Katheter, ein Reagenz oder ein Medikament zu beschaffen. Die geografische Distanz und die durch das US-Wirtschaftsembargo auferlegten Barrieren machen jede Lieferung zu einem Teil einer komplexen Odyssee.

„Um Ausrüstung zu beschaffen, irgendetwas, das für die Versorgung eines schwerkranken Patienten – wie im Fall unserer

herzkranken Kinder – notwendig ist, stehen das kubanische Gesundheitssystem, unsere Bevölkerung und jede einzelne Kubaner vor einem Dilemma, einer Tragödie“, erklärte Dr. Eugenio Selman Housein-Sosa, der Direktor des Zentrums.

Die seit Jahrzehnten chronische Situation hat sich in letzter Zeit verschärft. In diesem Zusammenhang brachte die Ankunft der Granma 2.0 nicht nur spürbare materielle Entlastung, sondern bestätigte auch, daß internationale Solidarität in schwierigen Zeiten ein unerschütterlicher Halt bleibt.

## Der Wert, der aus dem Herzen kommt

„Wir wissen, daß Sie Ihre Reise selbst bezahlt haben, daß Sie diese Dinge durch Ihre eigene harte Arbeit und Anstrengung, die Ihrer Kollegen und Familienangehörigen, erworben haben“, sagte der Direktor des Herzzentrums. „Sie stammen nicht aus dem Reichtum einer Bank oder eines Millionenkonzerns, sondern aus dem Schweiß, dem Engagement und dem Herzen von Menschen, die helfen wollen.“ Für den Arzt geht diese Geste weit über das Materielle hinaus. „Sie ist die Hoffnung auf eine bessere Welt“, erklärte er.

„Indem Sie hier sind, geben Sie uns Kraft, Sie erreichen unsere Herzen, damit wir weiter durchhalten und versuchen können, das zu tun, was Sie uns lehren: für andere zu kämpfen, anderen zu helfen“, schloß der Direktor des Herzzentrums an einem Tag, der als Beispiel dafür in Erinnerung bleiben wird, wie menschlicher Wille Brücken über jede Belagerung hinweg bauen kann.

## Eine politische Pflicht

Für Nicole León ist dies keine isolierte Geste, sondern Teil einer gemeinsamen Geschichte des Widerstands. Die Ankunft in Kuba bedeutet für sie, in ihren Worten, einen Akt der Gerechtigkeit und eine Atempause. „Selbst wenn man uns nicht läßt, werden wir weitermachen. Wir kehren am 13. April nach

Gaza zurück und werden wieder in See stehen. Aber es ist wie ein Hauch frischer Luft, ankommen zu können und das kubanische Volk zu unterstützen, das sich immer so sehr für die Welt eingesetzt hat.“

Nicoles Engagement hat jedoch Wurzeln, die tief mit der Geschichte der Solidarität zwischen den Völkern verwoben sind. „Ich komme aus Ecuador. Dort war nach dem Erdbeben von 2016 eine kubanische Ärztebrigade im Einsatz. Das ist für mich eine Verpflichtung.

Ich bin Mitglied der Kommunistischen Partei, ich bin Internationalistin. Für mich ist es eine politische Pflicht und zugleich ein Ausdruck der Dankbarkeit für eine ganze Geschichte des Internationalismus, der Solidarität und des gemeinsamen Engagements.“

## Ein Symbol von großer Bedeutung

Die Reise des Schiffes, das seine Besatzung auf den Namen „Granma 2.0“ taufte – in Anlehnung an die Yacht, die 1956 die Expeditionsteilnehmer der Bewegung des 26. Juli nach Kuba brachte –, war somit nicht nur von den 14 Tonnen Hilfsgütern geprägt, die es transportierte, sondern auch von dem Symbol, das es verkörpert: internationale Solidarität, die trotz Blockaden, Entfernungen und Widrigkeiten einmal mehr beweist, daß eine andere Welt möglich ist. Der Australier Daniel Herbert, Mitglied der Solidaritätsinitiative, hob die Inspiration hervor, die er aus der Widerstandsfähigkeit der Insel zieht. „Es ist sehr inspirierend, Kubas Widerstandsfähigkeit zu sehen, zu sehen, was getan wird, zu sehen, wie die Menschen zusammenarbeiten. Gestern waren wir im Krankenhaus und haben den Ärzten zugehört. Die Art und Weise, wie sie über Gesundheit, über Rechte und über die Großzügigkeit sprechen, die sie einander entgegenbringen ... Es ist mir eine große Ehre, hier zu sein.“

**Wennys Díaz Ballaga**

Redaktionell gekürzt

Quelle: [internet@granma.cu](http://internet@granma.cu), 26.3.2026

# Rußland wird ein zweites Schiff mit Erdöl nach Kuba schicken

Am 29. Januar unterzeichnete US-Präsident Donald Trump eine Anordnung, mit der er den nationalen Notstand ausrief. Hintergrund war die angebliche „ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung“, die Kuba für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstelle. Darin wird der kubanischen Regierung vorgeworfen, mit zahlreichen „feindlichen Staaten“ zusammenzuarbeiten, „transnationale Terrorgruppen“ zu beherbergen und die Stationierung „hochentwickelter militärischer und geheimdienstlicher Kapazitäten“ Rußlands und Chinas auf der Insel zuzulassen.

Aufgrund dieser Anschuldigungen wurden Zölle für Länder verhängt, die Öl nach Kuba exportieren, und Vergeltungsmaßnahmen gegen diejenigen angedroht, die gegen die Exekutivanordnung des Weißen Hauses verstoßen. Kuba hat diese Anschuldigungen stets zurückgewiesen und gewarnt, daß es seine territoriale Integrität verteidigen werde.

Am 7. März kündigte Trump an, daß Kuba „bald einen großen Wandel erleben wird“ und daß das Land, „am Ende des Weges“ angekommen sei.

In dieser Situation hat der russische Öltanker „Anatoli Kolodkin“ mit rund 100 000 Tonnen Erdöl an Bord Anfang April die sozialistische Karibikinsel erreicht. Nun bereitet Rußland bereits die Entsendung eines zweiten Öltankers nach Kuba vor, dessen Fracht helfen wird, den Betrieb der lebenserhaltenden Systeme im Land, zur Stromerzeugung und zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Quelle: <https://de.granma.cu>, 4.4.2026

# Der Iran ist das siebente Land auf der Liste

**D**ie Verhandlungen in Genf zwischen Washington und Teheran über das iranische Atomprogramm schienen gerade zu einem Erfolg zu führen, als am 28. Februar 2026 plötzlich die amerikanischen und israelischen Raketen flogen und der Krieg gegen den Iran begann. Dieser Krieg hat eine lange Vorgeschichte.

1951 erfolgte – noch während der Pahlawi-Dynastie – unter dem gewählten iranischen Premierminister Mohammad Mossadegh die Verstaatlichung der Ölindustrie, wogegen die CIA und der britische MI6 mit gezielten Aktionen vorgingen. Daraufhin wurde Mossadegh 1953 im Rahmen einer „Operation Ajax“ entlassen und festgenommen, womit ein laizistischer Staat verhindert wurde und ein internationales Konsortium Zugriff auf die iranischen Ölvorkommen erhielt. 1979 verließ dann der Schah Mohammed Resa Pahlawi das Land, der Revolutionsführer Ajatollah Ruhollah Chomeini kehrte aus dem französischen Exil zurück und der Iran wurde eine autoritär geführte islamische Republik. Seither steht das Land im Fokus der USA und der Briten und kam nicht mehr zur Ruhe. Es nimmt zwar mit den größten Erdgas- und viertgrößten Erdölvorkommen erheblichen Einfluss auf die Versorgung der Welt mit fossilen Energieträgern. Zudem unterhält es wirtschaftliche Beziehungen zu westlichen Ländern sowie wirtschaftliche und militärische Kooperationsabkommen mit Rußland und China. Die erdrückenden Sanktionen der USA, denen sich Großbritannien und die Staaten der Europäischen Union angeschlossen

haben, führten jedoch zu schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen.

Hinzu kommt, daß der Iran als größte Regionalmacht Vorderasiens eine inoffizielle Militärkoalition anführt, wozu Hamas, Hisbollah und Huthi gehören. Das hat ihm, wie auch anderen Ländern, die sich gegen den verheerenden Einfluss der USA und Westeuropas wehren, deren erbitterte Gegnerschaft eingetragen. So gesehen, ging es Ende Februar 2026 bei dem völkerrechtswidrigen Angriff und der Ermordung Ajatollah Ali Chameneis, des Nachfolgers von Ruhollah Chomeini, nur zum Teil um die Beilegung des Atomstreits. Wie zum Beispiel 2015 in Minsk, als Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Konflikts stattfanden, die sich als Täuschungsmanöver der westlichen Allianz erwiesen, gab es auch in Genf lediglich Scheinverhandlungen zur Aufgabe des iranischen Atomprogramms. Daß die USA ganz andere Pläne hatten, zeigt ein kurzer Blick hinter die Kulissen. 2007 enthüllte der Viersternegeneral Wesley Clark, zeitweise Oberbefehlshaber der NATO, skandalöse Interventionsvorhaben der Bush-Administration gegen sieben Länder.

Clark sagte, es habe unmittelbar nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 einen Plan für Regimewechsel und Kriege im Nahen Osten und in Afrika gegeben. Gelistet waren außer Afghanistan der Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und letztlich der Iran[1]

Die Interventionen gegen sechs Länder wurden nach und nach „abgearbeitet“, nur

der Iran war übrig geblieben, und dieser Krieg wird nach Jahren der Intrigen, Hetze und Sanktionen jetzt nachgeholt.

Daß die USA damit ein weiteres Pulverfaß angezündet haben und die Konflikte mit Rußland und China eskalieren, scheint Donald Trump in Kauf zu nehmen – ein Beweis dafür, daß es eine Langzeitstrategie der USA gibt, die unabhängig von der jeweiligen Präsidentschaft funktioniert. Unter der Regierung von Donald Trump ist vieles anders, chaotischer geworden. Aber Trump führt die US-Politik im Sinne der Wirtschafts- und Finanzeliten sowie des militärisch-industriellen Komplexes weiter wie vorgesehen. Wieder haben die USA, diesmal mit Unterstützung von Israel, einen mörderischen Krieg begonnen. Welche Auswirkungen er letztlich haben und wie er enden wird, ist derzeit nicht absehbar. Aber der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz, der dem US-Präsidenten am 3. März seine Aufwartung gemacht hat, weiß von der Entwicklung im Iran und den Hintergründen der US-Aggression offensichtlich nichts. Völkerrecht hin oder her, er findet den Angriff auf den Iran nötig und gerechtfertigt. [2]

**Wolfgang Bittner**

[1] Vgl. Amy Goodman: *Syriens Wahrheit*, 6.3.2012 (aufgerufen am 4.3.2026)

[2] Vgl. Bundeskanzler Merz spricht mit US-Präsident Trump über die Lage im Iran | tagesthemen-Interview (aufgerufen am 4.3.2026)

*NachDenkSeiten*, 8.3.2026

## Auch US-Soldaten verweigern sich dem Irankrieg

**V**erfolgt man, wie es die Friedensaktivisten Doris und George Pumphrey tun, auch Nachrichten aus der US-Army, erfährt man etwas, was durchaus nachdenklich stimmen kann. Sie erinnerten an den Widerstand der US-Soldaten in der US-Armee gegen den Krieg in Vietnam, der eine entscheidende Rolle in der damaligen Antikriegsbewegung in den USA spielte und schließlich ein solches Ausmaß erreichte, daß sich die Regierung nicht mehr auf die Armee verlassen konnte. Gegenwärtig wächst die Ablehnung des Krieges der USA an der Seite Israels gegen den Iran auch in den US-Streitkräften. Immer mehr US-Soldaten zweifeln an der Teilnahme an diesem Krieg und weigern sich, für Israel zu sterben. Es stimmt: Es sind nicht so unendlich viele, aber es gibt sie und wir sollten registrieren, daß es sie gibt. Wir sollten daran denken, daß auch in der US Army viel Mut dazu gehört, wenn Soldaten direkt und unmißverständlich sagen, daß sie keine politischen Schachfiguren sein wollen.

Eine Veteranin und Reservistin, die jüngere Offiziere betreut, berichtet: „Ich habe in den letzten zwei Wochen sechsmal Informationen über Wehrdienstverweigerer weitergegeben, und ich bin seit fast 20 Jahren beim Militär – noch nie haben sich Leute auf diese Weise an mich gewandt.“ Das Portal HuffPost hat in seinen Interviews erfahren, daß viele US-Soldaten Gefühle der Verletzlichkeit, überwältigenden Streß, Frustration und Desillusionierung äußerten, die so weit gingen, daß sie den Wunsch äußerten, das Militär zu verlassen. Eine Bodenoperation wäre „eine absolute Katastrophe ... dafür haben wir keinen Plan“, sagte ein Militärangehöriger, der in einem US-Militärkrankenhaus in Deutschland verwundete Soldaten aus dem Irankrieg behandelt. „Wir können nicht einmal einen einzigen Stützpunkt im Einsatzgebiet vollständig verteidigen.“ „Zufälliges indirektes Feuer zu ertragen, ist nicht dasselbe, wie mit anzusehen, wie die gesamte Turnhalle, das Café und einige Schlafläle

in weniger als 50 Metern Entfernung in die Luft gesprengt werden“, sagte ein anderer. Matt Howard, Co-Direktor der Gruppe Veterans Against The War, erklärte, seine Organisation helfe immer mehr aktiven Soldaten, ihr Recht auf Austritt aus dem Militär als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu verstehen.

Diejenigen, die den Status eines Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen erlangen möchten, geben an, durch den US-amerikanischen Tomahawk-Raketenangriff auf eine Grundschule in der iranischen Stadt Minab beeinflusst worden zu sein, bei dem mehr als 175 Menschen, darunter mindestens 165 Schülerinnen, getötet wurden. Eindeutig sind es auch in den USA vor allem die Kinder der Ärmeren und der Mittelschicht, die in den Kriegen fallen, damit die Aktienkurse für die Reichsten der Reichen steigen. Daß sich dagegen Widerstand in den USA selbst regt, ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

**Achim Seider**

# Aktuelle Entwicklungen der parallel ablaufenden Nahost- und Ukraine-Konflikte

**W**ährend es den USA mit dem Ukraine-Konflikt darum geht, Rußland als Konkurrenten bei der Neuordnung der Welt auszuschalten und das Land so zu schwächen, daß man es aus der Allianz mit China herauslösen sowie dessen Ressourcen billig ausbeuten kann, wollen die USA und Israel mit dem Iran-Krieg ihre Vormachtstellung in der bedeutenden Erdöl- und Erdgas-Region des Nahen Ostens verteidigen und den Iran als Regional- und Erdölmacht ausbohren und zerstückeln. Die Aggressoren wollen mit allen Mitteln erreichen, daß der Iran die nächsten 20 Jahre keine Atommacht sein wird und sich mit seinen Partnern den USA und Israel unterordnet.

Diese Politik der USA und deren regionaler Stellvertreter – Israel und der Ukraine – soll die unipolare Vorherrschaft der USA weiterhin sichern und die Voraussetzungen für einen Krieg gegen China schaffen.

Schon bei der Vorbereitung des Ukraine-Konflikts unterschätzten die Entscheider in den USA sowie die neonazistische Führung der Ukraine die militärischen Fähigkeiten und die Ressourcen der Russischen Föderation (RF). Ihre auf der ukrainischen Seite anfangs eingesetzten konventionellen Waffen zeigten Schwächen, denn sie waren, im Gegensatz zu Rußlands kriegsfähigen, anfangs meist noch sowjetischen, aber später auch modernisierten und qualitativ neuen Waffen, nicht für langandauernde Kampfhandlungen geeignet (Vieltypigkeit, geringere Nutzungsdauer, überschwere Panzertechnik, Unterschätzung der russischen Raketentechnik, der Luftstreitkräfte und der Luftverteidigung, aber auch der Mittel des funkelektronischen Kampfes).

Trotz der bereits im Ukraine-Konflikt gemachten Erfahrungen haben die USA ihre ihnen hohe Verluste bringenden Schwächen nicht ausreichend bei ihrem Angriff auf Iran berücksichtigt. Sie tappten durch die unrealistische israelische Lagedarstellung im Nahen Osten wieder in die gleiche Falle wie vorher. Unter der Berücksichtigung der blutigen USA-Iran-Kriege 2007 und 2012, die die Iraner nicht vergessen haben (über 500 000 Tote), hat sich der Iran dieses Mal schon über zwei Jahre mit Hilfe Rußlands und Chinas auf diesen lange vom Westen propagierten Krieg verdeckt vorbereitet. Es gelang, moderne Waffen, wichtige Objekte der kritischen Infrastruktur, der Wirtschaft und der Atomindustrie „tiefer zu legen“ (bis 400 m), Verteidigungslinien aufzubauen, eigene Luftverteidigungsmittel sowie Drohnen, treffgenaue Mittelstrecken-Raketen,

darunter auch Hyperschallwaffen, in großen Stückzahlen herzustellen und gut getarnt zu positionieren. Rußland und China unterstützen den Iran mit modernen Militärtechnologien und wirksamen Waffen. So soll die RF die Sarmat-2-Technologie, Geran-2-Drohnen (modernisierte iranische Shahed-136), neueste Luftverteidigungssysteme (S-500), Flugzeuge (Su-35 S), Hubschrauber (Mi-28) und Avangard-Gleiter (27 Mach) sowie China Flugzeuge der 5. Generation, Luftverteidigungssysteme, Kommunikations- und Marineteknik sowie elektronische Waffenkomponenten und anderes geliefert haben. Wegen der hohen Treffgenauigkeit der eingesetzten Waffen ist anzunehmen, daß die Partner den Iran auch mit Satellitendaten unterstützen. Die DVRK schloß sich den Waffenlieferungen in den Iran über geheime Versorgungswege mit tausenden schulergestützten Luftkörper- und Panzerabwehrmitteln, einer großen Anzahl von Hwasong-Hyperschall-Mittelstrecken-Raketen (12–15 Mach) sowie mit der Bereitstellung von mobilen Interkontinentalraketen an. Damit wurde der Iran in die Lage versetzt, nach den verheerenden Angriffen von Israel und den USA auf seine Infrastruktur deren Angriffspotential und Nuklearanlagen noch vernichtender zu bestrafen.

Besonders Israel handelt wie bei früheren Konflikten und greift wichtige Ziele Irans (Führungspersönlichkeiten und Spezialisten, Militärbasen, die kritische Infrastruktur, darunter auch Nuklear-, Wasserentsalzungs- und andere wichtige Industrie- sowie Energieanlagen, aber auch Wohngebiete, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen) stets als erste brutal an.

Dennoch ist festzustellen, daß die nach der Tötung von politischen und militärischen Führungskräften des Iran neu gegliederte iranische Führung unerwartet effektiv agiert, und daß der Iran weiterhin in der Lage ist, seine ressourcenvernichtenden und präzisen Raketen- und Drohnenangriffe auf wertvolle Ziele der Aggressoren wirksam fortzusetzen.

So gelang es, die „modernste Luftverteidigung der Welt“ in Israel auszuschalten und mit ständig ansteigender Intensität und Wirkung die Funktion wichtiger Einrichtungen des Staates, der Armee, der Großindustrie und der Nuklear-Objekte sowie ganzer Großstädte (Tel Aviv, Jerusalem u.a.) stark einzuschränken. Der Iran modernisierte – in Umsetzung der Erfahrungen des Ukraine-Konflikts – seine Angriffstaktik, indem er zunächst mit billigen

iranischen Drohnen angreift, wodurch die Luftverteidigung Israels gezwungen ist, eine große Anzahl der teuren und nur in geringer Anzahl vorhandenen und gelieferten Abwehrraketen einzusetzen. Erst danach werden Präzisions-, Hyperschall- und Cluster-Bomben mit Submunition – eine verbotene Flächenwaffe – sowie elektromagnetische Waffen in Anwendung gebracht. Es deutet alles darauf hin, daß die USA und Israel, nachdem es ihnen nicht gelungen war, die gut verborgene militärische Bewaffnung des Irans vollends zu zerstören, ihre Aufmerksamkeit auf zivile Ziele richten, um die Bevölkerung zu demoralisieren, wie man es bereits im Ukraine-Konflikt, im Libanon und in Gaza beobachten konnte. Mit Hilfe einer langen, nach ukrainischem Muster vorbereiteten Bodenoffensive, wollen es die Aggressoren hier besser machen und endlich ihre Ziele im Iran und im Nahen Osten erreichen.

Israel hat die USA mit täuschenden Angaben über den Iran und dessen Streitkräfte in den Krieg hineingezogen. Als Pakistan mit den USA und dem Iran eine 14-tägige Waffenruhe ausgemacht hatte und dabei der Beschuß von Kraftwerken und Nuklearobjekten eingestellt werden sollte, hat Israel diese Abmachung ignoriert und am 9.4.26 selbständig iranische Objekte der angeführten Kategorien angegriffen. Netanjahu will keinen Frieden und tat kund, daß er nur durch die Weiterführung des Krieges Israels Ziele erreichen und seine Macht sichern könne.

## Sind die USA und Israel wirklich die bisherigen Sieger?

Am 7.4.26 soll nach Verlautbarung von Briefing Berlin über YouTube die gesamte mehrstufige Luftverteidigungsarchitektur Israels, der Iron Dome, die LV-David Slim sowie Arrow 2 und 3, durch einen Antwortschlag des Irans deaktiviert worden sein. Sie soll einfach nicht reagiert haben. Die Überraschung bestand darin, daß keine Drohnen oder Hyperschallraketen zum Einsatz gekommen seien, sondern ein elektromagnetisches Störsystem der neuen Generation, was nicht nur Israel, sondern den gesamten Westen in helle Aufregung versetzt haben soll.

Am 16.4.26. soll der Iran lt. Reuters, der drei Quellen aus den USA, GB und Israel für das Ereignis und Satellitenbilder angibt, das gesamte zionistische Nuklearwaffenprogramm bei Dimona mittels Fatah-2-Raketen (15 Mach) neutralisiert haben. Die

Forschungs-, Produktions- und Lagereinrichtungen sollen nicht mehr existieren und es soll zur Kontaminierung der Umwelt gekommen sein. Durch diese Operation will sich der Iran endlich von der nuklearen Bedrohung durch Israel befreit haben. Ob es sich dabei um eine realistische Aussage handelt, hängt aber davon ab, ob in Israel noch Atomwaffen erhalten geblieben sind und zu welchen Entscheidungen sich die Sicherheitsräte Israels, der USA und anderer Länder durchringen. Dabei hätten Sicherheitsgarantien der USA für Israel und den Iran die größte Bedeutung für eine friedensbringende Wirkung.

Auch die USA bekommen, obwohl sich Trump einen Sieg im Iran für die Täuschung seines Volkes, seiner Partner vor Ort und vieler Länder zusammenlügt, die gewachsenen militärischen Fähigkeiten des Irans und dessen Unterstützer zu spüren. Sie verlieren immer mehr Soldaten, Söldner und Waffensysteme. Das Land büßte in den Golfstaaten seine 13 Militärbasen ein und verlor viel Vertrauen bei seinen arabischen Vasallen. In den USA gibt es schmerzhaft Preiserhöhungen und Lieferkettenabbrüche sowie eine unsteuerbare Verschuldung.

Angesichts der modernen Raketen-, Drohnen- und elektro-magnetischen Waffen Irans, von welchen das Land noch eine große Anzahl besitzen soll, befinden sich die vor Ort eingesetzten Flugzeugträgergruppen, wenn sie sich nicht auf Sicherheitsabstand zurückziehen, in ständiger Gefahr, vernichtet zu werden. So wurden zwei der drei Flugzeugträgergruppen vor Ort 800 bzw. 1500 km von den iranischen und jemenitischen Küsten durch Küstenschutz-Komplexe (3-4 Mach) Irans und durch Hyperschallraketen der Huthis vertrieben, wodurch diese ihre militärischen Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Der dritte Flugzeugträger – „Eisenhower“ – kam unter Beschuß, wodurch er seine Manövrier- und Handlungsfähigkeit verlor. Für seine Wiederherstellung mußte der Staat 2,4 Milliarden Dollar aufwenden. Die 14 zur Sperrung der Straße von Hormus eingesetzten US-Schiffe kamen bei ihrer Blockade „gegnerischer“ Schiffe voll unter iranischen und jemenitischen Beschuß, da diese die ebenfalls nicht genehmigten Schiffe blockierten. Dabei sollen US-Zerstörer durch iranische Khali-Fars-Raketen versenkt oder funktionsunfähig gemacht worden sein. Trotz der beiden Blockaden löste ein chinesischer Öl-Großtanker letztere einfach auf, nachdem China den Einsatz von militärischen Begleitschiffen angedroht hatte. Zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Beitrags am 18.4. war die Situation so, daß der Iran eine größere Anzahl von Schiffen durchgelassen hat, während die trumpsche USA stur weiter blockierte. Es ist zu hoffen, daß die sich in Paris treffenden Staaten eine Marinemission zur Öffnung der Straße von Hormus

erwirken können, damit es nicht zu einer Weltwirtschaftskrise oder einen großen Krieg kommt.

Auch einen herben Verlust an acht teuren Flugzeugen und Hubschraubern innerhalb von zwei Tagen, die bei Rettungsaktionen und Kampfhandlungen im Iran „verloren gingen“, mußten die USA verkraften.

Die Maßnahmen der USA auf die iranischen Schläge münden in die zusätzliche Bereitstellung von 10 000 Soldaten, womit die US-Truppen, die für eine Bodenoperation vorgesehen sind, verstärkt werden sollen. Das sich existentiell bedroht fühlende Israel, welches in der Frage der Bodenoperation viel ungeduldiger ist als die USA, hat den Zeitpunkt einfach vorverschoben und düpiert so wieder einmal die USA. Ob sich dadurch die Situation für die USA und Israel im Nahen Osten verbessert, steht in den Sternen.

Die zivilen Verluste des Iran sollen einige Tausend betragen und die materiellen sollen mit denen im Libanon vergleichbar sein. Die Zerstörungen von militärischen und zivilen Objekten sollen nach westlichen Angaben über 40 % ausmachen, wobei dafür keine Beweise vorgelegt wurden. In Vorbereitung der Bodenoperation wurden am Anfang des Krieges wichtige Eisenbahnstrecken, Brücken und Autobahnabschnitte zerstört, um die iranische Logistik zu unterbrechen. Im Rahmen der strategischen Planung sollen die USA und Israel über den Einsatz von taktischen Atomwaffen beraten haben, um das Risiko des Todes von 50 000 bis 300 000 US- und israelischen Soldaten bei einer Bodenoperation zu vermeiden. Der Iran verkündete, daß auch er nuklear antworten würde, was Putin bestätigte und weiter ausführte, daß die Aggressoren berücksichtigen sollten, daß die RF, China, die DVRK sowie Pakistan den Iran in einer solchen Situation aktiv unterstützen könnten.

Trotz der Verluste und Zerstörungen Irans haben die USA bisher keines der erklärten Ziele – weder den Sturz des Regimes noch die Beschlagnahme von angereichertem Uran, noch die Beendigung der Angriffe Irans mit modernen Waffen – erreicht.

In dieser Situation legte der Iran den USA ein 10-Punkte-Programm vor, welches zwar zu Friedensverhandlungen in Pakistan führte, aber durch den Kriegspatriarchen und Trump-Erpresser Netanjahu gecancelt wurde.

Dieser Plan beinhaltete u.a. folgende Forderungen an die USA:

- Keine neuen Aggressionen gegen den Iran
- Fortgesetzte iranische Kontrolle über die Straße von Hormus
- Anerkennung der Urananreicherung
- Aufhebung aller primären und sekundären Sanktionen

- Aufhebung aller Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und aller Resolutionen des Gouverneursrats
- Zahlung von Entschädigungen an den Iran
- Abzug der US-Kampftruppen aus der Region
- Beendigung des Krieges an allen Fronten, einschließlich gegen den islamischen Widerstand im Libanon.

Der iranische Parlamentssprecher M. B. Ghalibaf stellte bereits einen Tag nach der Waffenstillstandsvereinbarung fest, daß die USA drei von den 10 Punkten bereits auf Intervention Israels verletzten oder ablehnten. Das Recht des Irans auf Anreicherung von Uran sollte verweigert, es sollten keine Angriffswaffen in der ehemaligen Kampfzone basieren werden und der Waffenstillstand sollte nicht für den Libanon gelten. Sollten die USA diese Position nicht ändern, will sich der Iran von Trump mit neuen Verhandlungen und Deals nicht erpressen lassen.

Im Libanonkrieg konnte Trump Netanjahu wegen der hohen israelischen Verluste zu einem Waffenstillstand zwingen, der aber durch Israel ständig unterbrochen wird. Sollte dennoch ein Deal mit dem Iran gelingen, hätte der Kriegsfortsetzungsfanatiker Selenskyj noch schlechtere Karten als bisher.

Eine iranische Kontrolle über Hormus – plus die Kontrolle der Huthis über das Rote Meer – könnte den USA die Vorherrschaft über Energieträger und deren Preisgestaltung entreißen und die finanzialisierte globale Vorherrschaft der USA beenden.

Seitens des Irans geht es in diesem Krieg nicht nur um die Vertreibung des US- und israelischen Militärs aus ihrer Einflußzone, sondern hauptsächlich um einen geopolitischen Wandel, denn nur der Iran mit seinen Verbündeten kann eine sichere Passage durch die Straße von Hormus garantieren. Sollte es dem Iran gelingen, seine Kontrolle über die Region Hormus aufrechtzuerhalten, die auch von den USA eingefordert wird, würde sich die Geopolitik Asiens in einer neuen strategischen Realität präsentieren.

**Oberst a.D. Gerhard Giese**

# Krieg – Profit – Macht

**K**riege sichern Rüstungsunternehmen und daran angeschlossenen Unternehmen extrem hohe Profite. Gegenwärtig werden spezielle „Geschäftsmodelle“ entwickelt, um aus Kriegen oder sich anbahnenden Konflikten den maximalsten Gewinn zu erzielen. Laut Greenpeace-Berechnungen machten z.B. die deutschen Mineralölkonzerne im Zeitraum von März bis April 2026 zusätzliche Gewinne in Höhe von 1,18 Milliarden Euro. Auf Grund der Rekordausgaben Deutschlands und anderer Länder der westlichen Welt für Kriegsvorbereitungen stieg der Kurs der Rheinmetallaktie in den letzten 10 Jahren auf über 2000 %. Unternehmen wie Rheinmetall erhalten Rekordaufträge für die Bundeswehr und für den Ukrainekrieg, finanziert mittels Schulden und Steuern durch den Staat, zum Nachteil seiner Bürger.

Die Rekordumsätze von Rheinmetall resultieren aus einem florierenden Kriegsgeschäft. Waffen und Munition sowie weitere Tötungsmaschinen werden in alle Welt geliefert, nicht nur an die Ukraine oder Israel. Kleinere Rüstungsunternehmen, ob in Deutschland oder im Ausland, werden von Reinmetall aufgekauft. Mögliche Konkurrenz wird damit beseitigt. Die Tatsache, daß diese Aktivitäten von Rheinmetall aber auch von anderen deutschen und internationalen Rüstungsunternehmen für die Menschen in den von Kriegen heimgesuchten Ländern Zerstörung, Elend und Tod bedeuten, interessiert die Konzernführungen nicht. Profit zählt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Beitrag der Chemnitz „Freien Presse“ vom 21.3.26, wonach die Bundesregierung Rüstungsexporte in Länder des Nahen Ostens sowie in die Ukraine „vereinfacht“. Exporteure können so schneller Ausfuhrgenehmigungen nutzen. Laut Bundeswirtschaftsministerin Reiche setzte die Bundesregierung damit „ein Zeichen der Solidarität“ – Solidarität für wen? In der Ukraine sind beispielsweise mehr als 2000 Firmen mit deutscher Kapitalbeteiligung tätig. Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete am 17.4.26, daß das „ukrainische Rüstungsunternehmen Airlogix, in Kooperation mit dem Drohnensoftware-Spezialisten Auterion in München, eine Produktionsstätte für schwere Langstrecken-Kampfdrohnen aufgebaut hat. Die geplanten Waffensysteme sollen eine Reichweite von 1000 bis 1500 Kilometern haben. Die DaVinci Avia GmbH mit Sitz in Feldkirchen bei München ist Hersteller unbemannter Fluggeräte“. Das Ziel besteht hier offensichtlich darin, den Krieg gegen Rußland mit moderneren Mitteln zu intensivieren. Warum die Weiterführung des Ukrainekrieges mit deutschen Waffen und deutschem Geld so wichtig ist, wird auch in einer Ausarbeitung des „Wissenschaftlichen

Dienstes des Bundestages“ unter dem Titel „Rohstoffe der Ukraine“ deutlich. Die enormen Bodenschätze des Landes (Lithium, Manganerz, Graphit, Krypton und Xenon u.a.) machen das Interesse der deutschen Industrie an diesen „Schlüsselmineralen“ für die Wirtschaft und die militärischen Fähigkeiten der NATO-Staaten und den zu erwartenden Profiten deutlich, zumal bisher lt. dem genannten Dokument nur geringe Mengen abgebaut wurden. Beachtenswert ist auch die Tatsache, daß die Ukraine die weltweit größten Reserven an Eisenerzvorkommen – etwa ein Fünftel der weltweiten Gesamtmenge – besitzt. Der ehemalige ukrainische Premierminister Asarow erklärte kürzlich in einem Interview: „Ausländische Konzerne und westliche Länder haben mittlerweile nahezu die vollständige Kontrolle über Land und Bodenschätze der Ukraine. Sämtliches Land in den unterschiedlichsten Eigentumsformen befindet sich im Besitz großer Agrarkonzerne wie Monsanto. Präsident Wladimir Selenskyj hat im Rahmen entsprechender Abkommen die natürlichen Ressourcen der Ukraine kostenlos an Großbritannien und die USA abgetreten.“ Deutschland will sich also wieder einmal einen „Platz an der Sonne“ sichern. Untermauert wird dies mit dem zwischen Deutschland und der Ukraine im April 2026 abgeschlossenen Abkommen über eine „Strategische Partnerschaft“, mit dem Deutschland weitere rund vier Milliarden Euro in der Ukraine investieren will. Im Vordergrund stehen dabei die Lieferung von Rüstungsgütern und Langstreckendrohnen für den Kampf gegen Rußland. Verfolgt man die Problematik der militärischen Zusammenarbeit Deutschland-Ukraine und den Verlauf des Krieges etwas genauer, so wird deutlich, daß die daraus resultierenden Erkenntnisse für die Bundeswehr und deren möglichen Kriegseinsatz genutzt werden.

Auf Grund der sich abzeichnenden „mangelnden Unterstützung der USA“ für den Ukrainekrieg erklärte der Chef des belgischen Verteidigungsministeriums General Vansina kürzlich in einem Interview: „Bis 2030 muß Europa für einen möglichen Konflikt mit Rußland ohne US-Unterstützung bereit sein.“ Der Konflikt in der Ukraine verschaffe „Europa Zeit“.

Der ukrainische Verteidigungsminister Denys Schmyhal erklärte auf Facebook, daß eine ganze Anzahl ausländischer Rüstungsunternehmen in der Ukraine aktiv sind. Laut seinen Worten wurde jüngst ein Rechts- und Wirtschaftsregime zur Förderung der Rüstungsindustrie geschaffen, was u.a. Steuervergünstigungen, vereinfachte Zollverfahren und Möglichkeiten für Export und Integration in globale Ketten

und anderes vorsieht. Untermauert wird seine Aussage mit dem Hinweis, daß in der Ukraine gegenwärtig die neuesten Waffen hergestellt werden, die auf dem Schlachtfeld Wirkung zeigen können. Diese Aussage bekräftigt das deutsche Interesse an der „Notwendigkeit für eine Strategische Partnerschaft“.

„Rüstungsausgaben sind ein gigantisches Konjunkturprogramm“, sagte im März 2025 der Chef des Rüstungskonzerns Hensoldt, Oliver Dörre. Zunehmend gibt es Beispiele, daß Unternehmen der zivilen Produktion auf Rüstungsproduktion umsteigen, da sie auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Situation um ihre Existenz fürchten. Aus Presseberichten geht hervor, daß selbst Gewerkschaftsfunktionäre diese Entwicklung positiv sehen, um „Arbeitsplätze zu erhalten“. Die Beschlüsse der Bundesregierung zur Aufrüstung haben die Macht der Rüstungskonzerne erheblich verstärkt. Nationale und internationale Konzerne gehen gemeinsam in eine Richtung – dem Krieg gegen Rußland entgegen. Sie nehmen direkt oder indirekt mit ihren Lobbyisten Einfluß auf die Politik der Regierungen. Ihre Entscheidungsvorgaben tragen dazu bei, daß das Volk die Zeche zahlt für die Milliardeninvestitionen in Kriegsvorbereitung und Aufrüstung, für einen neuen Krieg.

**Dietmar Hänel**  
Flöha



**„RotFuchs“ abonnieren  
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF  
als Printausgabe  
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30  
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung  
per E-Mail:**

**[vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)**

# Kommt die EU-Spionage-Einheit?

„Von der Leyen will eigenen Geheimdienst“ meldeten am 11. November letzten Jahres die Nachrichtentportale. Die Kommission der Europäischen Union (EU) kündigte die Einrichtung einer kleinen „dedicated cell“ (Spezialeinheit) an, angesiedelt im Generalsekretariat, direkt unter Präsidentin Ursula von der Leyen. Als Ziel der „cell“ war vorgesehen, Experten aus nationalen Geheimdiensten zusammenzuziehen, um der „latenten hybriden Bedrohung“ durch russische Operationen (Sabotage, Cyberangriffe, Wirtschaftsspionage, „Instrumentalisierung von Migrantenströmen“) effektiv entgegenzutreten zu können. Am 26. März 2026 meldete nun das „Handelsblatt“, die EU-Kommission wolle „bis Ende Juni eine neue Sicherheitsstrategie für die EU ausarbeiten“. Man „erwäge die Schaffung eines europäischen Geheimdienstes“. Welchen Stand haben diese Aktivitäten? Wie sind sie vor dem Hintergrund der nicht nur extern wirkenden Friktionen im Verhältnis von USA, NATO und EU einzuschätzen? Dem soll im Folgenden nachgegangen werden. Die Idee, eine organisatorisch eigenständige, von ihrem Aufgabenfeld klar definierte und vom US-Geheimdienst CIA unabhängig operierende Agentur zu schaffen, ist nicht neu. Auftrieb bekam die Sache durch den am 30. Oktober 2024 vorgelegten 165-seitigen Bericht des ehemaligen Präsidenten Finnlands, Sauli Niinistö. Er forderte für die EU eine „fully fledged intelligence co-operation service“ (vollwertige Geheimdienstkooperation). Ein organisatorisch eigenständiger Dienst war damit nicht gemeint, eher eine Koordinationsstelle. In seinen Worten ein „echter Verbund“ zur Überwindung nationaler Beschränkungen, eine Abteilung, die Bedrohungsanalysen bündelt, aktualisiert und den politischen Gremien der EU zuleitet. Eine informelle Kooperation von Geheimdiensten der EU jenseits des US-amerikanischen CIA gibt es bereits seit einigen Jahrzehnten. Die maßgebliche Rolle hierbei kommt drei Diensten zu: dem deutschen Bundesnachrichtendienst (BND, 6.500 Mitarbeiter, Budget knapp 1 Mrd. Euro), dem französischen Auslandsgeheimdienst DGSE (Direction générale de la Sécurité extérieure, 7000 Mitarbeiter, Budget 1,15 Mrd. Euro) und dem britischen Secret Service MI6 (3000 Mitarbeiter, Budget 2,8 Mrd. Euro). Auch nach dem Brexit vom 1. Februar 2020 lief die Kooperation des MI6 mit seinen europäischen Kollegen bruchlos weiter. Die Zusammenarbeit wickelt sich über regelmäßig tagende Foren, gemeinsame Lagezentren und informelle

Informationskanäle ab. Operative Details unterliegen der Geheimhaltung. Die bekannteste dieser informellen Strukturen zum gegenseitigen Informationsaustausch ist der seit den 60er Jahren bestehende „Club de Berne“ (Berner Club). Er ist der Idee einer Geheimdienst-Allianz west- und zentraleuropäischer Staaten verpflichtet. Seine Hauptstoßrichtung ging vor 1989 gegen die Sowjetunion, seither beobachtet er die Aktivitäten der Russischen Föderation. Mittlerweile hat sich als Ableger des Berner Clubs ein zweites Austauschforum etabliert, die „Counter Terrorist Group“ (CTG). Die CTG tagt regelmäßig, um die operative Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Geheimdiensten der EU zu erleichtern. Dies geschieht durch die Bereitstellung von Bedrohungsanalysen an die politischen Entscheidungsträger der EU. Mit dem neuen BND-Gesetz, das die operativen Möglichkeiten des BND auf dem internationalen Feld erweitern soll, gleicht sich der deutsche Dienst seinen Vorbildern CIA, MI6 und DSGE an. Nunmehr verfolgen alle drei Dienste paramilitärische Einsätze, Wirtschaftsspionage und strategische Geheimdienstoperationen. Neben der genannten „freien Assoziation“ von BND, DSGE und MI6 etablierte sich in den Folgejahren nach „9/11“ (2001) eine nachrichtendienstliche Einrichtung, das „EU Intelligence and Situation Centre“ (IntCen), die mit der bereits zuvor geschaffenen Intelligence-Direktion des EU-Militärstabes (EUMS INT) zusammenarbeitet. Mit etwa 70 bis 100 Mitarbeitern seit 2003 besteht die Aufgabe des IntCen darin, strategische Lagebilder zu zivilen Bedrohungsszenarien zu erstellen und auszuwerten. Seit 2007 führt die neu geschaffene EU-Spionage- und Bedrohungsanalyse-Einheit SIAC (Single Intelligence Analysis Capacity) die Erkenntnisse von INTCEN mit militärischen Lagebildern zusammen. Zusammenfassend: Es gibt bis dato keinen im EU-Ausland aktiv agierenden Geheimdienst, sondern lediglich die Auswerte- und Bewertungseinheit SIAC. Sie bekommt ihre Daten von den nationalen Diensten, insbesondere BND, DSGE und MI6. Der zuvor erwähnte Niinistö-Bericht empfahl, diese Koordination organisatorisch zu verbessern. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen nahm den Faden auf und favorisierte, insbesondere als sich die Beziehungen zur Trump-Administration zum Jahreswechsel 2025/2026 verschlechterten, die Schaffung eines organisatorisch eigenständigen EU-Geheimdienstes. Das provozierte unerwarteten Widerstand: Die EU-Außenbeauftragte

Kaja Kallas befürchtete, ihrer eigenen außenpolitischen Zuständigkeit als EU-Außenbeauftragte beraubt zu werden und warnte vor unnötigen Parallelstrukturen: Es gebe mit der SIAC bereits eine zentrale Stelle und die Souveränität der nationalen Dienste dürfe nicht in Frage gestellt werden. Das mediale Echo auf von der Leyens Plan war auch ansonsten nicht von Begeisterung geprägt. Aus Griechenland schallte ihr vom ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis entgegen: „Die bisher halb verrückte von der Leyen ist jetzt in den vollen Wahnsinn getrieben, ihren eigenen in Brüssel ansässigen CIA zu gründen.“

Die Kommissionspräsidentin, mittlerweile durch Misstrauensvoten im EU-Parlament und wegen allzu liebedienerischer Anbiederung an US-Präsident Trump unter Beschuss geraten, gab zügig klein bei. Die Wortwahl wurde, augenscheinlich auch um keine rigiden Reaktionen von jenseits des Atlantiks zu provozieren, zahm. Seither spricht die EU-Kommission nur noch von einem „europäischen Geheimdienstverbund“. Wie EU-Kommissar Piotr Sierafin ausdrückte, sei ab sofort eine gewisse Zurückhaltung angesichts des „komplexen geopolitischen und geoökonomischen Umfelds“ angebracht. Jedenfalls bis auf weiteres. Regierungsoffizielle Erklärungen zum „Projekt“ von der Leyens liegen von deutscher Seite nicht vor, man hält sich in Berlin mit Blick auf die US-Regierung zurück. Auch US-Geheimdienstministerium und State Department schweigen zur Idee eines europäischen Geheimdienstes. Die am 18. März veröffentlichte „2026 Annual Threat Assessment“ (geheimdienstliche globale Bedrohungsbewertung) widmet sich auf 34 Seiten allein der Volksrepublik China, Russland kommt fast nicht vor und für Europa finden sich nur abfällige Bemerkungen zu dessen desolater Wirtschaftsleistung. Immerhin, das „European Council on Foreign Relations“ (ECFR) – eine NATO-affine Denkfabrik – spiegelt die Meinung amerikanischer Regierungskreise: Hier ist von der momentan „unsicheren Zukunft“ einer transatlantischen Kooperation die Rede. Soll heißen, Kooperation auf Geheimdienstebene ja, aber ohne den Europäern zu viel zu verraten. Alles kocht auf kleiner Flamme und man wartet ab, ob die europäischen NATO-Verbündeten bei der Stange bleiben oder sich untreu absetzen. Die innerimperialistischen Zwistigkeiten führen indes keineswegs zu einer ganz oder teilweise Lähmung des nationalen und EU-weiten Ausbaus des Überwachungsapparates, auch der fortschreitende Abbau demokratischer

Rechte läuft ungehindert weiter. Die US-Administration ihrerseits konzentriert ihre „Nationale Sicherheitsstrategie“ zunehmend auf den gewollten Konflikt mit der Volksrepublik China und kann sich gleichzeitig strategisch aber keine Abnabelung von der nach wie vor von ihr beherrschten NATO leisten. Insbesondere ist der Weltpolizist auf die EU als Puffer gegen Russland angewiesen und vermag ohne die für alle militärischen Flugbewegungen in Europa, Nordafrika und den gesamten mittleren Osten unabdingbare Militärbasis im pfälzischen Ramstein ihre imperiale Position nicht aufrecht zu erhalten. Die Lackmusprobe auf die militärische Zusammenarbeit der BRD mit den USA wird die Umsetzung der gemeinsamen Erklärung vom Juli 2024 sein. Hier wurde vereinbart, daß „ab 2026“ die USA landgestützte Mittel- und Langstreckenraketen (Tomahawk-Cruise, SM-6 und Long-Range Hypersonic Weapons Dark Eagle) im Raum Wiesbaden oder Grafenwöhr stationieren sollen. Technisch sind die Waffensysteme lieferfertig, über den aktuellen Stand des spätestens für Herbst dieses Jahres vorgesehenen Transports nach Deutschland ist allerdings auf den einschlägigen

NATO-Plattformen nichts in Erfahrung zu bringen. Trotz aller Ungewissheiten bemüht sich der BND nach Kräften, eine in Europa vorherrschende Position zu erlangen. Bis das neue BND-Gesetz in Kraft ist, nutzt er die Zeit, um in Konkurrenz zum Militärischen Abschirmdienst (MAD), dem (noch) die Auslandserfahrung fehlt, sein paramilitärisches Leistungsspektrum auszubauen. Aktuell stellt der Dienst ca. 700 militärische Dienstposten bereit, das Gros davon arbeitet als Satellitenbildauswerter. Dem französischen DSGE macht der BND die nachrichtendienstliche Führungsrolle in der EU streitig. Es liegt nahe, daß der BND versucht, ein mögliches nachrichtendienstliches Vakuum nach einem Rückzug der CIA von der europäischen Bühne zu füllen und in Europa die erste Geige zu spielen. Dazu dient ihm seine hausgebackene „Euro Eyes“-Initiative. Inspiriert vom „Five Eyes“-Modell (Geheimdienstallianz von Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland unter Führung der USA) träumt er von einem europäischen Verbund zum Austausch nachrichtendienstlicher Informationen und Spionageoperationen. Auf viel Gegenliebe bei seinen Brüdern im Geiste

stößt der BND dabei nicht, die Führung der EU sieht darin bloß eine angemessene Konkurrenz zu bestehenden EU-Institutionen wie der SIAC. Der französische DSGE und der britische MI6 wittern bereits, daß sich die deutschen Schlapphüte wohl allzu sehr in den Vordergrund spielen wollen. Nur ein schwacher Trost für den BND: Daheim in Berlin gibt's noch vereinzelt Fürsprecher. Die Üblichen zwar, aber umso lauter. „Wir brauchen ein europäisches Format der Geheimdienstkooperation – nennen wir es ‚Euro Eyes‘ –, um sicherzustellen, daß starke Staaten Informationen aus klaren rechtlichen Gründen schnell und sicher austauschen können“, sagt der Grüne Konstantin von Notz, Vorsitzender des Geheimdienstaufsichtsausschusses des Deutschen Bundestages, sein Kollege Roderich Kiesewetter CDU-Obmann im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, nimmt den Mund genauso voll. „Wir haben uns seit Jahrzehnten auf die Fähigkeiten der US-Geheimdienste verlassen. Wenn uns das genommen wird, müssen wir schnell alternative Strukturen entwickeln.“ Schnell, das ist die Lehre, wird hier gar nichts funktionieren.

**Dr. Ralf Hohmann**

## Zur Bewußtseinslage der abhängig Beschäftigten in Vorkriegszeiten Nicht wieder stillhalten!

Vor 1914 sammelten sie sich um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Beide wurden nicht müde, den Zusammenhang herzustellen von Massenverarmung und eingeschnürter Meinungsfreiheit auf der einen und Aufrüstung und Kriegsgeschrei auf der anderen Seite. In den Köpfen der deutschen Arbeiterklasse und anderen Teilen der Lohnabhängigen aber gab es ein merkwürdiges Nebeneinander: Da war das Bewußtsein, nicht der Klasse anzugehören, die Panzerkreuzer auf Panzerkreuzer auf die Werften schieben ließ – auch als Erbe der bis zur Jahrhundertwende noch revolutionären deutschen Sozialdemokratie, die sich zu Karl Marx und Friedrich Engels bekannte. Da waren aber auch das Vertrauen in Gott, Kaiser und Vaterland und die von allen Medien geschürte Furcht vor dem russischen Zarismus. Die Haltung, beim großen Krieg nicht mitmachen zu wollen, und der antirussische Deutschland-Taumel hoben sich in Millionen Köpfen gewissermaßen gegenseitig auf. Auch deshalb setzten viele Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Füße nicht in Bewegung, um die Kriegsgefahr zu stoppen. Als dann die Kanonen donnerten und die Repressionen gegen alle Kriegsgegner zunahmen, war es zu spät. Erst 1918 setzte sich millionenfach die Erkenntnis

durch, daß frühere Gegenwehr gut gewesen wäre. Diese Erkenntnis führte immerhin zur Vertreibung des Kaisers und zu einer halben Revolution.

Eine Kriegsvorbereitung später hatte die KPD plakatiert: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Dieser Losung folgten Millionen. Auch die sozialdemokratisch wählenden Arbeiter nickten auf Veranstaltungen, Kundgebungen und in den Diskussionen zu den Argumenten der Kommunistinnen und Kommunisten. Sie blieben aber stumm gegenüber ihrer Forderung, den drohenden zweiten großen Krieg mit dem Mittel des Streiks zu stoppen. In ihren Köpfen stand die Einsicht, daß die Krupps die Krauses ins Verderben treiben würden, erneut neben Russenhaß und Angst. Auch hier hob sich beides auf und ließ erneut die Füße stillstehen. Am Ende war es wieder zu spät und der Protest äußerte sich nur noch still. Zum Beispiel in den Todesanzeigen für Soldaten. „Gefallen für Führer, Volk und Vaterland“ – dieser Stehsatz stand 1940 noch in rund 80 Prozent der Anzeigen, 1944 nur noch in 10 Prozent. 1945 bis 1949 fand in denselben Köpfen millionenfach die Einsicht, daß Imperialismus und Krieg eine Einheit bilden, wieder zusammen. Immerhin führte das

diesmal wenigstens in einem Teil Deutschlands zur Beseitigung des Kapitalismus und zur Gründung der DDR. Aber wieder war die Einsicht in die Zusammenhänge bei Millionen erst nach der Katastrophe gekommen.

Nun also zum dritten Mal. Auch heute gibt es eine millionenfache Ablehnung gegen Wehrpflicht und die Erkenntnis, daß der Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen, die ständig steigenden Preise die Kehrseite von Aufrüstung, Sanktionen und Kriegsgetrommel sind. Und wieder steht neben dieser Einsicht der erneut herangezüchtete Russenhaß – diesmal nicht auf Zar oder Stalin, sondern auf Putin. Wieder blockiert dieses Propagandageheul zusammen mit der aufkommenden Furcht vor dem sozialen Abstieg die Füße derer, die auch auf die Ostermärsche gehört hätten.

Bertolt Brecht wies auf das große Karthago hin, das drei Kriege führte und nach dem dritten nicht mehr auffindbar war. Noch ist es nicht zu spät, diesmal die Dinge im Kopf vorher zusammenzubringen und sich in Bewegung zu setzen gegen Imperialismus, Verarmung, Angst und Krieg.

**Manfred Sohn**

*Unsere Zeit, DKP, 10.4.2026*

# Der Rachefeldzug des deutschen Imperialismus

**D**ank der Schwäche des zaristischen und des revolutionären Rußlands waren Deutschland und Österreich im Ersten Weltkrieg recht weit gekommen, hatten die Ukraine besetzt und standen nicht weit von Petrograd, am Donez, am Don, in Georgien und hatten Finnland abhängig gemacht. Mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk 1918 waren die Mittelmächte kurz vor ihrem Ziel. Doch die Niederlage im Westen und die Novemberrevolution erzwingen 1918 ihren Rückzug. Danach halfen sie mit westlicher Billigung noch den baltischen Nationalisten, die Rote Armee zu vertreiben, und empfahlen sich so bestens den Westmächten als Militärkraft.

Dann aber schied Deutschland als imperialistische Speerspitze zunächst aus, nur die antisowjetische Propaganda lief auf Hochtouren. Der SPD-Reichskanzler Friedrich Ebert erklärte die deutsche Armee für als im Felde unbesiegt und den prosowjetischen Linken wurde mit der Dolchstoßlegende die Hauptschuld für die deutsche Niederlage angelastet, den Bolschewiki die Novemberrevolution. Es war der SPD zu verdanken, daß die Revolution im Sande verlief und durch reaktionäres Militär niedergeworfen werden konnte. Es bildete sich eine breite antikommunistische Front von den Sozialdemokraten über Liberale und Konservative bis zu den Faschisten heraus. An dieser Konstellation hat sich bis heute nichts geändert.

Obwohl das revolutionäre Rußland mit der deutschen Niederlage und den erdrückenden Bestimmungen des Versailler Vertrages nichts zu tun hatten, blieb der Antisowjetismus, der sich mit einem verstärkten Antisemitismus verband, die bestimmende Ideologie der rechten Mehrheit. Das brachte die Nazis als Gegenspieler der „Judenrepublik“ immer mehr ins Spiel.

Zunächst aber wandte sich der deutsche Nationalismus vor allem gegen die Westmächte und Polen. Der Kampf gegen den Versailler Vertrag, der auch von der Sowjetunion abgelehnt wurde, bestimmte die Politik aller deutscher Parteien. Deutschland hatte durch ihn 13 % seines Territoriums und 10 % seiner Bevölkerung verloren. Aber die antisowjetische Propaganda blieb eine weitere Konstante, obwohl sich die Beziehungen zur UdSSR relativ gut entwickelten. Nach der Machtübergabe an die Nazis 1933 machte der Westen ihnen enorme Zugeständnisse, um sie zum Krieg gegen die Sowjetunion zu treiben. Bis 1939 konnte Deutschland so sein Territorium „legal“ um 20 % erweitern. Der Anschluß

Österreichs und des Sudetenlandes wurde von den Westmächten gebilligt. Die Westmächte bezahlten allerdings ihre Begünstigung des Faschismus sehr teuer. Ihr Verbündeter Polen und sie selbst wurden bis auf Großbritannien 1939 und 1940 besetzt. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 gelangten die Nazis bis kurz vor Moskau und an die Wolga und wähten sich kurz vorm Sieg. Dabei traten sie eine antisowjetisch/antirussische Propaganda los, deren Inhalt bei allen Veränderungen bis heute unter den meisten Deutschen wirksam ist.

Das wurde durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges noch vertieft. Westdeutschland gab nur einige Quadratkilometer an die westlichen Nachbarn ab, im Osten und Süden gingen aber knapp 40 % des deutschen Staatsgebietes von 1937 verloren.

Mit diesen Verlusten ist die BRD bis heute nicht fertig geworden. Es dauerte fast ein halbes Jahrhundert, bis sie die Veränderungen anerkannte. Die Niederlage und die territorialen Verluste wurden den Kommunisten und vor allem der Sowjetunion zugeschrieben und vervielfachten den Haß auf beide. Deutschland hatte keinen wirtschaftlichen Einfluß mehr auf Osteuropa, sein Staatsbesitz war verstaatlicht worden, Millionen Deutsche wurden ausgewiesen. Vor allem Umsiedler aus dem Sudetenland waren faschistisch gesinnt und von Haß auf die UdSSR erfüllt. Sie verstärkten das ohnehin starke antisowjetische Potential der BRD erheblich. Hinzu kam der Verlust von 30 % Restdeutschlands als Sowjetischer Besatzungszone und DDR. Der deutsche Imperialismus hatte letztlich 70 % seines Territoriums verloren. Das verlangte nach Revanche.

Das deutsche Kapital rächte sich in der DDR nach 1990 gründlicher als seine Klassengenossen in anderen osteuropäischen Ländern, wo frühere Kommunisten bald wieder in Regierungspositionen kamen. Die Gorbatschow-Führung lieferte Freunde der Sowjetunion, Kommunisten und andere aktive DDR-Bürger den Nachfolgern der Nazis aus. Viele gerieten in die Fänge der Siegerjustiz, zwei Drittel der DDR-Intelligenz verloren ihren Arbeitsplatz, für einige Zeit gab es eine Arbeitslosigkeit von 40 %.

Deutschland hat im vergangenen Jahrzehnt zudem ohne Not und gegen die Orientierung Bismarcks das jahrhundertalte gute Verhältnis zu Rußland aufgekündigt.

Heute ist die deutsche antirussische Propaganda mit ihren Lügen, Unverschämtheiten

und Aggressionen weltweit unüberboten. Das hat Tradition. Die Kriegsziele der Nazis im Osten waren für jeden DDR-Schüler im Geschichtsbuch der 8. Klasse als Deutschlands Zukunftskarte ausgewiesen: Polen, das gesamte Baltikum, die Ukraine, Krim usw. Rußland sollte von Deutschland und Österreich abhängig sein.

Die Niederlagen im Stellvertreterkrieg seit 2022 und Mißerfolge sollen durch verstärkte Kriegstreiberei, unbegrenzte militärische Hilfe für Kiew und Wirtschaftssanktionen gegen Rußland wettgemacht werden. Wie vor Jahrzehnten wird realitätsfern dem Endsieg über Rußland das Wort geredet, erreicht wurde das Gegenteil. Rußland, das man zum Spender billiger Rohstoffe machen will, liefert nichts mehr. Es hat diesen Krieg inzwischen gewonnen, hat ihn an Bug und Dnjepr zum Stehen gebracht. Die staatlich verordnete Russophobie erreicht außerdem nicht ihr Ziel. Zwei Drittel der Deutschen fürchten einen von der NATO ausgehenden Krieg gegen Rußland, in Ostdeutschland bekennen sich zwei Drittel der Einwohner zur DDR. Der Landesteil gilt deswegen als innenpolitischer Problemfall, in dem zu über 60 % Parteien gewählt werden, die sich der BRD-Regierung widersetzen. Die Hälfte der Ostdeutschen ist gegen die imperialistische Rußlandpolitik.

Seit Beginn der von der NATO verschuldeten direkten russischen Intervention in der Ukraine wäht man sich vor allem in Berlin in der Lage, der Russischen Föderation mit Hilfe der Ukraine den Todesstoß zu versetzen. Rußland soll nun für die enormen Verluste des deutschen Imperialismus und seine katastrophale Niederlage büßen. Dafür ist Berlin das dritte Mal seit 1914 bereit, einen Krieg gegen Rußland zu beginnen. Doch wie damals und wie 1941 überschätzt man sich selbst maßlos.

In Berlin weiß man aber um die historische Dimension der bevorstehenden neuerlichen Niederlage. In alter deutsch-imperialistischer Manier versuchen daher besonders die deutschen Kriegstreiber den Krieg in der Ukraine mit allem Mitteln zu verlängern, peitschen weitere Sanktionen durch, schicken Milliarden Euro deutscher Steuergelder in die Ukraine und sabotieren Friedensverhandlungen.

**Dr. Holger Michael**

# Werte, Werte, Werte!

## Oder wovon reden wir hier eigentlich?

Je schlimmer es um Deutschland, Europa, ja um die ganze Welt steht, desto mehr beschwören die uns Regierenden „unsere Werte“, die es zu schützen und zu verteidigen gelte. Das ist ein Begriff, den kaum noch jemand nach seinem Inhalt befragt. Wir nehmen hin, daß er uns ständig um die Ohren geschlagen wird. In unserer schnelllebigen Zeit, in der wir erwarten, das uns Nachrichten in Echtzeit erreichen und in der auf den sogenannten sozialen Medien uns en masse Falsches und Saudämliches ins Gehirn geschleust werden, meinen viele, das nicht mehr auseinanderhalten zu müssen. Daraus entsteht ein Wissensbrei, der uns immer weniger in die Lage versetzt, das auch tun zu können. Da ist es gut, daß es auch Werte gibt, an denen wir uns festhalten können.

Doch um welche Werte geht es und wer ist mit „uns“ gemeint?

Ganz allgemein geht es dabei um Wertvorstellungen, um moralisch oder ethisch als gut befundene spezifische Wesensmerkmale von Personen oder Personengruppen. Bei letzteren spricht man heute auch gern von einer „Wertegemeinschaft“ und meint Werte, die von allen in der Gemeinschaft als erstrebenswert gelten und handlungsbestimmend sein sollten.

Erinnern wir uns, was unser aller BlackRock-Kanzler dazu in seiner Regierungserklärung gesagt hat: „Wir wollen regieren, um neue Sicherheit zu geben und vor allem, um unsere Freiheit entschlossen gegen ihre Feinde zu verteidigen. Wir wollen regieren, um das Versprechen vom Wohlstand für alle zu erneuern. Und wir wollen regieren, um Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stiften, vor allem da, wo er uns verloren gegangen ist ... Als Demokraten der politischen Mitte eint uns: Wir sind dem Gemeinwohl verpflichtet.“<sup>1</sup> So, so, Sicherheit, Freiheit, Verteidigung und Gemeinwohl ... Schon vor mehr als elf Jahren hat sich ein anderes „Schwergewicht“ dazu geäußert. Siegmund Gabriel, sie wissen schon jener beinahe SPD-Kanzler, und Ex-Ministerpräsident von Niedersachsen schrieb damals: „Der Westen nahm für sich das universelle Versprechen der Freiheit und Gleichheit des einzelnen, der Achtung der Menschenrechte und des Rechts auf demokratische Teilhabe in Anspruch. Geschützt durch geschriebene oder ungeschriebene Verfassungen und die Herrschaft des Rechts. Diese Wertegemeinschaft des Westens war für die überwiegende

Mehrheit der ihr angehörenden Staaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger über lange Zeit ein relativ klarer politischer und kultureller Kompaß. Und das trotz oftmals fehlender sozialer Absicherung dieses individuellen Freiheitsanspruchs und obwohl insbesondere die westliche Führungsmacht USA gegen die beschriebenen Werte des Westens selbst oftmals verstieß, ob in Vietnam oder in den 70er- und 80er-Jahren in Süd- und Lateinamerika.“<sup>2</sup> Man könnte heute ergänzen, auch in Afghanistan, im Irak, im Nahen Osten oder Venezuela spielten und spielen wohl die immer wieder gern ins Feld geführten Menschenrechte beim Handeln der USA und des Restwertewestens keine Rolle. Vielleicht noch eine Stimme dazu. Auf den Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung, also der regierungsamtlichen Meinungswunschverbreiter, findet man zu dem Thema einen Beitrag von Markus Gloe, Professor für Politische Bildung und Didaktik der Sozialkunde, Politik & Gesellschaft, an der Ludwig-Maximilians-Universität in München: „Es scheint jedoch unmöglich zu sein, sich auf eine einheitliche Bestimmung dessen, was Werte sind, zu einigen. Politische Bildung ist allerdings ohne Auseinandersetzung mit Werten nicht vorstellbar, denn politisches Urteilen und politisches Handeln sind immer von bestimmten Werten geleitet. Dabei sind mit Werten immer Orientierungswerte, also Leitvorstellungen gemeint, an denen wir uns in allen unseren Wertungen orientieren ... Werte werden in der politischen Bildung vor allem im Zusammenhang mit den politischen Grundwerten der Demokratie, z.B. Freiheit, Gleichheit oder Solidarität, thematisiert. Ihren Ausdruck finden die Grundwerte in der Menschenwürde, bzw. sie lassen sich auf die Menschenwürde zurückführen. Deshalb steht der Schutz der Menschenwürde im Grundgesetz auch an erster Stelle (GG Art. 1). Durch die im Grundgesetz folgenden Grundrechte wird die Menschenwürde konkretisiert. Eine Verletzung der Menschenwürde beinhaltet somit auch immer eine Verletzung eines anderen Grundrechts und umgekehrt ... In autoritären und totalitären Gesellschaften dagegen wird versucht, erwünschte Werte mit Macht und Kontrolle, mit Sanktionen und Willkür durchzusetzen.“<sup>3</sup> Sieh an, das erleben wir ja wohl gerade auch in den bürgerlichen Musterdemokratien, ich nenne dazu

nur zwei Themen: Haltung zum Ukraine-Krieg, Haltung zum Krieg im Gazastreifen. Offensichtlich sind also Wertvorstellungen sehr unterschiedlich, auch, weil sie von jeweiligen ethischen und moralischen Normativen abhängen, und letztere sind menschengemacht. Anders ausgedrückt sind die vorherrschenden Normative immer die der herrschenden Klasse, denn letztendlich sollen auch sie zum Erhalt dieser Herrschaft beitragen. Früher hieß das „gottgewollte Ordnung“, heute sind es die „christlich-abendländischen Werte“, die es zu verteidigen gilt. Letzteres ist dabei schon ein bißchen albern, denn das Christentum ist in den Wüstengegenden Westasiens von der dortigen semitischen Bevölkerung erfunden worden, wie vor ihm das Judentum und nach ihm der Islam. Oder meint „abendländisch“ die antiken Sklavenhalterkulturen der griechischen Mittelalter in Europa die Renaissance die antiken Kulturen verklärt hat? Auch die ältesten Teile der christlichen Bibel waren in Altgriechisch verfaßt, es galt vor 2000 Jahren als Sprache der Wissenschaft. Der Tanach, dessen älteste Teile vor mehr als 3000 Jahre entstanden und erst kürzlich in der Gegend des Westjordanlandes gefunden wurden, oder das Alte Testament, das das Buch der jüdischen Religion war (und ist) in Hebräisch verfaßt wurde, das aus phönizischen Dialekten hervorgegangen und später stark vom Aramäischen geprägt wurde. Sind also Teile jener alten Wüstenreiche als Wertvorstellungen in unsere heutige Kultur übergegangen? Nein, nicht mehr als alte arabische, persische oder indische Errungenschaften. Die christlich-abendländischen Werte sind eine Erfindung der Neuzeit, als sich bei der Herausbildung von Nationalstaaten im Kapitalismus die ökonomisch bestimmende Klasse die Macht mit der christlichen Kirche geteilt hat. Noch seltsamer wird es, wenn, wie heute manchmal von der „jüdisch-christlich-abendländischen Kultur“ die Rede wird, die es zu verteidigen gilt. Denn das Christentum hat das Antijudentum erst erfunden und bekämpft seit mehr als 2000 Jahren das Judentum. Der Konflikt mit dem Islam ist gerade erst 1000 Jahre alt und hat seine Wurzeln im Wirken des christlichen Europas.

Gibt es nun eigentlich Werte, die für alle gültig sind? Zwei Dinge dazu: Erstens kann eine Wertegemeinschaft auch alle Menschen umfassen. Und zweitens geht es immer um erstrebenswerte Ziele, um die jeder einzelne im Interesse aller ringen sollte. Gehen wir also davon aus, daß es sich bei der Gattung Mensch um ein soziales, also

<sup>1</sup> Siehe <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-friedrich-merz-2347888>

<sup>2</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/wertegemeinschaft-des-westens-festigen-170022>

<sup>3</sup> Quelle: <https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193087/werte-und-menschenrechte>

kollektives Wesen handelt, was natürlich die Individualität des einzelnen nicht ausschließt, ja, sie zur notwendigen Bedingung für Weiterentwicklung aller und des einzelnen macht, haben wir ein klassisches dialektisches Verhältnis zwischen Einzelem und Gattung. Wenn wir den wichtigsten Wert für die Gattung benennen sollten, wäre das wohl Humanismus, also Menschenliebe, Menschlichkeit, die Akzeptanz der Gleichwertigkeit des anderen.

Das ist das, was die Menschheit von den Tieren unterscheidet, erkennen zu können, daß der Mensch ein soziales Wesen ist und er als solches niemals gegen die anderen, sondern immer nur mit ihnen existieren kann. Und daß die Individualität sich notwendigerweise immer innerhalb der Sozialität entwickeln muß, wenn man nicht im Konflikt mit der Gattung stehen will. Solcherlei gilt dann natürlich auch für begrenzte menschliche Gemeinschaften, wie Familien, Kommunen und Staatswesen.

Vor 2000 Jahren waren Staaten in der Regel Stadtstaaten. Darauf folgten dynastische Reiche, deren Grenzen durch Heiraten oder Kriege wandelbar waren. Und so, wie die menschheitsübergreifenden Werte nicht immer deckungsgleich mit dem Willen einzelner oder ganzer Gruppen innerhalb der Gemeinschaft waren und sind, galt gleiches auch für Feudalreiche. Das hängt damit zusammen, daß das Handeln einzelner oder auch gesellschaftlicher Gruppen zweck- oder interessen geleitet ist. Das führt dazu, daß einzelne Interessen gegen andere durchgesetzt wurden und zwar auf eine Art, die den allgemeinen Werten der Menschheit entgegenstehen. Denken wir an Kriege, Mord und Totschlag.

Dieser Exkurs in die Geschichte hat mit den Gründen unseres heutigen

gesellschaftlichen Handelns zu tun. Auch wenn einzelne Persönlichkeiten durch ihren Einfluß auf den konkreten Verlauf der Geschichte haben (können), ist der Ablauf von Geschichte letztlich durch das Handeln großer Menschengruppen bestimmt. Werte sind also historisch konkret, können grundlegend sein (wenn sie für die Existenz der Menschheit oder großer Menschengruppen existentiell sind), sind subjektiv interessen geleitet und manifestieren sich im Handeln von Menschen mit objektiv oder scheinbar gleichen Interessen.

Werte, von denen wir meinen, ihnen folgen zu müssen, sind im wesentlichen anerzogen. Dieser Prozeß besteht aus drei Bestandteilen, denn der Mensch ist, wie Gottfried Stiehler und mein Freund Dieter Kraft an der Humboldt-Uni gelehrt haben, ein biopsychosoziales Wesen. Das bedeutet, daß wir z. B. „Du sollst nicht (einen anderen Menschen) töten“ in unseren Anlagen haben. Andere Werte erhalten wir von unseren Eltern, den Freunden, der Familie und wieder andere werden uns von der Gemeinschaft, in der wir leben (Staat, Religion usw.), eingepflanzt. Dabei kann es durchaus zu Gegensätzen kommen. Der Grundsatz, keinem anderen Menschen Schaden zuzufügen, egal wie er aussieht oder was er ist, kann durch gesellschaftliche Erziehung zurückgedrängt werden. Wir kennen das alle, Schwarze sind weniger wert und nur begrenzt bildungsfähig, Franzosen sind Erbfeinde, Juden sind schlecht und Russen Untermenschen. All diese Aussagen waren einmal Handlungsantriebe, um andere Menschen willkürlich zu töten, z. B. in Kriegen. Ich muß also „meine“ Werte auf den Prüfstand stellen. Entspricht das, was ich tue, wozu ich qua moralischer Werte erzogen wurde, tatsächlich meinen Interessen?

Und auch das ist wieder knifflig, denn mit „meinen“ Interessen sind nicht meine individuellen Interessen gemeint, sondern die Interessen meiner Klasse, deren Zugehörigkeit sich aus den ökonomischen Verhältnissen ergibt. Oder wieder anders gesagt: Als mein Urgroßvater in den 1. Weltkrieg gezogen ist, um gegen den „Erbfeind“ zu kämpfen, kann er das durchaus mit Begeisterung gemacht haben, allerdings starb er vor Verdun nicht für sich und seine Familie, nicht einmal für die Mehrheit der Deutschen, sondern einfach nur wegen der Profitinteressen weniger, die ihn mit falschen Werten, wie auch Millionen andere, zur Schlachtbank getrieben haben. Ähnliches gilt für alle Kriege davor und danach. Kann es also keine Werte geben, die von uns zu recht verlangen, unser Leben einzusetzen? Doch, gibt es natürlich. Da wir ja gesehen haben, daß Menschen auch menschenfeindliches als „Wert“ vermittelt wird, sind Kriege in der Klassengesellschaft eher die Regel. Bestes aktuelles Beispiel ist der Angriff auf den Iran, den der US-Präsident mit US-Sicherheitsinteressen und damit, daß es sich um eine wirklich „böse Diktatur“ handelt, begründet. Und obwohl Frieden immer besser als Krieg ist, haben natürlich Angegriffene das Recht, sich zu wehren. Merkwürdigerweise rufen die Regierungschefs der wichtigsten kapitalistischen Länder nicht die Angreifer auf, die Angriffe zu stoppen, sondern die Angegriffenen, sich nicht zu wehren. Wie sehen also, daß alles, was uns als Werte verkauft wird, immer auf den Prüfstand muß. Kriege vom Zaun zu brechen, um sich politisch oder ökonomisch Unliebsame vom Leib zu halten, ist auf jeden Fall abzulehnen und der beständige Kampf um den Frieden der wichtigste Wert für alle!

Uli Jeschke

## Vergessen

*Bei der dichten Nachrichtengebung über „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Ukraine ist doch tatsächlich eine Meldung liegengeblieben:*

„In der Erkenntnis, daß ein(em) großen Teil der deutschen Jugend ... die erzieherische Schule der frühern allgemeinen Wehrpflicht fehlt, daß sie häufig ohne Zucht und Ordnung, ohne Pflichtgefühl und die rechte Hingabe an das Volksganze heranwächst, geleitet von rein materiellen Gedankengängen, und so nur unsicher für die geschichtlichen Aufgaben heranreift, die ihr bevorstehen, hat sich das Kuratorium („Deutscher Wille“) zur Aufgabe gestellt: Deutschem Denken und Wollen wieder Geltung zu verschaffen, die Liebe zum deutschen Land, zu deutscher Art zu pflegen, einen erzieherischen Einfluß auf die Jugend zu gewinnen, die Ehrfurcht in ihr zu wecken, die vaterlandsfeindliche Beeinflussung auszuschalten und die Sammlung

aller deutsch-vaterländisch eingestellten Verbände unter dem Wehrgedanken herbeizuführen, damit der verhängnisvollen Zersplitterung der deutschen Jugend ein Ende bereitet wird.“

„Dem deutschen Siegfried ward sein Schwert zerschlagen; Zucht und Ordnung, die wohlthätigen Folgen der früheren Dienstpflicht, sind in weiten Kreisen unserer Jugend gelockert und vergessen.

Auch hier ist Aufbau das Gebot der Zeit. Es gilt, das beste Erbe der Vergangenheit zu bewahren: Jedem muß die Kraft gestählt werden, die als wahrhaft deutscher Wille unser Volk auf jenen Platz stellt, der ihm zukommt; es gilt eine Wehrhaftmachung in jedem Sinne, eine Ertüchtigung seelischer wie geistiger Kräfte, auf daß deutsche Arbeit wieder zur Geltung komme und sich auswirke zu Nutz und Frommen auch des Einzelnen, der einmal in deutscher Sprache beten lernte. Um unserer Zukunft willen

müssen die erzieherischen Grundlagen des Wehrgedankens erhalten bleiben; nur so ist es möglich, daß wir wieder vorankommen in der Welt, nur dann kann es uns gelingen, alle Fähigkeiten des Einzelnen so anzuspannen, daß sie der Gesamtheit nützen.

Der deutschen Jugend muß solche Notwendigkeit immer wieder vor Augen gestellt werden; hier gilt es, eine heilige, vaterländische Arbeit zu leisten, der sich niemand entziehen darf; jeder ist berufen mitzuhelfen, auf daß unser Volk und seine Zukunft sich erneuere, auf daß einmal die Ketten brechen, mit denen wir jetzt noch gebunden sind.“

*(Quelle: Pol, H., Fünf Fragen an Geßler, in: Die Weltbühne, Berlin, 21. Jg. 1925, 1. Halbjahr, S. 461 ff.)*

Dr. Peter Fellenberg  
Leipzig

# Ohne Ramstein wäre der Angriff auf Iran nicht möglich gewesen

*Schon Wochen vor dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran am 28.2.2026 hat es vielfältige Hinweise auf seine Vorbereitung gegeben. So herrschte auf der Ramstein Air Base ein intensiver Betrieb. Transportmaschinen vom Typ Boeing C-17 Globemaster III und Lockheed C-130 Hercules landeten und starteten „im Minutentakt“, so das Portal austrianwings.info; dazwischen zivile Boeing-747-Frachter der Atlas Air im Auftrag des amerikanischen Militärs. Dies war die logistische Choreografie eines Krieges, der Tausende Kilometer entfernt geführt wird – aber ohne das pfälzische Drehkreuz in dieser Form kaum denkbar wäre.*

In den Tagen vor dem Angriff wurde immer deutlicher, daß Ramstein ein Flughafen im Ausnahmezustand ist. Flugdatenauswertungen und Beobachtungen von Luftfahrtexperten dokumentierten einen drastischen Anstieg der Flugbewegungen. Personal und Material wurden über Ramstein in Richtung Naher Osten verlegt – etwa über Al Udeid (Katar) und andere Basen. Ramstein fungierte dabei als das, was es seit Jahrzehnten ist: das zentrale Scharnier zwischen dem amerikanischen Heimatkontinent und den Einsatzgebieten jenseits des Mittelmeers. Ramstein diente dabei nicht nur als Tankstation, sondern als Koordinationspunkt – ein Ort, an dem Einsatzplanung, Logistik und elektronische Kampfführung zusammenlaufen. Die Air Base Ramstein ist das

Nervenzentrum für die Kriegsführung. Die Funktion Ramsteins für die Operationen der USA gegen Iran geht weit über sichtbare Flugbewegungen hinaus. Die Air Base beherbergt eine Infrastruktur, die in ihrer strategischen Bedeutung kaum zu überschätzen ist: ein Feld von Satellitenantennen, das als Relaisstation für die Steuerung unbemannter Luftfahrzeuge dient. Das Prinzip ist dabei so simpel wie folgenreich: Drohnenpiloten sitzen in den USA. Ihre Steuerbefehle laufen über Glasfaserkabel nach Ramstein, werden dort an Satelliten weitergeleitet und von diesen an die Drohnen in den Einsatzgebieten übertragen. Umgekehrt fließen Live-Videobilder und Sensordaten auf dem gleichen Weg zurück. Aufgrund der Erdkrümmung ist eine direkte Satellitenverbindung zwischen dem amerikanischen Kontinent und dem Nahen Osten technisch kaum realisierbar. Ramstein ist die einzige Satelliten-Relaisstation der USA in der erforderlichen Reichweite. Ohne diesen Zwischenschritt kämen Steuerbefehle zu langsam an, präzise Flugmanöver und Zielerfassung wären stark eingeschränkt. In Ramstein ist zudem ein Teil des „Distributed Common Ground System“ (DCGS) angesiedelt – jenes Analysenetzwerks, in dem Echtzeit-Bilddaten von Drohnen und Aufklärungsflugzeugen ausgewertet werden. Teams von Analysten sichten dort laufend Videomaterial, unterstützen die Zielauswahl und speisen ihre Erkenntnisse in die Entscheidungskette ein. Ehemalige Drohnenoperatoren haben in Aussagen vor Untersuchungsausschüssen und gegenüber investigativen Medien bestätigt, daß praktisch alle Videofeeds und Missionsdaten zunächst in Ramstein ankommen, bevor sie an Piloten, Auswerter und Entscheidungsträger weitergeleitet werden. Für die Iran-Operationen bedeutet das: Selbst, wenn kein einziger Kampfjet von Ramstein aus gestartet ist und keine einzige Bombe dort geladen wurde (beides kann mit Recht bezweifelt werden angesichts des gigantischen Munitionslagers in Ramstein), lief ein erheblicher Teil der Kommunikations- und Datenströme, die den Angriff ermöglichten, über pfälzischen Boden. Die Debatte über die Rolle Ramsteins in der Kriegsführung der USA, besonders bei der Drohnensteuerung, ist nicht neu. Sie begann mit den Enthüllungen über das amerikanische Drohnenprogramm im Jemen, in Somalia und in Pakistan, als Whistleblower und investigative Journalisten die technische Architektur hinter den „gezielten Tötungen“ offenlegten. Doch mit den Angriffen auf Iran hat diese Debatte eine neue Dimension erreicht. (...)

Deutschland wird durch die Bereitstellung der Ramstein-Infrastruktur zum Mittäter, trägt Mitverantwortung an völkerrechtswidrigem Handeln.

Bundeskanzler Friedrich Merz hat die amerikanischen und israelischen Angriffe auf das iranische Atomprogramm politisch unterstützt. Iran dürfe „niemals Atomwaffen erwerben“, erklärte er – eine offenkundige Falschaussage. Die Nutzung von Ramstein wird von ihm nicht thematisiert – ein Schweigen, mit dem die Bundesregierung Schuld auf sich lädt.

Es bleibt bei der zentralen Forderung der Kampagne: Die Air Base muss geschlossen werden – um des Friedens willen.

**Rainer Braun**

*Redaktionell gekürzt*

*Rainer Braun ist Vorstandsmitglied des Internationalen Friedensbüros (IPB).*

*NachDenkSeiten, 23.3.2026*

Am 10. Mai begeht unser Freund,  
Autor und Mitglied des  
„RotFuchs“-Fördervereins

## Pfarrer Peter Franz

seinen 85. Geburtstag.

Wir gratulieren von ganzem Herzen und danken für die Standhaftigkeit und die Treue zur DDR und zur Sache des Friedens.

Peter Franz absolvierte nach dem Abitur 1959 seinen Ehrendienst bei den Fallschirmspringern und den Panzertruppen der NVA und arbeitete nach dem Theologiestudium Jahrzehnte als Vikar und Pfarrer in Kappellendorf bei Weimar. Er wurde Mitglied der Christlichen Friedenskonferenz und Vorsitzender der AG „Christliche Kreise“ in der Nationalen Front. Wegen seines Engagements für die DDR entfernte ihn die Evangelische Kirche in Deutschland aus dem Pfarramt. Er ist Autor zahlreicher Bücher über jüdisches Leben im Faschismus, über antifaschistischen Widerstand sowie Verfasser vieler Kinderbücher. Dir, lieber Peter, unserem verdienten Weggefährten, alles erdenklich Gute, beste Gesundheit und weiterhin viel Schaffenskraft.

In enger Verbundenheit

**Redaktion und Vorstand des  
„RotFuchs“-Fördervereins e. V.**

### Ami, go home!

Was suchst du in der Fremde,  
Hast du denn kein Zuhause?  
Du drohst und baust Raketen  
Und schießt sie ab. Oh, Graus!

Du zündelst ohne Gründe  
Mit Flugzeugträgern auch.  
Wo du marschierst, gewesen bist,  
Steigt aus Ruinen Rauch.

Zu Hause gibt es viel zu tun,  
Da bist du auf der Flucht.  
Mit Feuer spielst du unentwegt  
Aus kapitaler Sucht.

Mach reinen Tisch bei dir allein  
Und streune nicht umher.  
„Ami go home!“ erschallt der Ruf:  
Du bist ein Grandmalheur.

**E.Rasmus (27.4.2017)**

*Aus: E.Rasmus. „Nicht wirklich? Doch!“, Berlin 2021*

# Es geht gegen Rußland

**M**it der Unterzeichnung strategischer Verteidigungsabkommen mit der Ukraine hat die Bundesregierung eine neue Dimension der Kriegsbeteiligung erreicht: Deutschland übernimmt nun aktiv die Rolle des Kriegsführers gegen Rußland – mit eigenen Waffen, eigener Industrie und ukrainischen Soldaten aus Deutschland.

## Deutschland wird Premiumpartner im Krieg

Die deutsch-ukrainischen Vereinbarungen markieren eine wirkliche Zeitenwende. Zum ersten Mal hat die Bundesregierung eine strategische Partnerschaft mit einem Land abgeschlossen, das sich im Krieg befindet. Deutschland ist bereits jetzt der mit Abstand größte finanzielle Unterstützer der Ukraine, nachdem sich die USA weitgehend zurückgezogen haben. Die unterzeichneten sogenannten Verteidigungsabkommen mit der Ukraine haben jedoch eine neue Dimension. Die Ukraine soll zum Premiumpartner Deutschlands in Militär- und Rüstungsfragen werden.

## Bilaterale Rüstungsallianz statt Multilateralität

Die von der Bundesregierung stets beschworene Multilateralität weicht nun bilateralen Vereinbarungen mit der Ukraine. Ziel ist es, gemeinsam Krieg gegen Rußland führen zu können und auch über ein mögliches Kriegsende hinaus als Tandem zur Herausforderung Rußlands aufzutreten. Die Bundesregierung versucht damit, den Platz der USA einzunehmen.

Bei der neuen Dimension der Rüstungskoope-ration geht es allerdings keineswegs nur um Geld. Die unterzeichnete Vereinbarung zur Verteidigungszusammenarbeit enthält eine klare Marschroute für die gemeinsame Produktion und Beschaffung von Waffensystemen, Drohnen und langreichweitigen Waffen in der Ukraine. Damit umgeht die Bundesregierung die aus ihrer Sicht leidige Diskussion über deutsche Waffen, die an die Ukraine geliefert werden und dazu dienen sollen, tief in Rußland zuzuschlagen. Die gemeinsame Herstellung von Mittel- und Langstreckendrohnen liegt hinsichtlich der Einsatzziele allein in der Entscheidung der Ukraine.

Was in Berlin vereinbart wurde, ist weit gravierender als die aufgeschobene Entscheidung über eine mögliche Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern. Selenskyj nannte es bezeichnenderweise den „größten Deal dieser Art in Europa“.

## Deutsch-ukrainischer militärisch-industrieller Komplex

Neben neuen Zusagen bei Waffenlieferungen und der Finanzierung von US-amerikanischen Waffenkäufen sticht vor allem die vereinbarte Verzahnung der deutschen und der ukrainischen Rüstungsindustrie ins Auge. Man muß von der Bildung eines deutsch-ukrainischen militärisch-industriellen Komplexes unter deutscher Hegemonie sprechen. Hinzu kommt die Absichtserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz und Wolodymyr Selenskyj, kriegspflichtige ukrainische Männer, die sich in Deutschland aufhalten, in die Ukraine zurückzuführen.

Mit dieser bilateralen strategischen Partnerschaft, die klar auf den Krieg mit Rußland zielt, erfüllt die Bundesregierung den Traum deutscher Militaristen, nach der Niederlage gegen die Sowjetunion 1945 doch noch eine Revanche im Osten zu erreichen. Als „Verteidigungskoope-ration“ getarnt, wird nichts anderes als eine Politik der systematischen Herausforderung Rußlands ins Werk gesetzt. Die gemeinsame Rüstungsproduktion Deutschlands und der Ukraine stellt für Rußland eine existentielle Bedrohung dar. Das Risiko, eine Apokalypse einzugehen, indem man der Atommacht Rußland de facto den Krieg erklärt, entspringt einer Geisteshaltung, die fatal an die Politik der beiden Weltkriege erinnert.

Fortan ist es Deutschlands Krieg, den die Ukraine gegen Rußland führt. Dieser Krieg wird vornehmlich mit deutschen Waffen, deutschem Geld und auch mit Soldaten aus Deutschland geführt – noch sind es Ukrainer – und zielt darauf ab, Rußland zu ruinieren. Aus einem Stellvertreterkrieg der USA und der NATO ist ein deutscher Stellvertreterkrieg geworden – mit massiv erhöhtem Risiko einer direkten deutschen Kriegsbeteiligung.

Es könnte sich jedoch als gravierende Fehlkalkulation erweisen, man sich durch die NATO geschützt sieht. Die NATO ist weder ein Werte- noch ein Verteidigungsbündnis, sondern ein Bündnis, das die globale US-Hegemonie stützen soll – darauf haben sowohl US-Präsident Donald Trump als auch NATO-Generalsekretär Mark Rutte in letzter Zeit hingewiesen. Sollte Deutschland wegen seiner Kriegspolitik gegen Rußland ins Visier geraten, darf man fast sicher sein, die USA keinen Finger rühren werden. Am Ende bleibt die perfide Argumentation von Bundeskanzler Friedrich Merz, bei der Rüstungshilfe und der gemeinsamen Rüstungsproduktion gehe es um die

Einhaltung des Völkerrechts. Das Schweigen der Bundesregierung zum Völkermord Israels an den Palästinensern sowie die Komplizenschaft beim unprovokierten, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran lassen jede glaubwürdige Rede Berlins über die Einhaltung internationalen Rechts als bloße Clownerie erscheinen.

Die fatale Entscheidung der Bundesregierung vom 14. April 2026, den Krieg mit Rußland aktiv zu riskieren, setzt die Bevölkerung in Deutschland höchstem Risiko aus. Die Formel von Bundeskanzler Friedrich Merz, keine Friedensregelung „über die Köpfe der Europäer hinweg“ geschlossen werden dürfe, sichert Deutschland de facto ein Vetorecht beim Fortgang des Krieges gegen Rußland. Was im Frühjahr 2022 in Istanbul noch Washington und London waren, ist nun Berlin mit einem angemessenen Vetorecht – bei einem Krieg, der offenbar bis zum letzten Ukrainer geführt werden soll.

## Sozialer Kahlschlag zu Hause, Ressourcen für den Krieg

Bereits jetzt werden die sozialen Kosten der Aufrüstung der Bundeswehr zur größten Armee Europas immer spürbarer. Bei der Krankenversorgung droht ein regelrechter Kahlschlag. Der Kriegseintritt gegen Rußland geht einher mit dem sozialen Krieg gegen die eigene Bevölkerung.

Man sollte jedoch nicht sagen, der Bundesregierung gehe es nicht auch um eine soziale Dimension. In der gemeinsamen deutsch-ukrainischen Erklärung unter der Überschrift „Bezahlbares und soziales Wohnen“ wird die „Zusammenarbeit bei der Schaffung bezahlbaren sozialen Wohnraums unter Gewährleistung der Einbeziehung benachteiligter Gruppen und Aufbau kommunaler Wohnungsgesellschaften, auch mit deutscher Förderung“ vereinbart. Es wirkt fast wie ein Treppenwitz der Geschichte: Während in Deutschland immer mehr Menschen aufgrund gestiegener Miet- und Energiekosten existenzielle Sorgen haben und über eine Million bezahlbare Wohnungen fehlen, liegt der Fokus der Bundesregierung auf der „Schaffung bezahlbaren sozialen Wohnraums“ in der Ukraine.

Auch diese Passage zeigt bereits deutlich, sich die Bundesregierung im Krieg mit Rußland sieht. Möglichst viele Ressourcen in die Ukraine zu schicken, ist die oberste Maxime – während man in Deutschland den Sozialstaat systematisch zerlegt.

Sevim Dagdelen

# Ostermarsch 2026: Frieden erstreiten!

*In Greifswald sprach unser Leser Prof. Dr. Gregor Putensen zu den Ostermarschteilnehmer:*

Ich war als Kind im Sommer 1943 bei den britisch-amerikanischen Bombenangriffen acht Stunden unter den Trümmern des Hamburger Grindel-Viertels verschüttet. Ich danke all jenen, die sich heute zur Demonstration eingefunden haben. Ich wurde damals nach etwa sieben Stunden aus dem Keller geborgen – geblieben ist mir die Erinnerung an diese damaligen Überlebensängste, die mich ein Leben lang mehr oder weniger hartnäckig begleitet haben. Meine Worte gelten deshalb nicht nur Euch, sondern eigentlich noch vielmehr den abwesenden Nicht-Demonstranten. Es ist ja unverkennbar: Eine große Mehrheit resigniert angesichts des weltweiten Kriegsgeschehens und des Hochrüstungstaumels unserer Regierenden. Es ist eine wachsende Zahl, die glaubt, den abendlichen Nachrichtenmeldungen in Fernsehen und Radio wegen ihrer Grausamkeit und politischen Einseitigkeit nicht mehr aushalten zu können und sie deshalb ausschaltet. Gewisse Parallelen zu Erinnerungen an 1933 und die Zeiten danach drängen sich auf: Nazi-Reichsmarschall Hermann Göring verkündete einem damals wie besoffen jubelnden Volk die deutsche Aufrüstung mit dem Ruf „Kanonen statt Butter“. Die Ähnlichkeiten mit der damaligen Situation sind nicht nur in ihrer militärischen Perspektive unheilvoll, wenn Bundeskanzler Merz verkündet, daß Deutschland zur größten konventionellen Militärmacht Europas hochgerüstet werden soll. Auch im sozialökonomischen Bereich sind die einsparwütigen Konsequenzen nach Aufhebung der Schuldenbremse bereits spürbar. Klar zu wessen Gunsten, sieht ihr Wesen heute schon so aus: Raketen statt Rente; Kriegsschiffe statt Kindergärten; Kampfflugzeuge statt Schulen; Kasernen statt Wohnungen, aber mehr arbeiten! Ebenso bejammern die Massenmedien die

mangelnde Kriegstauglichkeit der Kliniken und des gesamten Gesundheitswesens. Ihre soziale Friedenstauglichkeit läßt viele Patienten bereits heute an ihnen zweifeln. Deutschland wird für den 2029 oder 2030 ins Visier genommenen Waffengang mit Rußland auferüstet. Es wird von den politischen und militärischen Eliten in NATO und EU als Drehscheibe für die Auseinandersetzung mit der östlichen Atommacht präpariert, ohne jedoch die legitimen Sicherheitsinteressen der Russen überhaupt auch nur diskutieren zu wollen. Über das Zustandekommen von Kollisionen der Sicherheitsinteressen, die zu Kriegen führen können, aber nicht notwendigerweise müssen, sollte ohne Gier nach Maximalprofit und nationalistischen Weihrauch zumindest um kontrollierte Rüstungsbegrenzung diskutiert werden. Allerdings macht es nur dann Sinn, wenn man bereit ist, alle Mittel einer konstruktiven Diplomatie auch zu nutzen. Leider sieht es für die Völker Europas – nicht etwa nur für EU-Europa – nicht danach aus: Das heutige Verständnis von Sicherheit auf der Basis einer kostspieligen, immer höher geschraubten Abschreckung wird gekennzeichnet von dem Streben nach einseitiger militärischer Überlegenheit. Solange aber keine Philosophie gemeinsamer Sicherheit der potenziellen Kriegskontrahenten, wie seinerzeit von Olof Palme gefordert, das Sicherheitsverständnis bestimmt, marschiert unsere Welt noch ehe der Klimakollaps seine volle zerstörerische Wirksamkeit erreicht haben wird, einer globalen Kriegskatastrophe entgegen. Der Bundeskanzler März hat die Forderung erhoben, daß die EU und Deutschland die „Großmachtsprache erlernen“ müssen. Und der französische Präsident Macron offeriert seinen vorgeblichen atomaren Schutz den EU-Europäern mit den Worten: „Wer frei sein will, muß gefürchtet werden“. Gnade uns Gott oder den Teufel vor dieser Art von waffenstarrender Sicherheit! Sie kann

durch technische Fehler oder Fehlinterpretation zur Katastrophe führen.

Nicht nur wir Friedensdemonstranten, nein, auch die heute abwesenden Greifswalder, aber objektiv am Frieden zutiefst interessierten Bürgerinnen und Bürger sollten begreifen: Es geht zunehmend um elementare menschenwürdige Überlebensinteressen! Die mediale Massenmanipulation schürt Ängste und Haß gegen Kritiker und in Opposition zum Hochrüstungskurs stehende Skeptiker. Mit steigender Tendenz werden sie in den zwielichtigen Verdacht von quasi „überwachungswürdigen“ Vaterlandsverrättern gerückt.

Dennoch: Habt die Courage zur Unterstützung der Friedensbewegten und damit für Eure eigenen Lebensinteressen! Habt den Mut, Euch der medialen Massenmanipulation und Militarisierungsideologie zu verweigern. Verstand und Erinnerung sagen Euch: Nicht erst der Krieg Rußlands war Bruch des Völkerrechts in einem zuvor angeblich harmonischen und friedlichen Europa. Auch die Zerschlagung Jugoslawiens 1999 im Krieg der NATO unter aktiver Teilnahme der Bundesrepublik war Bruch des Völkerrechts! Ebenso das Kidnapping von Venezuelas Präsident Maduro. Und nicht zuletzt der Krieg gegen Iran, dessen Nachbarn sich darüber beklagen, daß sich Teheran gegen die USA-Stützpunkte in den Nachbarstaaten militärisch zur Wehr setzt. Es erinnert uns daran, daß die USA-Militärstützpunkte in Deutschland – siehe Ramstein, von wo aus ein großer Teil der Militäroperationen gesteuert wird, erste Ziele des vom Westen auserkorenen Kriegsgegners sein werden. Helft mit, damit die Völker Europas nicht zu Knechten der kriegslüsternden Eliten in Politik, Wirtschaft und Militär werden. Wehrt Euch und streitet für Eure Friedensinteressen – es sind Eure ureigensten Lebensinteressen!

*Auf dem Ostermarsch am 4. April in Berlin wandte sich **Lühr Henken**, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag (Kassel), unter anderem mit folgenden Worten an die mehr als 6000 Teilnehmer:*

Was macht die Bundesregierung? Sie gibt Geld für Rüstung aus, daß die Schwarte kracht! Letztes Jahr Plus 20 Prozent auf 107 Milliarden, dieses Jahr Plus 20 Prozent auf 128 Milliarden Euro. Ihr Ziel fest im Blick, in EU und NATO die Bundeswehr zur größten konventionellen Armee Europas zu machen, steuert Berlin bis 2035 an, die Ausgabenhöhe auf 300 Milliarden Euro hochzutreiben, was dann fünf Prozent der Wirtschaftsleistung entspricht. Schuldenberge wachsen, die Zinslast wächst mit. Geht derzeit noch jeder 15. Euro aus dem Bundeshaushalt für Zinsen darauf, ist in 10 Jahren damit zu rechnen, daß es mindestens jeder

fünfte Euro ist. Die Ausgaben für Zinsen verdrängen staatliche Ausgaben für Soziales. Sozialabbau in bisher nicht gekanntem Ausmaß ist programmiert. Ich will diese deutsche Aufrüstung nicht. Ich will keine Wehrpflicht. Ich will nicht, daß Deutschland zur führenden Militärmacht in Europa wird. Ich will nicht, daß Hunderte Milliarden für Waffen verpulvert werden, wo sie dringend in Schulen, Gesundheitswesen und Infrastruktur gebraucht werden. Ich will keine nukleare Aufrüstung Europas. Ich will nicht, daß die Bundesregierung die Ukraine mit Zig-Milliarden für neue Waffen pampert, sondern sich dafür ins Zeug legt,

einen nachhaltigen Frieden zwischen Rußland, der Ukraine und Europa herzustellen. Ich will nicht, daß die USA hier neue Angriffswaffen gegen Rußland aufstellt, die als Erstschlags- und Enthauptungsschlagwaffen strategische Bedeutung haben, und Deutschland zum Magneten für russische Präventivschläge machen. Deshalb noch einmal von dieser Stelle meine Bitte: Unterschreibt den Berliner Appell gegen US-Mittelstreckenwaffen und beteiligt euch selbst als Sammlerinnen und Sammler!

*Online kann hier unterschrieben werden: <https://nie-wieder-krieg.org/berliner-appell/>*

# Die friedlichen deutschen Volksparteien unter sich

Die sogenannten deutschen Volksparteien möchten Frieden, zu förderst die Grünen, die ja um die Umwelt besonders besorgt sind, wie keine andere deutsche Partei. Deswegen möchte dieses Dreigestirn, das angeblich die Deutschen vertritt, mit weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine dem zu erreichenden Frieden auch eine Chance geben, nach dem Motto: mehr Waffen - mehr Frieden. Diese Logik muß dem normal denkenden Bürger schon mal erklärt werden. Wenn es um einen Gegner geht, dann ist es mit deutscher Konstanz garantiert der Russe. Somit wären die Fronten für das Dreigestirn zunächst einmal klar. Die Russen haben das Völkerrecht verletzt, und das darf nicht sein. Das dazugehörige Vorspiel, das zum vom Westen organisierten Putsch 2014 führte, wird einfach einmal ausgeblendet. Und schon ist die westliche Welt moralisch wieder in Ordnung.

Aber jetzt kommt ein Umstand hinzu, den man seitens der EU nicht bedenken konnte und wohl auch nicht für möglich hielt, zu sehr war man seit Jahrzehnten widerspruchslos den USA untergeben und mit ihnen verhandelt: ein US-Präsident, der kraft seines Amtes, das ihm der hinter ihm agierende tiefe Staat gewährt, alles durcheinanderbringt - Venezuela, Krieg mit dem Iran etc. Trump und der polnisch gebürtige Netanjahu als oberste Kriegsverbrecher tun gerade das, was ihre Vorgänger seit Jahrhunderten schon immer taten: Expansion, Völkermord, Organisation von Kriegen zwischen Ländern und Ethnien und Unterwerfung und Ausbeutung anderer Länder. Keiner in der EU, angeschlossen Deutschland mit seinem vor Trump niederknienenden Merz, weiß, wie man sich jetzt in der Weltöffentlichkeit präsentieren sollte. Der deutsche Bundeskanzler, der die Richtung verloren zu haben scheint, irrlichtert durch die politische Landschaft. Den russischen Präsidenten bezeichnete er als einen der vielleicht größten Kriegsverbrecher der Neuzeit. Man darf gespannt sein, welche Bezeichnungen ihm für Netanjahu und Trump einfallen.

Natürlich fühlen sich Trump und Netanjahu als Verteidiger der westlichen Zivilisation und schwätzen von Frieden, Demokratie und Menschenrechten, während man eine Mädchenschule mit hunderten Opfern zusammenschießt und anlaßlos alles aus der Luft bombardiert, was sich zerstören läßt. Das alles durch einen „Friedenspräsidenten“, der doch eigentlich schon mehrere Kriege beendet haben will. Paßt doch alles irgendwie nicht zusammen. Positionierungs- und Erklärungsnot allerorten. Wie soll man das ganze Durcheinander, welches der Westen mit ganzer Kraft selbst

verursachte, deuten? Ratlosigkeit in der gesamten EU bzw. nichtssagende oder sich widersprechende Aussagen von den Politikaspielen in Brüssel. Die Führung einer Zivilisation, die mehr für Krieg und Verwüstung ausgibt als für Frieden, Bildung und soziale Belange, ist alles andere, aber nicht zivilisiert.

Besonders die Grünen müßten doch entsprechend ihrer in sich widersprechenden Agenda aus Klimaschutzgründen gegen den Krieg in der Ukraine und im Iran sein. Weit gefehlt. Es geht um Waffenlieferung in die Ukraine, um Akzeptanz des Mordens in Gaza und im Iran, weil man sich doch moralisch auf der Seite der Guten wähnt, während man, um das ökologische Gesicht zu wahren, das Spektakel um Radwege, Solar- und Windkraftenergie, mit denen man das Weltklima retten will, auf der Agenda hat. Grenzenlose Einfalt, die Welt zu betrachten. Keiner von den grünen Weltverbesserern hat sich einmal der Frage gestellt, daß Kriege die größten Umweltverschmutzer sind und schwere Umweltschäden für Menschen, Tiere und Pflanzenwelt nach sich ziehen. Dafür können sie nicht laut genug in die Welt hinausposaunen, daß Rußland diesen vom Westen absichtsvoll initiierten Krieg nicht gewinnen darf und der Iran zerbombt werden muß.

Glauben denn die grünen Besserverdienenden, daß mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe, erneuerbaren Energien mittels Solar- und Windkraft das Klima der Erde gerettet werden kann? Der Klimawandel und seine Folgen sind zunächst ein finanzielles und Wirtschaftsjahr, das Riesenprofite abzuwerfen verspricht. Ausgangspunkt ist

das Weltwirtschaftsforum in Davos mit dem früheren Sektenlenker Klaus Schwab an der Spitze. Worum es diesen Herrschaften geht, ist nicht die Rettung des Klimas, sondern des Kapitalismus als System, das sich seit Jahren sichtbar seinem Ende entgegenneigt.

Es wäre schon ein Vorteil für die Erde, wenn die kapital- und renditeorientierte und unsäglichen Abfall erzeugende Überproduktion beendet werden würde. Wie wäre es, wenn sich die Grünen dafür einsetzen würden? Aber grünen Kapitalismus gibt es nun mal nicht.

Angesichts des brutalen Vorgehens Israels in der gesamten Region, der fürchterlichen Schäden und zigtausender Todesopfer fällt den hiesigen Regierungsgrößen nichts weiter ein, als von deutscher „Staatsräson“ zu faseln und weiterhin Waffen nach Israel zu liefern. Abscheulich!

Wenn Israel seit Jahrzehnten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Druck auf die Palästinenser ausübt, erzeugt das Gegendruck. Jeder kann das verstehen, nur die zutiefst aggressive Führungselite Israels scheint das nicht zu begreifen, weil man ja zu einem auserwählten Volk gehört und sich demzufolge ähnlich wie die USA und Hitler-Deutschland verhält. Der israelische Präsident hat eine Fernsehansprache gehalten, die an Größenwahn grenzt. Wer sie vernommen hat, könnte meinen, Netanjahus deutsches Pendant mit dem Bärtchen sei auferstanden. Der deutsche Mainstream hüllt sich in Schweigen und in der EU scheint sich kollektive Hirnverbranntheit breitgemacht zu haben.

**Reiner Neubert**

## In Erinnerung an H.H.

Ein Fluch dem Kanzler, dem Kanzler der Reichen, den Not und Armut nicht können erweichen;  
und seine Spießgesellen gehn über Leichen, indem sie für ihn die Drecksarbeit tun.

Ein Fluch dem falschen Vaterlande, das über uns bringt Schimpf und Schande,  
ein Fluch dem kruden Rüstungsstaate, wo gut gedeihn Gewehr und Granate,  
dem Land von Krupp und Rheinmetall.

Ein Fluch dem Gotte, an den die glauben, die ihre Milliarden zusammenrauben,  
dem Gott mit dem Namen „Goldener Stier“, verkleidet beim DAX als Bulle und Bär.  
Sie rauben und klaben.

**Christian Stappenbeck  
Berlin**

## Blühende Landschaften

**E**inst war Eberswalde (Barnim) eine Industriestadt. Dort lebten 1990 ca. 53 400 Menschen. Heute hat die Stadt noch etwa 42 500 Bewohner. Sie belegt nach Bernau bei Berlin (44 600 Einwohner) den achten Platz in der Rangliste der Städte in Brandenburg.

Der Abstieg Eberswaldes und der Bevölkerungsrückgang sind eng mit der Deindustrialisierung der Stadt verbunden. Seit dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik sind eine Reihe bedeutender Unternehmen verschwunden.

Ein wichtiger Industriebetrieb war bis 1989 das Reichsbahnausbesserungswerk mit 1350 Beschäftigten. Die Deutsche Bahn entschloß sich 2014, das Reparaturwerk, das für die wirtschaftliche Entwicklung Eberswaldes in der Vergangenheit bedeutend war, 2016 zu schließen. Eberswalde gingen auf einen Schlag knapp 500 Arbeitsplätze verloren. In dem Betrieb wurden seit 1878 Eisenbahnfahrzeuge instandgesetzt. Das Walzwerk Finow hatte Ende der 1980er Jahre 2300 Beschäftigte. Das Unternehmen wurde nach mehreren Insolvenzen 2012 liquidiert.

Der ehemalige VEB Kranbau Eberswalde hatte nach 1989 verschiedene Eigentümer. Ende der 80er Jahre waren im VEB Kranbau 3219 Mitarbeiter und 456 Lehrlinge beschäftigt. Seit 1990 wurde der Kranbau mehrfach privatisiert. Heute gibt es nur noch den Ardelt-Teil (1. August 2023) mit neuer Gesellschafterstruktur als Ardelt Kranbau GmbH. In dem Unternehmen arbeiteten 2024 noch 55 Beschäftigte.

Der VEB Chemische Fabrik Finow hatte in den 1980er Jahren ca. 620 Mitarbeiter. Das Unternehmen wurde nach 1990 vollständig liquidiert. Im VEB Rohrleitungsbau Finow arbeiteten im Jahre 1990 1100 Beschäftigte. Nach 1990 kam es zur Privatisierung, begleitet von Massenentlassungen. Das ehemalige Betriebsgelände ist heute ein Gewerbepark.

Das jüngste Beispiel für den wirtschaftlichen Niedergang Eberswaldes als Industriestandort ist die Schließung der einst größten Fleisch- und Wurstwarenfabrik Europas. Der Tönnies-Konzern übernahm den Betrieb in Britz bei Eberswalde sowie die Marke „Eberswalde“ im Juni 2023. Ende Februar dieses Jahres schloß Tönnies die Werkstore. Rund 500 Menschen verloren ihre Arbeit. „Fast 50 Jahre nach Gründung des einstigen Schlacht- und Verarbeitungskombinates geht damit eine Tradition zu Ende. In den 80er Jahren war Eberswalde Europas größte Fleisch- und Wurstfabrik. In der Stadt entstanden ganze Neubauviertel, Schulen und sogar eine Schwimmhalle für die damals 3000 Beschäftigten und deren Familien. Die beliebten Würstchen und andere Eberswalder Fleischprodukte sollen zukünftig in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen produziert werden – so entschieden es die Eigentümer der zum Tönnies-Konzern gehörenden Zur-Mühlen-Gruppe, die das Werk erst 2023 übernommen hatte.“

Als der Tönnies-Konzern, der größte Konzern in der Fleischindustrie, den Betrieb übernahm, gab es schon Zweifel, daß Tönnies in den Standort investieren wird. Vielmehr stand der Verdacht im Raum, daß es mit der Übernahme des Betriebes um eine Marktberichtigung in der Branche ging. Gleichzeitig hatte die Tönnies-Gruppe ein starkes Interesse, die Marke „Eberswalde“ zu übernehmen, die heute nicht nur im Osten der Republik beliebt ist. Tönnies ist kein unbeschriebenes Blatt. Seit vielen Jahren steht der Name Tönnies für Fleischskandale, katastrophale Arbeitsbedingungen und Entlohnung von Arbeitskräften unter dem Mindestlohn.

Die Junge Welt vom 17. Februar 2026 machte darauf aufmerksam, daß Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre

jahrzehntelange harte körperliche Arbeit mickrige 15.000 Euro für 45 Jahre erhalten. Tönnies hatte mit der Übernahme auch die Gesellschaft neu gegründet. So schrumpfte die Betriebszugehörigkeit deutlich. „Damit wird die Abfindung für langjährige Beschäftigte und ein Drittel der ehemaligen Werkvertragsarbeiter faktisch halbiert.“ (jW, 17.2.26) Außerdem haben die Beschäftigten auf Lohn verzichtet, um die Jobs zu erhalten. So seien über Jahre 17 Mio. Euro von den Beschäftigten durch Lohnverzicht in den Betrieb gesteckt worden. Das berechnete die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Die 2023 zugesagten Investitionen blieben aus. „Da Tönnies für das Werk 2023 eine neue Gesellschaft gegründet hatte, nutzte er eine Bestimmung des Betriebsverfassungsgesetzes, der zufolge kein Sozialplan erstellt werden muss, wenn seit der Gründung der Gesellschaft noch keine vier Jahre vergangen sind.“

Wie äußerte sich eigentlich die Landesregierung Brandenburgs zu diesem Vorgang? Ministerpräsident Dietmar Woidke (Stand März 2026) gab keine bedeutende Einzelklärung ab. Woidke war offensichtlich zu sehr damit beschäftigt, seinen eigenen Posten zu retten, Neuwahlen in Brandenburg abzuwenden und Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit der CDU im Land Brandenburg zu führen, nach dem die Koalition mit dem BSW gescheitert war.

Die offizielle Haltung wird lediglich durch seine Fachminister vertreten. Die Fachminister äußern große „Bestürzung und Enttäuschung“ über die Werkschließung. Sie schlossen sich jedoch der Meinung des Eigentümers an: Hohe Energiekosten und ein Sanierungsstau von mindestens 20 Millionen Euro, insbesondere bei der Kälteanlage, hätten eine wirtschaftliche Fortführung verhindert.

**Dr. Ulrich Sommerfeld**



### WIRTSCHAFT GIBT AUSKUNFT

Vor und hinter Hormus: Schiffsgedränge.  
Gar nicht gut für eine Meeresenge!  
Doch wie uns der Alltag pünktlich zeigt:  
Hauptsache, der Ölpreis steigt und steigt!

**Lutz Jahoda**  
17.3.2026

## Zum DGB-Aufruf zum 1. Mai

# Streikfähig statt kriegstüchtig

Der Aufruf des DGB zum 1. Mai „Erst unsere Jobs, dann eure Profite!“ benennt viele der Probleme, die Beschäftigte aktuell umtreiben: Angst vor Arbeitsplatzverlust, steigende Preise und Lebenshaltungskosten, Angriffe auf Arbeitszeiten, Druck auf Renten und das Gesundheitssystem. Diese Themen treffen die Realität in den Betrieben. Auch einzelne Forderungen – etwa die Verteidigung des Achtstundentags und eine Gesundheitsversorgung unabhängig vom Geldbeutel – gehen in die richtige Richtung. Doch so richtig viele Punkte sind, so wenig ergibt sich daraus eine klare politische Linie und Strategie für die Abwehrkämpfe. Hier liegt die zentrale Schwäche des DGB-Aufrufs. Er bleibt bei der Beschreibung von Problemen stehen und blendet entscheidende Ursachen aus. Die Frage „Wo sind die Milliarden?“ wird nicht gestellt. Dabei zeigt gerade die aktuelle Debatte um das sogenannte Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität und seine Verwendung, wie politische Prioritäten gesetzt werden: Für Aufrüstung, Waffenexporte in Kriegsgebiete und militärische Infrastruktur werden in kürzester Zeit enorme Summen mobilisiert. Für soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge und gute Arbeitsbedingungen ist angeblich kein Geld da. Die Kritik daran wächst auch unter Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, aber im DGB-Aufruf bleibt sie ausgespart. Dabei ist klar: Ohne eine klare Absage an

Hochrüstung und Kriegspolitik wird es keine Erfolge in sozialen Kämpfen geben. Auch die Forderung, „Arbeitgeber“ müssten „Verantwortung übernehmen“, greift zu kurz. Die Erfahrung der Arbeiterbewegung ist eine andere: Fortschritte wurden nie gewährt, sondern immer erkämpft. Ob Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmung oder soziale Sicherung – nichts davon fiel vom Himmel. Appelle an die Einsicht der Kapitalseite ersetzen keine Strategie. Wer Verbesserungen durchsetzen will, muß auf kollektive Stärke, Organisierung und Streikfähigkeit setzen. „Streikfähig statt kriegstüchtig“, die Losung der DKP zum 1. Mai, wäre die logische Reaktion auf den derzeitigen Generalangriff auf die sozialen Leistungssysteme und den Abbau von Arbeitsrechten. Problematisch ist auch die wiederkehrende Orientierung auf den „Standort“. Wenn Unternehmen aufgefordert werden, sich zu ihm zu bekennen, wird die Logik der Konkurrenz zwischen Belegschaften übernommen. Das schwächt Solidarität, statt sie zu stärken. Gewerkschaftliche Politik sollte nicht Standortinteressen verteidigen, sondern die Interessen der Beschäftigten – unabhängig davon, wo produziert wird. Wir sagen: Streikfähig statt kriegstüchtig!

**Rainer Perschewski**

*Redaktionell gekürzt*

*UZ, 3.4.2026*

## SPD – Name nur noch Schall und Rauch ...

Die führenden Köpfe der SPD unserer Tage haben mit dem sozialdemokratischen Grundverständnis ihrer Gründerväter nichts mehr zu tun, Interessenvertreter der arbeitenden Menschen zu sein. Wer nach den letzten Wahlergebnissen vor dem Bundestag eine Grundsatzrede hält, die auf gleicher Linie mit CDU und den Wünschen der „Arbeitgeber“-Verbände liegt, wem als SPD-Vorsitzenden nichts anderes einfällt, als nachzuplappern, was der CDU-Kanzler vorgibt, hat sich selbst demaskiert. Alle Phrasen, großen Töne und Erklärungen, zu sich als SPD zurückzufinden, sind leeres Geschwätz, Selbstbetrug und Augenauswischerei. Die SPD ist nicht mehr das, was sie zu sein noch vorgibt. Wer von seiner Klientel fordert, mehr zu arbeiten, Opfer zu bringen, der ist längst aufgegangen im Solidarpakt mit dem Kapital, sieht keinen Klassen Gegensatz mehr, gefällt sich im Bündnis mit der Klasse der Ausbeuter. Wahlen zeigen, das haben viele verstanden, aber

wählen leider den Weg zu einer Partei, die nur dem Schein nach für die Menschen Politik machen.

Wie recht hatte ein Ernst Thälmann mit der Charakterisierung der SPD: „Einerseits darf sie (die Sozialdemokratie), um die Politik der Bourgeoisie zu unterstützen, ihren Einfluß auf die Massen nicht verlieren, und andererseits, um den Einfluß auf die Massen nicht zu verlieren, darf sie nicht offen unter der Flagge der Bourgeoisie auftreten.“ Sie ist längst darüber hinweg und tritt offen für die Interessen des Kapitals auf. Bleibt daran zu erinnern, was Marx und Engels 1879 per Brief an Bebel, Liebknecht und Bracke schrieben. „Wo der Klassenkampf als unliebsame ‚rohe‘ Erscheinung auf die Seite geschoben wird, da bleibt als Basis des Sozialismus nichts als ‚wahre Menschenliebe‘ und leere Redensarten von ‚Gerechtigkeit‘.“

**Roland Winkler**  
Aue

## Erich Weinert schrieb, auf Reichskanzler Hitler bezogen, aus dem Exil 1942 mahnende Worte an seine Landsleute

### Der Führer

Manch gekrönter Abenteurer hat in Deutschland schon regiert. Manche polternden Erneuerer haben uns schon angeführt. Viel war nie davon zu halten, doch man konnt' es noch verstehn: Diese, auch als Staatsgewalten, waren immerhin Gestalten – aber ausgerechnet d e n?

Wäre in der Zeit der Krise irgendeiner aufgetaucht, ein Prophet, ein Kerl, ein Riese, wie die rauhe Zeit ihn braucht, gleich als Tempelstürmer kenntlich, ein Rebell, ein Phänomen, wo die Menge ruft: Na endlich! Alles wäre doch verständlich – aber ausgerechnet d e n?

### Für die heutige Zeit und den jetzigen Bundeskanzler mag zutreffen:

Dieser Kapitalvermehrer aus dem Blackrock-Management, dieser Israelverstehrer, der kein Mitleid mit Gaza kennt, dieser Trumpsche Fußbeküsser will uns im Krieg mit Rußland sehn. Davon laßt ihr euch verhetzen und man fragt sich mit Entsetzen – aber ausgerechnet d e n?

Später wird man ihn mal sehen im Wachfigurenkabinett. Die um ihn herum dann stehen, wissen: Der war gar nicht nett. Und sie werden von euch sagen: Alles könnte man versteh'n, was das Volk in frühern Tagen an Gestalten hat ertragen – aber ausgerechnet d e n?

**Gabi Parakeninks**

# Interessenbedingt gelogen

**A**m 14. März starb der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas im Alter von 96 Jahren in Starnberg. Er gehörte der sogenannten Frankfurter Schule an, die großen Einfluß auf die Studentenrevolte in der Bundesrepublik der 60er Jahre hatte. Habermas kokettierte mit dem Marxismus, als das im Westen für einige Jahre auch im akademischen Bereich Mode wurde, ersetzte aber den historischen Materialismus durch aus den USA importierten Idealismus und die materialistische Dialektik durch pragmatische Anpassung an den real existierenden Imperialismus. Das machte ihn im Kalten Krieg zu einem wertvollen Verbündeten im internationalen Ringen darum, junge Geistes- und Sozialwissenschaftler, aber auch Teile der jüngeren Politikergeneration - nicht zuletzt in den sozialistischen Ländern - der Philosophie von Marx, Engels und Lenin zu entfremden. Politisch stellte er sich immer wieder an die Seite der SPD und färbte den Kapitalismus verlässlich antikommunistisch schön. Für die globale Verbreitung seiner Arbeiten wurde eifrig gesorgt. Er galt daher in der BRD als bedeutend, hatte aber nach der Konterrevolution und dem Ende der Sowjetunion ausgedient - ähnlich wie die Sozialdemokratie. Hermann Klenner schickte der „RotFuchs“-Redaktion nach dem Tod von Habermas eine kritische Rezension des Habermas-Sammelbandes „Ach, Europa“ aus dem Jahr 2008. Die Besprechung erschien damals zuerst im „Neuen Deutschland“ und ist gerade in diesen Wochen in vielem wieder aktuell. Wir danken Hermann Klenner für seine Genehmigung, sie im „RotFuchs“ abzdrukken.

**Die Redaktion**

**Ach, Habermas ...**

**„Ach, Europa“, stöhnt der Philosoph vom Starnberger See und skizziert Weltprobleme  
Von Hermann Klenner**

Das waren noch Zeiten, als Hans Magnus Enzensberger seinen Reiseroman aus sieben Ländern optimistisch mit einem: ACH EUROPA! betiteln konnte. Zwanzig Jahre ist das her. Nun also ein seufzender Ton: ACH, EUROPA. Enttäuschungen, wie das Wort schon besagt, sind das Ergebnis von Täuschungen, von eigenen wohlgerneht. Davon kann bei der Frankfurter Schule die Rede nicht sein. Die hat sich selbstredend noch nie getäuscht.

Der in die Jahre gekommene - Respekt, Respekt - Gralshüter dieser Frankfurter Schule hat sich keineswegs leergeschrieben, und leergedacht natürlich auch nicht. Hier handelt es sich um die Zusammenstellung von

zehn bereits andernorts publizierten Texten der letzten Jahre, teils persönlichen, teils politischen Anlässen geschuldet. Insofern deckt der Titel des Ganzen das Ganze nicht; doch möge hier auf die Würdigung von Habermasens Sicht auf Abendroth, Rorty, Derrida und Dworkin samt Nebensichten auf Foucault, Heidegger, Kierkegaard, Luhmann, Marcuse, Rawls und Wittgenstein lediglich aufmerksam gemacht werden, zu-

zerstört, und seit sich die Bundesregierung zum Komplizen von völkerrechtswidrigen CIA-Praktiken machen ließ, habe sie Zweifel an der Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Zielsetzung geweckt, zum Vorrang des internationalen Rechts vor den nationalen Interessen beizutragen.

Lassen wir es dahingestellt sein, ob „Glaubwürdigkeit“ überhaupt eine signifikante Eigenschaft regierender Politiker ist.



**Jürgen Habermas (1929-2026): Stets Anhänger der Vorherrschaft von USA und EU in der Welt**

mal die dem jeweiligen Anlaß geschuldeten „philosophisch-politischen Profile“ mit einer schmalen Quellenbasis auskommen mußten. Dafür aber nicht nur aus Gelesenem, sondern zumeist auch aus Erlebtem geschöpft. Eine halblinke Sicht auf die Dinge, immerhin. Die in dem Bändchen enthaltenen welt- und europapolitischen Überzeugungen eines weniger philosophisch denn politisch-juristisch Argumentierenden verdienen die Neugierde, zu der nachfolgend aufgestachelt werden soll. Nachdenken ist angesagt, nicht Nach-Denken. Auch wenn Habermas gehemmt ist, aus seinem von ihm hart erarbeiteten Schatten zu treten und das Einerseits und Andererseits eines von inneren Widersprüchen geplagten Intellektuellen vom Schlage eines Tui, wie Brecht gesagt haben würde, zu überwinden, so sind ihm doch Einsichten gelungen, deren Umsetzung in Deutschland allerdings eine andere Bundestagszusammensetzung voraussetzen würde: Seit Verkündung der Bush-Doktrin habe der erklärte Unilateralismus der USA die Glaubwürdigkeit der normativen Grundlagen westlicher Politik

Die Erfahrungen mit ihren Praktiken lehren allerdings, daß sie nach der Wahl ihre lockenden Versprechungen aus der Zeit davor als „wahlkampfbedingte Aussagen“ zu relativieren pflegen, für deren Enttarnung als Lügen bekanntlich leider kein Bundesverfassungsgericht zuständig ist. Und in der Außenpolitik lassen sich die Regierungen, wenn es hart auf hart kommt, eher von der Staatsräson als vom Völkerrecht leiten. Jedenfalls ist es wohltuend zu erleben, wie Habermas sein Recht als Intellektueller gut begründet und flexibel formuliert wahrnimmt, sich über den Zustand der Weltgesellschaft im Großen und im Kleinen aufzuregen. Vor allem über die Kriegspolitik der USA und ihrer Vasallen; über den zur puren Vorwandideologie für Aggressionen verkommenen Demokratie- und Menschenrechtsexport; über eine sozialdarwinistische Enthemmung von Gewaltpotentialen; über die Lebenslügen einer neoliberalen Orthodoxie; über die Zerstörung der politischen Öffentlichkeit durch die Medienmacht privater Konzerne; über die hysterische Verteidigung der westlichen Religion und Werte,

statt allen Bekenntnissen die Verträglichkeit ihres Glaubens mit der Vernunft zuzumuten; über die Unfähigkeit der Europäer, nach außen geschlossen aufzutreten, nachdem die Regierung in Washington ihre moralische Autorität verspielt habe; und schließlich über die sich als Elite- statt Demokratieprojekt organisierende, sogar auf bereits von der Bevölkerung akzeptierten Gemeinschaftssymbole wie Fahne und Hymne verzichtende Europäische Union.

Um bei einem gemeinsamen Vorgehen mit den USA ihren eigenen Vorstellungen vom Völkerrecht treu bleiben zu können, müsse sich die EU (samt Deutschland) aus der Abhängigkeit von ihrem überlegenen Partner lösen, weshalb sie einen eigenen Außenminister, einen direkt gewählten Präsidenten und eigene Streitkräfte brauchte. Warum aber, so fragt man sich, propagiert denn jemand, der wegen der

Komplexität der Weltgesellschaft nicht nur jeder unipolaren Weltordnung, sondern auch der gezielten Marginalisierung der UN eine Abfuhr erteilt, eine bipolare Gemeinsamkeit des „Westens“? Von China aus gesehen ist dieser Westen der Osten.

Man müsse von Europa einen unbefangenen selbstbewußten Blick auf die USA verlangen, der zugleich selbstkritisch genug ist, um auch den leisesten Regungen von Antiamerikanismus zu widerstehen. Warum eigentlich nicht einen ähnlichen Blick auf Rußland, Indien und China werfen, mit einer vergleichbaren Vorsorge vor Antiregungen? Ist es denn vermessen, von jeder Weltmacht zu verlangen, sich gleichermaßen in die Völkerrechtsordnung der Gegenwart einzubinden? Und ist es zu unverschämt, jemandem, der die Unrechtsphänomene in der Welt von heute so scharfzünftig attackiert, vorzuwerfen, daß er die Frage nach

deren Ursachen unterbelichtet, zuweilen sogar ausblendet? Könnte deren Einblendung nicht der SPD, der Habermas im Willy-Brandt-Haus auch ein bißchen den Marsch geblasen (und André Brie anempfohlen) hat, auf die Sprünge helfen? Warum laufen denn die Märkte den politischen Gestaltungsmöglichkeiten der meisten Staaten und der UN davon? Oder setzt nicht eine über die nationalen Grenzen hinausgreifende politische Vergemeinschaftung eine ökonomische Vergesellschaftung voraus? Die unglaublichen Politiker, um diese noch einmal ins Spiel zu bringen, haben doch nicht erbbedingt, sondern interessenbedingt gelogen.

*Jürgen Habermas: Ach, Europa. Kleine politische Schriften XI. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008, 192 Seiten, 9 Euro*

## Ein Beispiel, das Schule machen könnte

Susanne Hahn aus Lößnitz schreibt im April-Heft des RF über Gewinner und Verlierer der Weltpolitik. Sie ist der Macht auf der Spur. Sie beschreibt die Macht des Geldes, des Einflusses, der Aktienpakete usw.

„Der kleine Teil der Menschheit“ hat es vielleicht weniger gelernt, aber gewinnt zunehmend anschaulichst bis spürbar an Auge, Ohr und Empfinden, was Macht und Geld immer bedrohlicher hervorbringt. Susanne Hahn beschreibt verständlich, nachvollziehbar, lebensnah das, was wir unter dem Wort Kapitalismus verstehen. Sie beschreibt gut und richtig, was wir im Zusammenhang und dem Wirken der Worte Kapital-Krise und Krieg verstehen.

Noch besser ihre Erkenntnis, wie die Herrschenden dieser Weltpolitik alle Folgen und Wirkungen ihrer menschenfeindlichen Politik, wie die „Gewinner“ der Weltpolitik gegenüber den „Verlierern“ ihr Tun und Taten in Worte kleiden, mit denen die Menschheit erstaunlicherweise seit vielen Jahrhunderten verdummt und verblödet wird, womit es bis heute gelingt, Menschen die Herrschaft der Gewinner geduldig zu ertragen und von Wahl zu Wahl deren schönen Worten zu vertrauen. Wie lange wird

es noch gelingen, Menschen mehrheitlich zu täuschen mit Worten von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten, Befreiung, Sicherheit, wo sie doch nur ihr eigenes Interesse und nur ihr eigenes damit meinen? Jede Wahl, jede Regierung, wie bunt sie uns auch vorgeführt wird, immer ist es das gleiche, der gleiche Betrug. Damit nicht genug. Die „Gewinner“ der Weltpolitik wollen uns, ihre Völker, demnächst in einen dritten Weltkrieg treiben, der ihnen noch unendlich größere Gewinne verspricht und bereits ihre Aktienpakete aufbläht, während Volk Inflation ärmer wird und für das Schlachtfeld vorgesehen ist. Versteht sich: für Freiheit und Demokratie – sie glauben es wieder. Ein englischer Gewerkschafter hat lange vor Marx das beschrieben, was auch Susanne Hahn in ihre Worte kleidet und zum Ausdruck bringt – das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus, welches das Privateigentum an allem gesellschaftlichen Reichtum bedingt: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden. 20 Prozent, es wird lebhaft. 50 Prozent

positiv waghalsig. Für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß. 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

Wie nahe sind wir dem Galgen bei Profitraten der Rheinmetall und Co?

Susanne Hahn scheint wenige Kilometer von Aue entfernt zu wohnen. Wir kennen uns nicht, haben nicht voneinander gehört. Dennoch scheint sie mit mir zum „kleinen Teil der Menschheit“ zu gehören, die ähnlich denken. Warum muß dieser Teil der Menschheit so klein sein? Ist er so klein oder auch nur vielfach zer- und verstreut, zerstritten, entsolidarisiert?

In unserem „RotFuchs“ lesen wir monatlich interessante Beiträge von überwiegend uns mehr oder weniger gut bekannten Autoren und Lesern. Das ist wichtig für's Lernen und Verstehen. Noch wichtiger ist es aber, die Meinung jener zu lesen, die ganz neu auf uns „RotFüchse“ gestoßen sind und unseren „kleinen Teil der Menschheit“ größer machen, vielleicht wieder zusammenbringen.

**Roland Winkler**  
Aue

### Aus der Satzung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. (§2)

2) Zur Verbreitung seiner Zielsetzungen gibt der Verein die Monatszeitschrift „RotFuchs“ – Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur – heraus und fördert ihr regelmäßiges Erscheinen. Als Foren des Meinungsaustausches führt er

außerdem öffentliche Bildungsveranstaltungen wie Seminare, Kolloquien, Konferenzen und andere Zusammenkünfte durch.

Der Verein entfaltet seine gesamte Tätigkeit nach den Prinzipien der Solidarität

und gegenseitigen Achtung sowohl zwischen den Vereinsmitgliedern als auch gegenüber Personen und Organisationen mit verwandter Zielsetzung im In- und Ausland.

# Vier Schlüssel um Chinas Weg in die Zukunft zu verstehen

*China hat das Leitdokument für den 15. Fünfjahresplan verabschiedet, der die Richtung des Landes bis 2030 vorgibt.*

Der Abschluß der „Zwei Sitzungen“ markierte nicht nur das Ende von Chinas wichtigstem jährlichen politischen Treffen, sondern auch den Beginn einer neuen Phase, die den Kurs des Landes in den kommenden Jahren bestimmen wird. Die gemeinsamen Sitzungen des 14. Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und des 14. Nationalen Volkskongresses, die vom 4. bis 12. März stattfanden, verabschiedeten das Leitdokument für den 15. Fünfjahresplan.

Mehr als die formale Verabschiedung des Plans verdeutlicht die Entwicklung des asiatischen Landes, daß der nun eingeschlagene Weg eine Bedeutung hat, die weit über Chinas Grenzen hinausreicht.

Bis 2030 wird es „eine entscheidende Phase geben, in der die Grundlagen gefestigt und alle notwendigen Anstrengungen unternommen werden müssen, um Chinas sozialistische Modernisierung grundlegend zu verwirklichen“. Dies erklärte Hua Xin, Chinas Botschafter in Kuba, auf einer kürzlich abgehaltenen Pressekonferenz. Der Diplomat präsentierte vier Gruppen von Konzepten, die die unmittelbare Ausrichtung des Landes zusammenfassen: „Reform und Innovation“, „Sozialwohlfahrt

und menschliche Wärme“, „Grün und schön“ sowie die Verbindung von „Vertrauen und Offenheit“. Er lud die Menschen ein, diese als Leitfaden zu interpretieren, um die Roadmap des XV. Plans besser zu verstehen.

Laut dem Diplomaten sind Reform und Innovation „die zentrale Triebkraft für eine qualitativ hochwertige Entwicklung und die kontinuierliche Modernisierung nach chinesischem Vorbild“. In diesem Rahmen wird China weiterhin sein Ziel verfolgen, eine hochentwickelte sozialistische Marktwirtschaft aufzubauen, Innovationen zu fördern und diese mit anderen Branchen zu integrieren, um hochwertige Produktivkräfte zu generieren.

Hua betonte den Schwerpunkt auf der sozialen Wohlfahrt und der menschlichen Zuwendung. Modernisierung, erklärte, sie beschränke sich nicht auf Wirtschaftswachstum, sondern umfasse auch die Verbesserung der Lebensqualität und die Gewährleistung, daß mehr Menschen von den Vorteilen der Entwicklung profitieren. Der Botschafter hob die erweiterten Inhalte zum Thema soziale Wohlfahrt im Regierungsbericht hervor – der ebenfalls während der „Zwei Sitzungen“ verabschiedet wurde – und der erstmals das Konzept der „Investition in die Menschen“ beinhaltete. Ein weiteres von ihm hervorgehobenes Element war „grün und schön“. Angesichts globaler Umweltprobleme

beharrt China auf der Notwendigkeit, eine nachhaltigere Wirtschaft anzustreben und weiterhin umweltfreundliche Maßnahmen zu fördern, darunter die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Verringerung der Umweltverschmutzung.

Vertrauen und Offenheit gewinnen in China zunehmend an Bedeutung. Im aktuellen, von erheblichen Spannungen geprägten Kontext äußern sich diese Konzepte unter anderem in der Verfolgung stabiler und pragmatischer Wachstumsziele sowie in der Bereitschaft, die sich aus der weitreichenden Öffnung ergebenden Chancen mit allen Ländern zu teilen.

Diese vier Schlüsselkonzepte geben Aufschluss über Chinas gegenwärtige und zukünftige Entwicklung. Über konkrete Ziele hinaus offenbaren sie einen Prozeß der Prioritätensetzung im In- und Ausland. Die erfolgreiche Umsetzung der im kürzlich abgeschlossenen 14. Nationalen Entwicklungsplan unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas festgelegten Aufgaben versetzt das Land in eine günstige Position für den Beginn einer neuen Ära. Von internen Planungen bis hin zu den Beziehungen zur Welt bestimmen diese vier Schlüsselkonzepte Chinas Richtung in einem entscheidenden Moment seiner Modernisierung.

**Yesey Pérez López**

*Quelle: internet@granma.cu, 25.3.2026*

## Der 15. Nationale Plan Chinas – Wachstumsziel bis 5,0 % für 2026

Die chinesische Regierung schloß im März ihre jährlichen „Zwei Sitzungen“ (Lianghui) ab. Dabei handelt es sich um die Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKKCV), ein politischer Beratungsausschuß, und um den Nationalen Volkskongreß (NVK), Chinas oberstes gesetzgebendes Organ.

Zunächst wurde beschlossen, für 2026 ein reales BIP-Wachstumsziel von etwa 4,5 bis 5,0 % festzulegen. Damit fiel der Zielwert zum ersten Mal seit 1991 unter 5 %. Bei der Vorstellung der Wirtschaftsziele erklärte Premierminister Li, daß das Ziel aufgrund der Unsicherheiten im Welthandel und in der Geopolitik niedriger angesetzt wurde.

Dennoch war das Wachstumsziel moderat, und die Führung zeigte sich zuversichtlich, daß es erreicht werden würde. Für diese Einschätzung gibt es gute Gründe. Im Jahr 2025 betrug das reale BIP-Wachstum Chinas 5 %, eine Rate, die unter den großen Volkswirtschaften der Welt nur von Indien übertroffen wurde, mehr als doppelt so hoch war wie die Wachstumsrate der USA und dreimal so hoch wie die der übrigen führenden kapitalistischen Volkswirtschaften der G7.

Seit 2020 hat sich die Regierung das Ziel gesetzt, China bis 2035 zu einer „mittleren“ Volkswirtschaft zu entwickeln (gemäß der Definition der Weltbank mit 20 000

US-Dollar pro Person zu Preisen von 2020). Das bedeutete eine effektive Verdopplung des Pro-Kopf-BIP in diesen 15 Jahren. Dieses Ziel ist eindeutig in Reichweite, da Chinas Pro-Kopf-Einkommen von nun an nur noch um durchschnittlich etwa 4,17 % pro Jahr wachsen müßte. Unter der Annahme, daß China von nun an ein durchschnittliches reales Pro-Kopf-BIP-Wachstum von etwa 4,5 % pro Jahr erzielt, wird es die Definition der Weltbank bis 2034 übertreffen.

*Entnommen dem IsW-Bericht vom 10.3.2026 „Der 15. Nationale Plan Chinas – Wachstumsziel bis 5,0 % für 2026“ von Michael Roberts*

# Die DDR half China in schwieriger Zeit

**Konrad Herrmann** arbeitete an der DDR-Botschaft in China als Sekretär für Wissenschaft und Technik. Ab 1991 war er in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig beteiligt an der Kooperation mit der VR China auf dem Feld der Metrologie, der Wissenschaft vom Messen. Er hat mehrere Bücher über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik China geschrieben. Er will, daß dieses Kapitel der Geschichte – ein Stück gelebte Solidarität – nicht vergessen wird. UZ sprach mit ihm über den unterschiedlichen Umgang beider deutscher Staaten mit der Volksrepublik.

**Der Bundeskanzler war Ende Februar mit dreißig Konzernchefs in China und Deutschland rieb sich die Augen. Hatte der Kanzler dort Kreide gefressen? Oder war ihm endlich bewußt geworden, daß die deutsche Wirtschaft besser auf selbstbewußte als auf selbstsüchtige Partner setzen sollte?**

Da fragen Sie besser einen anderen. Ich glaube nicht, daß aus dem Saulus aus dem Sauerland ein Paulus geworden ist. Die stecken alle noch in ihrer transatlantischen Haut. Allenfalls folgt Merz Bismarcks rationaler Überlegung, daß man mit den Realitäten wirtschaften müsse und nicht mit Fiktionen. Wenn also Leute wie Merz sich langsam von der Illusion verabschieden, daß der „Wertewesten“ – 15 Prozent der Weltbevölkerung – noch immer das Machtzentrum der Welt sei und dem Rest der Menschheit vorschreiben könne, wie er zu leben habe, wäre das doch immerhin ein Fortschritt.

**Ich glaube nicht, daß diese Kaste schon so weit ist. Die krisengeschüttelte deutsche Wirtschaft braucht einfach verlässlichere Partner, nachdem die USA eigene, um nicht zu sagen, eigenwillige Prioritäten setzten.**

„America first“ galt doch schon immer. Die neue Qualität besteht darin, daß die Interessen der USA nunmehr auch gegen die Interessen der bisherigen Freunde und Verbündeten rücksichtslos durchgesetzt werden. Was wieder einmal den Grundsatz unterstreicht: Es gibt keine Freundschaft zwischen Staaten – es gibt nur nationale Interessen. Und die haben sichtbar Vorrang.

**Gilt das auch für die Volksrepublik China? Dort haben Anfang März der**

**Nationale Volkskongress und die Politische Konsultativkonferenz getagt. Sie haben den nächsten Fünfjahrplan, den 15. inzwischen, verabschiedet.**

Durchaus. Die Chinesen konzentrierten sich selbstbewußt auf eigene Stärken. Das tun sie schon seit fünftausend Jahren. Allerdings folgt China anderen geostrategischen Interessen. Die USA wollen eine neue Weltordnung durchsetzen, in der sie unangefochten die Nummer 1 sind. Dafür ist ihnen jedes Mittel recht, insbesondere das der Gewalt: Erpressung wie Kriege.

Die Volksrepublik arbeitet langfristig, die Politik wird nicht von Wahlzyklen bestimmt, sondern von gesellschaftlichen Zielen. Die gegenwärtig zweitstärkste Volkswirtschaft will bis 2049, zum 100. Jahrestag der Volksrepublik, nicht die Nummer 1 in der Welt werden, um dieser ihren Willen zu diktieren. China will ein moderner sozialistischer Staat werden, der allen seinen Bürgern Wohlstand und Frieden garantiert – China übt auf die aus dem Gleichgewicht geratene Weltlage einen stabilisierenden Einfluß aus.

Der weitere Aufstieg soll im Wesentlichen über die forcierte Entwicklung von Wissenschaft und Technologien erfolgen, nicht mehr wie bisher durch expandierende Produktion, sondern durch deren Intensivierung, die sich an tatsächlichen Bedürfnissen und ökologischen Grundsätzen orientiert. Die Ressourcen und Märkte sind endlich. Und das soll zunehmend unabhängiger und selbständiger erfolgen.

Die Chinesen machen in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus die gleichen Erfahrungen wie die DDR und reagieren auch so. Wir nannten diese Politik in den 50er und 60er Jahren „Störfreimachung“. Im Unterschied zu uns können sich die Chinesen das ökonomisch auch leisten.

**Sie haben Sinologie studiert, in China gearbeitet und drei Bücher über die Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik herausgebracht. Eigentlich beweisen Sie, daß die DDR mindestens Pate des grandiosen Aufstiegs der Volksrepublik war. Habe ich das richtig gelesen?**

Man kann zumindest sagen, daß wir am Anfang des Weges Hilfestellung leisteten. Mehr noch: Es entwickelte sich eine tätige Freundschaft zwischen Chinesen und Deutschen. Darauf gründet der gute Ruf deutscher Waren und das Ansehen Deutschlands in China noch immer. Schon

vor dem Zweiten Weltkrieg fanden Erzeugnisse zum Beispiel von Zeiss in Jena, Krupp und Siemens hohe Anerkennung. In den 50er Jahren setzten volkseigene DDR-Betriebe diese Traditionen nicht nur fort, sondern neue Maßstäbe. Vergessen wir nicht: Erst 1972 nahm die BRD diplomatische Beziehungen zur VR China auf – westdeutsche Unternehmen profitierten von unserer Vorarbeit und eroberten erst dann den chinesischen Markt. Erst ab dieser Zeit wurden die Wirtschaftssanktionen der kapitalistischen Industriestaaten gegen China allmählich gelockert. Die Volksrepublik war immer daran interessiert, von der DDR fortschrittliche Technologien und Erzeugnisse zu beziehen, die sie woanders nicht erhielt.

**Warum ist es Ihnen wichtig, an die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der DDR und der Volksrepublik China zu erinnern?**

Mit meinen Büchern kämpfe ich gegen das Vergessen und das Verschweigen. Die DDR-Spezialisten, die in den 50er Jahren in China tätig waren, sind fast alle schon verstorben. Durch den Kontakt mit den Nachfahren weiß ich, wie sehr sie es begrüßen, daß die Geschichte ihrer Väter und Großväter endlich dokumentiert wurde. Einige schickten mir Fotos. Von einem Bekannten eines Spezialisten, der am Bau einer Zuckerfabrik beteiligt war, erhielt ich einige Hundert Farbdias aus der Zeit von 1958 bis 1960. Das sind wahrlich Kostbarkeiten mit hohem Neuigkeitswert – auch für die Chinesen.

In der Selbstdarstellung der Bundesrepublik tut man so, als habe es nur Beziehungen zwischen der BRD und China gegeben. Dabei vertrat die DDR in China ganz Deutschland, als die BRD wegen der Hallstein-Doktrin die Volksrepublik China bis 1972 nicht anerkannte. Die DDR hat ab den 50er Jahren, als die Volksrepublik in größten Schwierigkeiten steckte und die westlichen Mächte das Land mit Sanktionen belegten, geholfen. Das ist die historische Wahrheit. Diese Hilfe haben viele Chinesen nicht vergessen, was sie mich noch Jahrzehnte später wissen ließen. Auch darauf beruht das gute Ansehen von „Made in Germany“ im heutigen China.

Interview: Frank Schumann

Redaktionell gekürzt

Aus: UZ, 17.4.2026

# Afrika – der Traum meiner Kindheit

Vor einigen Wochen bekam ich ein Buch von meiner Tochter geschenkt, die von meiner unerfüllbaren Sehnsucht, Afrika kennenzulernen, weiß: „Motherland. Von Mansa Musa bis Black Panther“ von Luke Pepera, der in Ghana aufgewachsen, in Oxford studierte, „eine persönliche Reise durch 500 000 afrikanische Geschichten“ schrieb, auf 332 Seiten, erschienen im Aufbau-Verlag Berlin, für 28 € zu haben.

Er erzählt Geschichten – eine afrikanische Tradition aufgreifend – aus seinem reichhaltigen wissenschaftlichen Fundus, belegt mit Anmerkungen, die weitere Nachfragen erlauben. Er bringt den Kontinent näher, erklärt die Andersartigkeit verständlich aus dem geschichtlichen Werden: Afrika, die Wiege der Menschheit, zeigt er mit Eva, älteste Zeugin, deren Skelett im äthiopischen Nationalmuseum in Addis Abeba ruht: „Wir sind mehr als eine Hautfarbe“ und zeichnet die Entstehung des schwarzen Rassismus historisch aus dem Sklavenhandel in Virginia nach. Luke Pepera verfolgt die Spuren des fruchtbaren kultur-ökonomischen Austausches im (europäisch-dunklen) Mittelalter zwischen Asien und Afrika. Er erzählt von Mansa Musa, dem mächtigen König (mans) des riesigen Mali-Reiches im 14. Jahrhundert, der aufgrund seines ungeheuren Reichtums zeitweilig den Kurswert des Goldes kollabieren ließ. Er gibt breiten Raum dem Einfluß von Frauen bis heute und in der Historie, erzählt von Königinmüttern und Kriegerköniginnen, die sich erfolgreich gegen die Kolonisatoren gestellt hatten. Ein Kapitel widmet er den Rap-Songs, in denen er die Tradition der mündlichen Überlieferung aufgehoben sieht, Geschichten von Sängern, die gegen ihre Diskriminierung ansangen.

Nur schade, daß er nicht von Manderen erzählte, dem in Mali von 1212 bis 1222 bestehenden Königreich, wo die Menschenrechte lange vor der 1689 dem britischen König

abgepreßten „Bill of Rights“ und der 1793 infolge der Französischen Revolution erklärten „Deklaration der Menschenrechte“ im „Eid der Jäger“ niedergelegt waren. Darin heißt es, daß „ein Leben einem anderen Leben nicht überlegen ist“, daß „jeder über das Land seiner Väter wacht, das muß man auch und vor allem Männer hören“, daß „Hunger keine gute Sache ist, die Sklaverei auch nicht; es gibt kein schlimmeres Unheil als diese beiden. Hier auf Erden wird, solange wir Köcher und Bogen besitzen, der Hunger niemanden in Manden töten, wenn unerwarteterweise eine Hungersnot wüten sollte. Der Krieg wird niemals mehr Dörfer in Manden zerstören, um Sklaven auszuheben.“

Schade auch, daß er die 1776 im Senegal verfaßten Prinzipien des Thierno Suleymane Baal zur „Good Governance“, der „Guten Regierungsführung“, nicht erwähnt hatte: „Ich empfehle Ihnen: 1. Für die Aufgaben eines Almani suchen Sie einen desinteressierten Mann, der die Güter dieser Welt weder für sich noch für seine Verwandten erstrebt 2. Wenn Sie sehen, daß er sich bereichert, entlassen Sie ihn aus dem Amt und beschlagnahmen Sie das Eigentum, das er erworben hat. 3. Wenn er den Rücktritt ablehnt, wird er mit Gewalt seines Amtes enthoben und verbannt. 4. Ersetzen Sie ihn durch einen kompetenten Mann, unabhängig von seiner Abstammung. 5. Stellen Sie sicher, daß das Almani niemals erblich ist. 6. Stellen Sie nur eine verdiente Person ein, egal aus welchem Stamm.“ Aber es ist wirklich wahr. Zwei Bücher haben mich Arbeiterkind zum Lesen animiert: die Bibel und die Germanischen Heldensagen – aber zum Träumen hat mich ein Bilderbuch gebracht: „Afrika. Jürgen Hansen erlebt den schwarzen Erdteil“, von der Margarine-Union Hamburg 1952 herausgebracht. Für eine Packung Margarine „Sanelle“ gab es bunte Bilder, die ich in das Album einklebte. Und ich las die Geschichten,

Kolonialismus schön gemalt, wie gut es den Menschen dort ging, urwüchsig und naturnah – wie es heutzutage Touristen in Mswatini noch vorgegaukelt wird. Ein Bild hat es mir besonders angetan: ein pausbäckiges schwarzes Baby auf dem Rücken der Mutter, satt und glücklich. Ich bekam Sehnsucht nach Afrika, las andere koloniale Geschichten aus der Nazizeit, von Großwildjägern, von Albert Schweizer – bis mich die Realität des Alltags aus meinen Träumen riß und mich einen Schulstreik (gegen die Notstandsgesetze) organisieren ließ.

Und die Ironie des Schicksals: Kaum das Begeben-Abitur geschafft, nach dem ersten Semester am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München – probeweise parallel zur Arbeit als Stadtinspektor am Abend Politologie – sollte endlich mein Traum erfüllt werden: drei Monate als Tramp durch Afrika, soweit es gehen wollte. Bahnfahrkarte bis Italien, per Anhalter nach Sizilien – das war der Plan. Doch am Tag vor der Abreise, Ruck- und Schlafsack waren gepackt, Taschengeld gebunkert, schlug das Schicksal zu: Mit einem Freund zum Abschied am Amper-Fluß, rissen uns Hilferufe aus dem Dösen in der Sonne – wir zogen ein hübsches griechisches Mädchen aus dem Wasser, ich verabredete mich mit ihr, besuchte sie im Schwesternwohnheim und verschob meine Abreise um einen Tag, eine Woche, einen Monat – um dann nach Griechenland zu fahren, um meinen Schwiegereltern vorgestellt zu werden und in eine andere Kultur einzutauchen ...

So verbleibt mir als alter Mann, meine Sehnsucht zu realisieren: Tunesien im Norden, Äthiopien im Osten, Kamerun im Zentrum, in Westafrika würde ich gerne den revolutionären Elan fühlen und in Eritrea den stolzen Unabhängigkeitssinn spüren. Mal sehen, ob mir die Zeit gegeben ist ...

Georges Hallermayer

## Rußland-Afrika-Gipfel 2026: Moskau stärkt strategische Bindung zum Kontinent

In Moskau findet in diesem Jahr gemäß einem Kreml-Dekret der dritte Rußland-Afrika-Gipfel statt. Ziel sei es, eine großangelegte Kooperation mit afrikanischen Partnern auf der Grundlage gegenseitigen Respekts aufzubauen, erklärte ein russischer Präsidentenberater. An der Großveranstaltung im Herbst werden Staatsoberhäupter, Regierungsvertreter sowie Repräsentanten relevanter Ministerien und Behörden, Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler aus afrikanischen Ländern teilnehmen.

Der Rußland-Afrika-Gipfel sei ein Schritt zur Stärkung der umfassenden Zusammenarbeit

zwischen der Russischen Föderation und den afrikanischen Staaten. Ein weiteres Ziel sei, neue Kooperationsformate festzulegen, sowohl bilateral als auch im Rahmen multilateraler Organisationen, sowie die Weiterentwicklung der strategischen Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern sicherstellen.

Zentrale Punkte der Verständigung sollen die Entwicklung von Handels- und Wirtschaftspartnerschaften, der Ausbau der kulturellen und humanitären Beziehungen und die Förderung gemeinsamer Initiativen in den Bereichen

Wissenschaft, Technologie und Innovation sein.

Das Partnerschaftsforum wurde 2019 auf einem wegweisenden Gipfeltreffen in Sotchi ins Leben gerufen und markiert Moskaus erneuten Vorstoß zur Stärkung der Beziehungen zum Kontinent, da mehrere afrikanische Staaten nach zuverlässigen alternativen Partnern zu den westlichen Regierungen suchen. Der zweite Rußland-Afrika-Gipfel fand im Juli 2023 in Sankt Petersburg statt.

Quelle: RTDE, 29.3.2026

# „RotFuchs“-Veranstaltungen im Monat Mai

## ■ Regionalgruppe Rostock

**Am Montag, dem 4. Mai, um 18 Uhr, Film zum 90. Jahrestag des Beginns des spanischen Bürgerkrieges „Fünf Patronenhülsen“**

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

**Am Sonnabend, dem 9. Mai um 10 Uhr,** spricht Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFIS) in Rostock, zum Thema: **Kuba und Venezuela – Lateinamerika – Schauplatz der multipolaren Auseinandersetzung im 21. Jahrhundert**

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

## ■ Regionalgruppe Magdeburg

**Am Freitag, dem 8. Mai, um 11.30 Uhr, gemeinsames Gedenken der Vereine der „Initiative für Frieden“ am Sowjetischen Ehrenmal im Nordpark Magdeburg**

Es spricht Friedrich Rabe (KPF)

**Am Dienstag, dem 26. Mai, um 17 Uhr,** liest die Künstlerin Sabine Zimmerhäkel Texte zum Thema **Krieg und Frieden – Kunst ist Waffe.**

**Ort:** Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, (Straßenbahnlinie 9, Haltestelle Fermersleber Weg) 39120 Magdeburg

## ■ Regionalgruppe Bernau

**Am Freitag, dem 8. Mai 2026, um 10.30 Uhr,** treffen sich die Mitglieder und Sympathisanten des „RotFuchs“-Fördervereins mit Freunden zum stillen Gedenken an der **Gedenkstätte „Ehrenfriedhof der Roten Armee“ in 16321 Bernau bei Berlin, Mühlenstraße.**

## ■ Regionalgruppe Cottbus

**Am Freitag, dem 8. Mai 2026, um 10 Uhr,** treffen sich alle Mitglieder und Sympathisanten des „RotFuchs“-Fördervereins zur Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal „Nordfriedhof“.

Die Ansprache hält Peter Truppel, Vorsitzender der Regionalgruppe. Im Anschluß Gedenken am sowjetischen Ehrenmal im Südfriedhof

**Ort:** Sowjetisches Ehrenmal „Nordfriedhof“

## ■ Regionalgruppe Teterow

**Am Freitag, dem 8. Mai um 10 Uhr,** gedenken wir der Helden der Roten-Armee am Sowjetischen Ehrenmal in Teterow am Bahnhof.

**Am Mittwoch, dem 13. Mai, um 15 Uhr,** spricht der Landesvorsitzende des BSW in Mecklenburg-Vorpommern, Peter Schabbel, zum Thema: **Wohin geht der Weg des BSW?**

**Ort:** Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

## ■ Regionalgruppe Güstrow

**Am Freitag, dem 8. Mai, um 17 Uhr,** findet anlässlich des 81. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die ruhmreiche Rote Armee eine **Gedenkveranstaltung** auf dem Sowjetischen Ehrenfriedhof, Güstrow, Plauer Chaussee, statt.

Im Anschluß **Gedankenaustausch** zum Thema: **Rußland ist nicht unser Feind! Gegen die deutsche Geschichtsvergessenheit**

**Ort:** Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

**Am 9. Mai, um 10 Uhr, Gedenken am Panzerdenkmal (Lalendorf)**

## ■ Regionalgruppe Halle

**Am Dienstag, dem 19. Mai, um 15 Uhr,** spricht Hellmut Naderer, Mitglied des Sprecherrates von „Cuba si“ zur **Lage in Kuba unter den Bedingungen des USA-Embargos.**

**Ort:** Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

## ■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

**Am Dienstag, dem 19. Mai, um 18 Uhr,** spricht Katalin Gennburg, MdB – Partei Die Linke, zum Thema: **Wie verwirklicht die Fraktion ihr Wahlprogramm als Opposition im Bundestag?**

**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

## ■ Regionalgruppe Leipzig

**Am Mittwoch, dem 27. Mai, um 18 Uhr,** spricht Diplom-Philosoph Siegfried Kretschmar zum Thema: **Die wissenschaftliche Weltanschauung zu Krieg und Frieden für die aktuelle Analyse von Kriegen**

**Ort:** Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

## ■ Regionalgruppe Strausberg

**Am Donnerstag, dem 28. Mai, um 15 Uhr,** spricht Martina Dost, Künstlerin und Landschaftsmalerin, **zur Rolle der Kunst in der Systemauseinandersetzung.**

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg.

## ■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

**Am Freitag, dem 29. Mai, um 15 Uhr,** spricht Prof. Raina Zimmering (Professorin für soziokulturelle Transformationsforschung) zum Thema: **Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation in Venezuela und Lateinamerika**

**Ort:** Klub der Volkssolidarität „Oderblick“, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Mai!

### Zum 98. Geburtstag

Roland Richter (Chemnitz) am 9. Mai

### Zum 96. Geburtstag

Wilhelm Bastian (Kleinmachnow) am 6. Mai

### Zum 92. Geburtstag

Werner Wild (Magdeburg) am 6. Mai

### Zum 91. Geburtstag

Lothar Hunger (Sayda) am 7. Mai  
Klaus Radzinski (Berlin) am 15. Mai  
Rudolf Herz (Berlin) am 16. Mai  
Gertraud Ranzinger (Gera) am 27. Mai

### Zum 90. Geburtstag

Siegfried Kramer (Stralsund) am 3. Mai  
Heinz Zoschke (Bautzen) am 4. Mai  
Heinz Bartusch (Bautzen) am 7. Mai  
Alfred Kutschke (Berlin) am 8. Mai  
Reza Nafeei (Hürth) am 30. Mai

### Zum 85. Geburtstag

Heinz Michel (Bad Buchau) am 15. Mai  
Dr. Klaus Petzold (Crimmitschau) am 19. Mai  
Claus Kühne (Berlin) am 21. Mai  
Arno Schröder (Liebenwalde) am 29. Mai

### Zum 80. Geburtstag

Reinhard Diebel (Berlin) am 3. Mai  
Hannelore Pohl (Sonneberg) am 11. Mai

### Zum 75. Geburtstag

Wolfgang Bermig (Pöbneck) am 24. Mai

### Zum 70. Geburtstag

Ursel Palka (Waren) am 6. Mai  
Michael Lang (Friedberg) am 28. Mai

### Zum 65. Geburtstag

Katja Fischer (Wandlitz) am 21. Mai

**WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN  
ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.**

# Sonnenburg/ Słońsk – Standort von Zuchthaus, frühem Konzentrationslager (KZ) sowie Arbeitserziehungslager (AEL) und Zuchthaus in der Zeit des Faschismus (Teil 2 und Schluß)

## Das Arbeits- und Erziehungslager (AEL)

Die Einrichtung als AEL diente insbesondere für angeblich deutschfeindliche Personen aus dem besetzten West- und Nordeuropa. Die in Konzentrationslager Verschleppten hatten meist den Vermerk „RU“ (Rückkehr unerwünscht) und sollten in der Regel „durch Arbeit“ in den Lagern vernichtet werden. Die in den AEL Inhaftierten sollten durch Arbeit „erzogen“ werden, damit sie später „umerzogen“ zur Zwangsarbeit eingesetzt werden konnten. Unter anderem waren auch Jean-Baptiste Lebas (1878–1944), Sozialist, Mitglied der Französischen Nationalversammlung und Minister unter Blum, später Mitglied der Resistance, und der norwegische Widerstandskämpfer Bjørn Egge (1918–2007), im Rahmen der Durchsetzung des Nacht- und Nebel-Erlasses ab 1943 in Sonnenburg inhaftiert. J.-B. Lebas kam 1944 in Sonnenburg ums Leben. B. Egge wurde später in Norwegen Generalmajor, Diplomat und Präsident des Norwegischen Roten Kreuzes. Der französische Widerstandskämpfer René Lefebvre (1879–1944), aus einer einflußreichen Familie, die zahlreiche katholische Würdenträger hervorbrachte, kommend, starb wahrscheinlich 1944 im Lager an den Folgen der ihm zugefügten Mißhandlungen. Er war während der faschistischen Besetzung Frankreichs für die Resistance und den englischen Geheimdienst tätig und kam „wegen Kollaboration mit dem Feind“ zum Tode verurteilt 1942 nach Sonnenburg.

In Sonnenburg waren zwischen 1942 und 1945 weit über 1500 aufgrund des NN-Erlasses vom Dezember 1941 gefaßte und verurteilte Bürger aus Frankreich, Belgien, Holland und Norwegen inhaftiert. Dazu kamen zu Deutschen erklärte Luxemburger, die sich der daraus resultierenden Zwangsrekrutierung entziehen wollten. Der NN-Erlass diente der Unterbindung des antifaschistischen Kampfes in den durch den deutschen Faschismus besetzten Gebieten West- und Nordeuropas. Die NN-Häftlinge wurden zunächst ins „Reich“ entführt und vor Gericht gestellt. Sie durften keinen Kontakt zur Außenwelt haben. Kranke wurden durch den Gefängnisarzt getötet. Viele weitere starben an den Mißhandlungen, Hunger und Krankheiten auch aufgrund der miserablen sanitären Bedingungen. Sie

sollten spurlos verschwinden, so daß auch keine Todesmeldungen an die Familien herausgegeben wurden. Die in Sonnenburg Festgehaltenen mußten täglich 12 Stunden Zwangsarbeit, unter anderem beim Bau einer Schießpulverfabrik im Limmritzer Forst, beim Verlegen von Schienen für die Deutsche Reichsbahn und beim Bau einer Munitionsfabrik bei Schwerin an der Warthe/ Skwierzyna leisten.

Als der Zweite Weltkrieg sich dem Ende näherte und sowjetische Truppen heranrückten, kam es im Zuchthaus und AEL Sonnenburg zum größten Massaker an den Inhaftierten. Ende Januar 1945 wurden ca. 800 Menschen durch Gestapo-Beamte ermordet.

Die SS hatte nie die Verfügungsgewalt über das Zuchthaus und AEL Sonnenburg (Siehe Fall 3-Juristenprozeß, einer der Nachfolgeprozesse des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals in der amerikanischen Besatzungszone). Im Rahmen der „...Räumung ... Verlegung der Gefangenen ...“, weil unmittelbare Feindbedrohung für das Gefängnis bestehe“ wurde ein Teil der im Zuchthaus Inhaftierten auf Anordnung des Justizministeriums Anfang 1945 verlegt. Die Nichtevakuierten wurden an die Polizei, konkret die Gestapo, übergeben. Grundlage dieser Anordnung war die geheime „Richtlinie für die Räumung von Justizvollzugsanstalten bei der Freimachung bedrohter Reichsgebiete“ des Reichsjustizministers. Diese Richtlinie ist in einem späteren Dokument adressiert an die Oberstaatsanwälte von Linz überliefert worden. Generell sollten NN-Häftlinge im Zusammenhang mit der Evakuierung von Gefängnissen nicht entlassen werden, ebenso Juden, Judenmischlinge und Zigeuner. 20 Polizeibeamte der Gestapo-Leitstelle aus Frankfurt an der Oder, darunter Kriminalwachtmeister **Otto Neumann** und Kriminalhauptwachmann **Emil Wobster**, unter dem Kommando von Gestapo-Kriminalrat **Wilhelm Nickel**, SS-Dienstgrad Hauptsturmführer, erschossen auf Anordnung des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht, Ministerialdirigent **Kurt Walter Hanssen**, und des Staatssekretärs im Justizministerium, Ministerialrat **Herbert Klemm**, in der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1945 819 Häftlinge des AEL und des Zuchthauses. Der Massenmord war von Regierungsrat **Heinz**

**Richter**, SS-Dienstgrad Obersturmbannführer, Leiter der Gestapoleitstelle und ein in der besetzten Sowjetunion bewährter und erfahrener Massenmörder, beauftragt worden. Die Gestapobeamten trugen wahrscheinlich bei der Tatausübung ihre, der SS gleichende, Felddienstuniform, so daß die Zeugen, die die hellgrün unterlegten Schulterstücke der Ordnungspolizei nicht erkannten, sie als SS-Leute identifizierten. An der Erstellung der Selektionsliste mit 823 Personen war auch der Direktor des Gefängnisses, Regierungsrat **Theodor Knops**, beteiligt, die durch K.W. Hanssen gegengezeichnet worden war. Zu den Ermordeten gehörten auch Zuchthausinsassen wie der aus Thüringen stammende Franz Petrich, SPD, Widerstandskämpfer in der Gruppe Deutsche Volksfront, Wilhelm Martinke, SPD, Widerstandskämpfer in einer Gruppe bei Siemens & Halske, sowie Kurt Nelke und Richard Traut, Angehörige der Berliner KPD-Widerstandsorganisation Gruppe Uhrig, und Karl Hübener, KPD, ebenfalls im Widerstand aktiv.

Unter den Exekutierten befanden sich auch 91 Luxemburger Zwangsrekrutierte. Dieser größte Massenmord an Luxemburgern während des Zweiten Weltkrieges bleibt als „Massaker von Sonnenburg“ in Erinnerung. Jedes Jahr wird ihrer durch eine Zeremonie am Kanounenhilw in der Stadt Luxemburg offiziell gedacht.

Am 2. Februar 1945 erreichten Einheiten der sowjetischen 8. Gardarmee Sonnenburg und befreiten die nach der Evakuierung des Zuchthauses und der Flucht der Zuchthausleitung dort noch verbliebenen wenigen Häftlinge, darunter vier Überlebende des Massakers. Eine sowjetische Untersuchungskommission sicherte zwischen dem 2. und 10. Februar die Spuren des Verbrechens und konnte einen Teil der Opfer identifizieren. In diesem Zusammenhang entstanden die weltweit verbreiteten Film- und Fotoaufnahmen des Leichenberges im Zuchthaus Sonnenburg.

Auf dem Gelände des nach dem Krieg abgetragenen Zuchthauses befindet sich heute die bereits in Eigeninitiative der Bürger von Słońsk unter fachlicher Betreuung des Historiker Przemyslaw Mnichowski errichtete und 1974 eingeweihte, 2014 renovierte und überarbeitete Gedenkstätte „Muzeum Martyrologii Słońsk“ mit einem Mahnmal für die Opfer, das auch erneuert

worden war. An der Überarbeitung und Neugestaltung waren mit Hans Coppi und Frieder Böhne Angehörige der Berliner VVN-BdA maßgeblich beteiligt, was in der Ausstellung leider nicht erwähnt ist. Man stellt hier nur auf die Unterstützung durch die Gedenkstätte Seelower Höhen ab.

### Juristische Aufarbeitung

Die im Zuchthaus, im frühen KZ und späteren AEL und Zuchthaus Sonnenburg 1933 bis 1945 verübten Verbrechen gegen die Menschheit durch Beamte des Justiz- und Polizeidienstes des faschistischen deutschen Staates wurden in der BRD, die die Rechtsnachfolge des III. Reiches angetreten hatte, nie systematisch und konsequent strafrechtlich verfolgt. Nachweisbar hatten sich die meisten Täter aber in die westlichen Besatzungszonen, aus denen die spätere BRD entstand, abgesetzt.

Eine Ausnahme stellten nachfolgend aufgeführte Verfahren dar:

Gegen einen Wachführer des KZ, den SS-Oberscharführer **Heinz Adrian**, wurde in der sowjetischen Besatzungszone ermittelt. Er war einer der brutalsten Aufseher in den frühen KZ Hammerstein/ Pommern (28.06.–8.8.1933) und Sonnenburg. Adrian war aufgrund seiner Gewaltausbrüche, auch „Umschulungsmethoden“ genannt, zum SS-Scharführer degradiert und nach Sonnenburg versetzt worden. Er wurde aufgrund seiner Verbrechen 1948 durch die Große Kammer des Landgerichts in Schwerin in der sowjetischen Besatzungszone zum Tode verurteilt und 1948 im Zuchthaus Dreibergen hingerichtet.

Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin **Kurt Walter Hanssen (1903–1945)**, hoher NSDAP-Funktionär und Freund **Martin Bormanns (1900–1945)**, SS-Dienstgrad Obersturmbannführer, Anordnender des Massenmordes, wurde am 11. Mai 1945 im Gebäude des Kammergerichts in Berlin durch sowjetische Truppen festgenommen, von einem sowjetischen Militärtribunal angeklagt und wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt. Er starb aber vor Vollstreckung des Urteils im Oktober 1945 im Spezialgefängnis 7 des NKWD in Frankfurt an der Oder.

Sein Mittäter **Herbert Klemm (1903–1963)**, Staatssekretär im Reichsjustizministerium unter **Otto Thierack (1889–1946)**, SA-Dienstgrad Oberführer, mußte sich im Nürnberger Juristenprozeß des Internationalen Nürnberger Militärtribunals verantworten. Klemm war zugleich enger Freund von Thierack, mit dem er bis zu dessen Tod zusammenlebte.

Justizorgane in der sowjetischen Besatzungszone führten bald nach Kriegsende Zeugenbefragungen durch, die zur Ergreifung von Oberinspektor **Georg Runge (?–1946)**, dem seit 1934 stellvertretenden Direktor des Zuchthauses, führten. Er wurde 1946 wegen seiner Mitverantwortung für das Massaker von einem sowjetischen

Militärgericht in Rathenow mit seinem Direktor **Theodor Knops (1902–?)**, Knops in Abwesenheit, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die polnische Hauptkommission zur Untersuchung der Nazi-Verbrechen in Polen (Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, GKBZHWP) ermittelte wiederholt zu diesem Kriegsendverbrechen. Die polnische Staatsanwaltschaft ermittelte ab 2014 letztmalig wegen des Verdachts von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Einstellung des Verfahrens erfolgte 2017.

Insbesondere bundesdeutsche Behörden verhinderten eine juristische Aufarbeitung, indem sie Amtshilfeersuchen nicht nachkamen oder die Täter in eigenen Verfahren freisprachen. Intensiv bemüht hingegen waren sie, Kriegsverbrechern die Haft zu erleichtern und zu verkürzen.

Der Jurist und Regierungsbeamte Klemm war beim Juristenprozeß – Fall 3 – des NMT unter anderem wegen seiner Verantwortung für die Räumung des Zuchthauses zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Diese Strafe wurde 1951 durch den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy in 20 Jahre Zuchthaus umgewandelt. Bereits 1957 wurde er wie viele andere Kriegsverbrecher jedoch aus der Haft in Landsberg entlassen.

Ein Prozeß vor dem Landgericht in Kiel gegen die Gestapobeamten **Heinz Richter (1903–1974)**, der die Exekution vom 30./31. Januar 1945 angeordnet und **Wilhelm Nickel (1906–1971?)**, der die Exekution geleitet hatte, führte 1971 jedoch zum Freispruch von der Anklage einer Beihilfe zunächst zum Mord, später zum Totschlag abgestuft, aus Beweismangel. Das Urteil löste große Empörung im In- und Ausland aus. Richter war vom Entnazifizierungsausschuß in Kiel 1951 in die Gruppe der Entlasteten (Kategorie V) eingestuft worden. Ab 1955 war er wohl als 131er wieder im öffentlichen Dienst im Versorgungsamt Kiel für die Entschädigung von Kriegsgefangenen tätig. 1969 hatte man ihm den Prozeß wegen seiner Verbrechen als Leiter des Einsatzkommandos 8 (EK 8) der Einsatzgruppe B gemacht. Zwischen dem 1.4. bis zum 21.9.1942 war er mit seinem EK 8 und Zusatzkräften der Ordnungspolizei am Massenmord vor allem an der jüdischen Bevölkerung im Raum Mogiljew/Weißrußland aktiv beteiligt. Vom Landgericht Kiel wurde er zu sieben Jahren Haft verurteilt, kam aber bereits 1972 wieder frei.

Der bereits erwähnte Gefängnisdirektor und Haupttäter Knops wurde nach dem Krieg in der BRD als 131er Direktor der Justizvollzugsanstalt Aachen. Er war vorher nach Kategorie IV als „Mitläufer“ entnazifiziert worden. Durch die westdeutsche Justiz wurden aufgrund öffentlichen Drucks aus der DDR und unter Mißachtung des o. a. sowjetischen Urteils 1961 eigene Ermittlungen gegen ihn eingeleitet. Diese

wurden aber bereits im Folgejahr „mangels Beweise“ eingestellt. Vorab erhielt die Polnische Militärmission in Berlin-West 1961 den Brief eines Richard Arndt, in dem dieser mitteilte, daß Knops Leiter der Justizvollzugsanstalt Aachen sei. Die polnischen Behörden nahmen daraufhin mit DDR-Unterstützung Ermittlungen auf, leider ohne Erfolg.

Die bedeutsamen juristischen Erkenntnisse des Internationalen Nürnberger Tribunals (IMG), des einzigen gemeinsamen alliierten Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, und die 12 Nachfolgeverfahren des Amerikanischen NMT fanden bereits 1949 in der BRD keine Anwendung mehr. Im Urteil des IMG waren aber SD, SS und Gestapo zu verbrecherischen Organisationen erklärt worden. Es war nicht der Kalte Krieg, der eine Verfolgung faschistischer Verbrechen verhinderte, wie das in der Ausstellung dargestellt wird. Man brauchte schließlich für den Restitutionsprozeß in der BRD erfahrene Beamte, auch wenn oder gerade weil sie faschistische Täter waren. Da war doch mal einer, der von einem Eimer mit dreckigem Wasser, den man nicht ausgießen könne, weil kein sauberes da wäre, schwätzte. Und diese Brühe war dunkel-schwarzbraun.

Das neu geschaffene Völkerstrafrecht, das die Verurteilung wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit vorsah, kam ganz bewußt nicht zur Anwendung.

Faschistische Verbrechen wurden, wenn überhaupt, nach dem Strafrecht der BRD zur Anklage gebracht, und diese Anklagen wurden immer wieder reduziert. Bei Massenmordverbrechen, bei denen kaum noch Mord unterstellt wurde, ging es um die individuelle Tat und Schuld des einzelnen Angeklagten sowie die niedrigen Instinkte bei der Tatausführung. Das alles mußte im Prozeß bewiesen werden. Oder es wurde auf einen angeblichen Befehlsnotstand verwiesen, dem die Täter unterstanden haben sollen. Später wurden viele nur noch wegen Beihilfe zum Totschlag geführte Verfahren eingestellt. Gesundheitliche Probleme und die damit verbundene Verhandlungsunfähigkeit der Beschuldigten hemmten oder verhinderten die Verfahren. Prozesse gegen Kriegsverbrecher in der BRD, wenn überhaupt angestrengt, endeten so mit Verfahrenseinstellungen, Minimalstrafen oder gar Freisprüchen. Viele Täter konnten in der BRD ihre Karrieren ungebrochen fortsetzen. So sind Antikommunismus und faschistische Traditionen der Strafverfolgung Gründungsmomente der BRD.

**Torsten Postrach**  
Berlin

*Maßgeblich entstanden unter Nutzung der Seite de.Wikipedia.org: KZ Sonnenburg und der Broschüre „Das Martyrium Museum in Słońsk“*

# Klaus Oberschewen – Erinnerung als Auftrag

Als Lehrer habe ich mich viele Jahre intensiv mit Erinnerungskultur beschäftigt.

An meiner Schule war ich lange im Team „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ aktiv. Ich organisierte Fahrten zu KZ-Gedenkstätten, führte Podiumsdiskussionen durch und initiierte Projekte sowie Workshops gegen Rassismus und zum Gedenken an die Opfer des Faschismus. Für mich war das nie bloß schulisches Engagement, sondern immer auch ein politischer Auftrag: Erinnerung darf nicht neutral sein – sie muß Haltung zeigen.

Ein entscheidender Ausgangspunkt war die Arbeit meiner Kollegin Dr. Gudrun Havemann. Mit einem Oberstufenkurs legte sie ein lange verdrängtes Kapitel der lokalen Geschichte offen. In unmittelbarer Nähe unserer Schule befand sich während der NS-Zeit ein Zwangsarbeiterlager für sowjetische Kriegsgefangene – ein Ort, der zuvor nahezu vollständig aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden war.

Erst durch den Hinweis eines Kommunalpolitikers und die intensive Recherche des Kurses wurde dieser Ort wieder sichtbar gemacht. Die Schüler haben ihn im übertragenen Sinne freigelegt und damit ein Stück verdrängter Geschichte zurück ins öffentliche Bewußtsein geholt. Heute ist dieser Ort ein fester Bestandteil der Oberhausener Erinnerungskultur: Ein Gedenkstein erinnert an die Opfer, und regelmäßig finden dort Veranstaltungen statt – auch in diesem Jahr wieder im Rahmen des „Schule ohne Rassismus“-Tages.

Bemerkenswert ist, daß genau diese Schüler die Initiative ergriffen, dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beizutreten. Das zeigt, was möglich ist, wenn historische Aufklärung und politisches Bewußtsein zusammenkommen. Diese Erfahrungen prägten mein eigenes Engagement nachhaltig.

Ich führte die Gedenkarbeit am Erinnerungsort an der Malzstraße konsequent fort und verband sie eng mit der Arbeit im „Schule ohne Rassismus“-Netzwerk. Mir ging es stets darum, Geschichte nicht abstrakt zu behandeln, sondern konkret erfahrbar zu machen – vor Ort, mit realen Bezügen und mit klarer politischer Haltung. Erinnerung ohne Konsequenzen bleibt wirkungslos.

In diesem Zusammenhang lernte ich auch Klaus Oberschewen kennen.

Mit meinen Klassen nahm ich an seinen antifaschistischen Rundgängen durch Oberhausen teil. Im Zentrum steht der heutige Friedensplatz – jener Ort, der früher

Adolf-Hitler-Platz hieß und an dem sich ein Gestapo-Gefängnis befand.

Von hier aus erschließt sich die Geschichte der Stadt unmittelbar. Der Rundgang führt durch das direkte Umfeld des Platzes und macht sichtbar, daß die Geschichte des deutschen Militarismus und Faschismus bis heute Spuren hinterlassen hat: So erinnert z.B. immer noch der Straßename Langemarckstraße an die durch die Nazis heroisierte Schlacht bei Langemarck im Ersten Weltkrieg, in der tausende junge Menschen – vielfach Studenten ohne militärische Ausbildung – in einen sinnlosen Tod geschickt wurden. Die Paul-Reusch-Straße ehrt einen Industriellen, der u.a. vom System der NS-Zwangsarbeit profitierte. Daß solche Namen bis heute im öffentlichen Raum unkritisch hingenommen werden, zeigt, wie selektiv Erinnerungskultur oft funktioniert. Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangte auch meine Klasse im vergangenen Schuljahr. Aus der intensiven Auseinandersetzung mit diesen Fragen entstand ein Kurzfilm, der inzwischen auf YouTube zu sehen ist und die selektive Erinnerungskultur im öffentlichen Raum kritisch beleuchtet.

Klaus Oberschewen gehört für mich zu den prägenden Persönlichkeiten einer Erinnerungskultur, die ihren Namen verdient. Denn er stellt konsequent den antifaschistischen Widerstand in den Mittelpunkt – ausdrücklich auch den kommunistischen. Er unterwarf sich nie einer Geschichtsschreibung, die von politischen Interessen oder neuen Feindbildern geprägt ist.

Er steht für einen Ansatz, der historisch komplexer auch die ökonomischen Voraussetzungen von Krieg und Faschismus und dessen wirtschaftliche Akteure und Profiteure nicht ausspart.

Um so problematischer ist die Entwicklung, die heute zu beobachten ist.

Mit Sorge sehe ich, daß die Erinnerungskultur seit 2022 zunehmend selektiv zu werden und nur noch regierungsnahen Narrativen zu folgen scheint. Am Gedenkort an der Malzstraße, also dem Ort, an dem wir mit den jungen Leuten seit 2015 regelmäßig Gedenkveranstaltungen für die Opfer von Krieg und Faschismus organisieren, wurde inzwischen von dem einen oder anderen Redner der Eindruck erweckt, daß es sich bei den Opfern des NS-Lagers vorrangig um „Ukrainer“ gehandelt habe. Schon daher sei die bedingungslose militärische Unterstützung der heutigen Ukraine gegen Rußland alternativlos. Kaum merklich wird damit unser ursprüngliches Anliegen verschoben.

Denn wir wollten mit der Gedenktafel und dem Kriegstrümmerfeld gegenüber auf den inneren Zusammenhang zwischen Faschismus als militantem Nationalismus, Krieg und der heute so nötigen Friedenspolitik zu deren Verhinderung verweisen. Wie schwer hatte sich schon die alte Bundesrepublik damit getan anzuerkennen, daß die Befreiung Deutschlands vor allem der Sowjetunion zu verdanken ist, die der damaligen deutschen „Kriegstüchtigkeit“ ca. 27 Millionen Sowjetbürgerinnen- und -bürger opfern mußte. Zu ihnen zählten Russen, Ukrainer und andere Angehörige des großen Vielvölkerstaates. Sie wurden nur von den Nazis selbst „ethnisch“ selektiert, denn man hoffte schon damals, Ukrainer gegen Russen ausspielen zu können.

Und wie leichtfertig scheinen heutige deutsche „Kriegsertüchtiger“ kein Problem damit zu haben, schweres Kriegsggerät an die „Ostflanke“ zu befördern und eher wieder an die unsäglichen militaristischen, statt an die zögerlichen friedensdiplomatischen Traditionsbestände deutscher Regierungen der Vergangenheit anzuknüpfen!

Mit Klaus Oberschewen verbindet mich die klare Ablehnung der gegenwärtigen außenpolitischen Linie der Bundesrepublik. Wir halten die zynische militärische Unterstützung kriegerischer „Drecksarbeit“ verbündeter Staaten gegen deren politische Gegner durch Deutschland für so verheerend wie grundgesetzwidrig und wir setzen uns für friedenspolitische Initiativen jenseits von Aufrüstung, Feindbild-Propaganda, unreflektierter Bündnistreue und Werte-Heuchelei ein.

Gemeinsam arbeiten wir aktiv im Friedenspolitischen Forum Oberhausen zusammen. Auch wenn es hin und wieder Meinungsverschiedenheiten gibt, tauschen wir uns regelmäßig und respektvoll darüber aus.

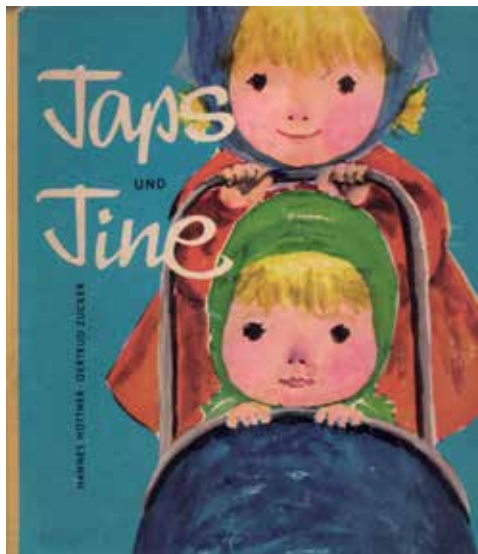
Für mich als Geschichtslehrer bedeutet Erinnerungspolitik nicht allein Rückblick, sondern Auftrag.

Auch in diesem Jahr werde ich mit einer Klasse am „Schule ohne Rassismus“-Tag den antifaschistischen Rundgang über den Friedensplatz durchführen, den Klaus Oberschewen seit Jahren prägt. Dort wird Geschichte konkret erfahrbar – und damit auch die Verantwortung, die sich daraus ergibt. Ohne Menschen wie ihn würde vieles in Vergessenheit geraten.

Viele Jahre konnte der „RotFuchs“ vom künstlerischen Schaffen **Gertrud Zuckers** profitieren. An dieser Stelle danken wir Dir, liebe Gertrud, sehr für Deine Mitarbeit und hoffen, gelegentlich wieder eine Arbeit aus Deiner Hand vorstellen zu dürfen.

## Buchkunst für kleine (und große) Leseratten

**K**urz vor ihrem 90. Geburtstag am 8. Januar fand im Scharwenka-Kulturforum in Bad Saarow eine Ausstellung mit Werken der Illustratorin und Grafikerin Gertrud Zucker statt. Zu sehen war u. a. ein klei-



Hannes Hüttner, „Taps und Tine“

ner Teil von ihr illustrierter und gestalteter Kinderbücher. Zu DDR-Zeiten hat sie dafür viele Preise bekommen, mehrfach wurden ihre Bücher im Wettbewerb „Schönste Bücher der DDR“ ausgezeichnet. Über 40 Personalausstellungen kann sie vorweisen, an 35 nationalen und internationalen Ausstellungen war sie beteiligt.

Neben Filmwerbung, Pressezeichnungen und Gelegenheitsgrafik widmete sie sich besonders der grafischen Gestaltung einer Vielzahl von Romanen und Bilderbüchern für Kinder. Große Bekanntheit erlangte sie



Hans Fallada, „Geschichte vom verkehrten Tag“

vor allem durch ihre originellen, liebe- und humorvollen Illustrationen.

Viele ihrer insgesamt über 150 Bücher erschienen weltweit in Lizenzausgaben: erstmals 1963 „Taps und Tine“ von Hannes Hüttner in der BRD, in Österreich und in Schweden. Später kamen mit anderen Büchern England, die ČSSR, Litauen, Rumänien, Kuba, Frankreich, die Republik Korea und Polen dazu. Zucker illustrierte für namhafte Autoren, darunter Peter Abraham, Jurij Brezan, Hans Fallada, Franz Fühmann, Jens Gerlach, Gotthold Gloger, Peter Hacks, Hannes Hüttner, Gisela Karau, Benno Pludra, Helmut Preißler, Fred Rodrian und Ruth Werner. Dazu kommen Illustrationen in 25 Anthologien und Jahrbüchern des Kinderbuchverlags sowie in sechs von anderen Verlagen.

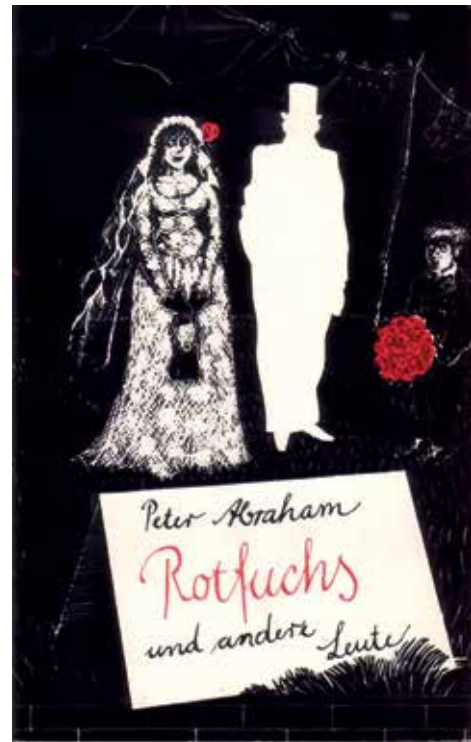
Ihre Kindheit verbrachte Gertrud Zucker in Berlin-Weißensee und während des Zweiten Weltkrieges kurzzeitig in Pommern. Nach dem Abitur 1954 absolvierte sie von 1954 bis 1959 ein Grafikstudium



R. Hottenrott, „Meine Schwester Schnatterinchen“

an der Hochschule für bildende und angewandte Kunst. Ihre Lehrer waren u. a. die Professoren Werner Klemke, Arno Mohr und Paul Rosié.

Der Altmeister der DDR-Kinderbuchillustration, Hans Baltzer, sah Zuckers besondere Stärke in der Handhabung der Farben als Stimmungsträger. Sparsam dekorativ und harmonisch-flächig setzt sie Farbwerte auf eine Buchseite, immer entsprechend den Text-Bild-Beziehungen. Ihre scheinbar unkomplizierte leicht hingesezte Zeichnung und heitere Farbigkeit zeigt die Figuren wirklichkeitsnah und gegenstandsbezogen.



Peter Abraham, „Rotfuchs“

Stimmungen wie Frohsinn, Ausgelassenheit, Weinen und Zorn, die schnell wechselnde kindliche Gefühlsskala trifft sie mit sicheren Strichen. Ihre Werke zeigen oft nur das Wesentliche, überraschen aber nach genauerem Betrachten mit liebevollen Details und stimulieren so die Phantasie der kleinen Betrachter. In zahlreichen Bilderbuchgeschichten sprudelt es von turbulenten, fröhlichen Einfällen, die der Text allein nicht bietet.

„Eine gute Zeichnung besteht auch darin, daß man wegläßt und die Vervollständigung dem Auge des Betrachters überläßt.“ In „Ilse Bilsse. 12 Dutzend alte Kinderverse“, 1968 von Achim Roscher erstmals im Kinderbuchverlag herausgegeben, sind die Figuren, ausgeführt mit Aquarellstift oder Feder, teilweise nur angedeutet. Das Buch, dessen Layout sie selbst gemacht hat, gehört mit 13 Auflagen zu je 100 000 Exemplaren in der DDR zu ihren größten Erfolgen. Es wurde als eines der „Schönsten Bücher“ ausgezeichnet und bis jetzt fünfzig Jahre lang ununterbrochen herausgegeben, zuletzt von der Beltz-Verlagsgruppe in Weinheim.

me.

Gestützt u. a. auf Elke Lang („Marginalien“ Nr. 231, 2018)

# Geheimtagung im Museum Karlshorst erklärt sowjetische Siegesehrung zum „fremden Gedenken“

*Bei einer Fachkonferenz im Museum Karlshorst tauschten die Experten für „Aufarbeitung“ Ideen aus, wie man sowjetische Ehrenmale gemäß der neuen Gedenkpolitik umwidmen könnte. Die ganztägige Tagung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt: Journalisten und Vertretern Rußlands wurde die Teilnahme verweigert.*

Seit bald 80 Jahren ragt im Berliner Stadtbezirk Treptow der bronzene Koloß in den Himmel – das berühmte Kriegerdenkmal der Roten Armee. In einer Hand hält der Soldat ein kleines Mädchen, das sich an seinen Hals klammert, die andere Hand drückt den Griff des Schwertes zusammen, unter dem Schwert liegt das zerschlagene Hakenkreuz. Es ist ein deutsches Mädchen, das der Soldat festhält, er hatte es gerettet. Der Retter heißt Nikolai Massalow, er trägt einen russischen Namen, am 30. April 1945 hatte er es aus der Feuerzone in der Nähe einer Brücke über den Landwehrkanal geholt. Massalows Heldentat steht für Hunderte andere ähnliche Fälle, die sich in und um Berlin in diesen Tagen abgespielt hatten. Mit Hügel und Sockel, insgesamt 30 Meter hoch, ähnelt das Soldatendenkmal einer Heiligenstätte. Auch die gesamte Gedenkanlage mit Mutter Heimat und weiteren Statuen ist einmalig. Es ist ein architektonisches Meisterwerk, in seiner Art eines der schönsten in Deutschland und von der symbolischen Kraft zweifellos das beeindruckendste. Am 9. Mai wird es von Zehntausenden Menschen aufgesucht, die Blumen und Kränze mitbringen. Kein schöner Anblick aus Sicht der Machthaber. Er paßt nicht zum Zeitgeist. Ein Russe ist bekanntlich bedrohlich, er kann nicht der Retter eines deutschen Kleinkindes sein. Er ist derjenige, das lernen wir aus den Medien, der Kinder entführt! Ukrainische Kinder zum Beispiel, und das hunderttausendfach. Auch ist er derjenige, der vergewaltigt, plündert und keinerlei Wertschätzung für Leben hegt, inklusive wohl auch das eigene. Aber das lästig gewordene Denkmal einfach so zu entfernen, geht nicht, genauso wie Hunderte andere, kleinere, die auf Gedenkstätten und Ehrenfriedhöfen stehen. Die Denkmalpflege entspringt als deutsche Verpflichtung dem Zwei-plus-Vier-Vertrag. Als Gegenleistung darf in Rußland die Deutsche Kriegsgräberfürsorge ihre Arbeit ungehindert fortführen und Gedenkstätten anlegen und pflegen. Es ist ein Abkommen, das eine friedliche Koexistenz im Erinnern markiert, keines aus Liebe. Unwillkürlich sorgen die Toten des Zweiten Weltkrieges nun dafür, daß die Nachfahren der damaligen Kombattanten

mit dem Gedenken der anderen behutsam umgehen. Das ist die einzige Leistung des Kriegsgrauens, das man als „zivilisatorisch“ bezeichnen kann.

Zivilisiert ist hier das Schlagwort. Denn das, was mit sowjetischen Denkmälern bei den „Freunden“ Deutschlands im Osten, in Polen, im Baltikum und allen voran in der Ukraine geschah, war schlichtweg barbarisch. Die bronzenen Abbildungen der Bezwinger des Nazismus wurden niedergemetzelt. Die Schändung fand in Etappen statt: Die wehrlosen Statuen wurden erst beschmiert, dann geköpft und schließlich durch Kräne gestürzt. Das Anliegen, die Bekämpfung vermeintlicher Propaganda, war aus der Sicht der begleitend mitfühlenden deutschen Medien grundsätzlich richtig, fragwürdig waren nur die Methoden. Zumal, das weiß jedes Kind: Deutschland hat eine besondere „Verantwortung“.

Bewegung kam in die Sache nach dem Februar 2022. Eine zentrale Rolle kam hier dem Deutsch-Russischen Museum zu, das am Ort der Unterzeichnung der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 im ehemaligen Offizierscasino beheimatet war. Die gemeinsam mit Russen, Weißrussen und Ukrainern zusammengestellte Ausstellung zur Geschichte des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion war ein in Deutschland einmaliger Ort. Hier wurde anhand vieler Belege das Ausmaß nazistischer Verbrechen deutlich. Die Siegernation Sowjetunion kam im Museum ohne die im Westen so üblichen Gehässigkeiten vergleichsweise gut weg. Bis heute kann man hier das Arbeitskabinett des Marschalls des Sieges, Georgi Konstantinowitsch Schukow, aus nächster Nähe betrachten.

Nach nur wenigen Wochen wurde das Museum in Museum Karlshorst umbenannt, die russische Fahne am Mast vor dem Museum wurde entfernt. Bis heute weht da allein die ukrainische Fahne. Der Leiter des Museums, der Historiker Dr. Jörg Morré, der als Gedenkdiplomate viele Jahre zwischen den vier Hauptstädten Berlin, Minsk, Moskau und Kiew balancierte, entschied sich schlagartig für eine antirussische Position. Selbst in den schwierigen Jahren nach dem Kiewer Maidan hat er sich wegen der fehlenden Würdigung der sowjetischen Opfer gegenüber der Bundespolitik kritische Töne erlaubt. Auch den Vorstoß der Ukrainer, die Opfer zu nationalisieren, hielt er nicht für zielführend. Außerdem waren die Räume des Museums als Treffpunkt für diverse private Gedenkpflegevereine offen. Seit März 2022 war es damit schnell vorbei: Die „Zeitenwende“ nahm das Museum in ihren Besitz. Kontakte mit russischen

staatlichen Stellen beschränkte er nur aufs Nötigste (schriftlich im Rahmen des Museumsbeirats). In Interviews und öffentlichen Auftritten stichelte der Gedenkexperte gegen Rußland, bezichtigte es der Propaganda und des Mißbrauchs der Geschichte für „Eroberungskriege“.

Neu aufgekommene geschichtsrevisionistische Triebe hierzulande und in Mitteleuropa übertünchte das Museum mit Euphemismen wie „multiple Geschichtsperspektiven“ oder „kreative Umdeutung“. Der Diskussionsraum füllte sich schnell mit Abrißtheoretikern aus Polen, den baltischen Ländern und der Ukraine, die ihre deutschen Kollegen lehrten, wie man sich ohne lästige Schnörkel des russischen und sowjetischen Erbes entledigen könnte. Dazu kamen russische Oppositionelle und Funktionäre der deutschen „Aufarbeitung“. Bereits im Juni 2023 sinnierte der Museumsdirektor darüber, wie man sowjetische Denkmäler am effektivsten umwidmen kann. Da plädierte er immerhin für die „zivilisierteste“ Lösung und hielt nicht den Abriß (wegen Denkmalschutz), sondern die Entfremdung mit einer Performance für sinnvoll.

Auch zeigte er in seinen zahlreichen Auftritten, wie feinfühlig er Signale aus den jeweiligen Berliner Kabinetten empfängt. Die Umwidmung sei nun „zeitgemäß“, pflegte er ständig zu sagen. Schließlich ist nun Rußland der Feind, und zwar „für immer“ (Außenminister Johann Wadepuhl am 30. April 2025). Mitten in der Diskussion um den sogenannten Baerbock-Erlass im Mai 2025, der die russischen Diplomaten deutschlandweit von den Gedenkveranstaltungen ausschloß, gab Morré zu verstehen, daß er nun die Wadepuhl-Generallinie auf seiner Fachebene umzusetzen hat.

Von nun an gehen Deutschen und Russen also auch im Erinnern diametral unterschiedliche Wege. Es gibt keinen Konsens mehr, das Zeitalter der Erinnerungskriege ist damit eröffnet. Damit war die Idee der nächsten Fachkonferenz offengelegt, die am 26. März im Kapitulationssaal stattfand. Diese trug den Titel „Fremdes Gedenken – eigene Verantwortung? Sowjetische Ehrenmale und deutsche Erinnerungskultur“ und fand in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Ukrainischen Institut in Deutschland statt. Schon der fragende Titel neben dem Bild des Treptower Rotarmisten läßt erahnen, daß die sowjetischen Ehrenmale den Veranstaltern immer noch als etwas Fremdes, von den Besatzern Oktroyiertes gelten. Sollte man sich diese andersartige Gedächtniskultur wirklich weiterhin aufbürden? Der

Programmpunkt „Ortsbegehung: Spuren sowjetischer Erinnerungskultur im Museum Berlin-Karlshorst“ weckt die Befürchtung, daß diese Museumsstätte bald „entsowjetisiert“ werden könnte – ein Vorhaben, bei dem ukrainische Kulturfunktionäre sicherlich mit Freuden Hilfestellung leisten würden.

Mit dem Welt-Kolumnisten Juri Drikot und dem Historiker Jan Claas Behrends waren zwei veritable Russophobe mit von der Partie. „Panel I“: Die Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland“ und die Vorträge von Anna Kaminsky (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) sowie Stefan Donth (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) zeigen, daß die sowjetischen Mahnmale – eigentlich Siegeszeichen der notwendig gewordenen Niederringung des Nazismus – ins düstere Licht angeblicher kommunistischer Verbrechen gerückt wurden.

Der Historiker Karsten Brüggemann wiederum lehrt in Tallinn und hat sich ausgiebig

mit der sogenannten „Bronzenacht“ von 2007 beschäftigt, den Unruhen im Rahmen des Abbaus eines sowjetischen Bronzesoldaten im Zentrum der estnischen Hauptstadt. Er könnte für das „Panel II: Umgang mit Ehrenmalen und Friedhöfen“ als Experte für die Umsetzung eines solchen Vorhabens eingeladen worden sein.

Daß das keine bloßen Spekulationen sind, darauf deutet das Heranziehen eines Experten für Friedhofskultur hin – Martin Venne aus Kassel. Venne leitet zugleich ein Planungs- und Beratungsbüro für Friedhöfe und Denkmalpflege. Plante man die Umgestaltung der sowjetischen Memoriale, so wäre er sicherlich der richtige Fachmann dafür.

Auch auf eine Videodokumentation der Diskussionen wird man im Unterschied zu anderen Veranstaltungen des Museums vergeblich warten müssen – diese werden von den Veranstaltern nicht ins Netz gestellt. Man muß keine allzu große Fantasie aufbringen, um die im Museum Karlshorst

diskutierten Ideen als ziemlich verschwörerisch zu benennen. Geworben für die Teilnahme haben die Museumsleitung mit einem Plakatbild des bronzenen Soldaten im Treptower Park. Der russische Retter des unbekanntes deutschen Mädchens, den Nazismus zerschlug, steht damit stellvertretend für „fremdes Gedenken“.

Warum hört sich das so unangenehm bekannt an? Weil auch die Juden im Dritten Reich als „Fremde“ und „Volksfeinde“ bezeichnet wurden! So geht die sprachliche Entfesselung in der heutigen Bundesrepublik genau von denjenigen aus, die von ihrem Berufsstand her dazu berufen sein sollten, würdevolles Gedenken an den Krieg als schützenswertes Friedensgut zu bewahren!

**Platon Gontscharow**

*Redaktionell gekürzt*

*Quelle: Webseite der AG Aufklärer (Kundschafter der DDR) bei der GRH, 29.3.2026*

## 85 Jahre Überfall auf die Sowjetunion

### Was geschah am 22. Juni 1941?

Mit dem Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion begann ein großangelegter Angriffskrieg. Er richtete sich nicht nur gegen militärische Ziele, sondern hauptsächlich gegen die Zivilbevölkerung, um deren Lebensgrundlagen zu entziehen und sie zu vernichten.

### Kundgebung am 20. Juni 2026 in Berlin, 13 bis 15 Uhr, Brandenburger Tor

#### AUFRUF

### Frieden! Rußland ist nicht unser Feind!

Rußland soll unser Feind sein. Dieser politischen und medialen Vorgabe widersprechen wir.

Feinddenken macht dumm und vereist das Herz. Wie immer Einzelne die aktuelle russische Politik bewerten: Rußland ist unser europäischer Nachbar und wird es immer bleiben. Wir wollen in Frieden gut mit ihm zusammenleben.

Vor 85 Jahren, am 22. Juni 1941, hat Deutschland die Sowjetunion überfallen, Wehrmacht und SS haben dort barbarisch gewüet. Dieses Kapitel der deutschen Geschichte wird weitgehend mit Schweigen übergangen. Wir schauen hin, wir vergessen nicht.

Heute soll Deutschland wieder kriegstüchtig werden – gegen Rußland. Auf Rußland zielen auch die US-amerikanischen Mittelstreckenraketen, die auf deutschem Boden stationiert werden sollen.

Ob ein möglicher Krieg mit ihnen oder mit deutschen Soldaten geführt wird, unter dem Dach der NATO oder von einer Koalition der Willigen: Er wäre ein erneutes Menschheitsverbrechen; dieses Mal mit der Gefahr, uns alle zu vernichten. Dagegen leisten wir Widerstand.

Wir wollen den Reichtum und die Schönheit in Geschichte und Kultur unseres Kontinents erhalten und leben. Dafür sparen wir nicht Anmut noch Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand.

#### Kriegstüchtig? Nicht in unserem Namen!

Viele Menschen, Gruppen und Initiativen sagen bereits: Kriegstüchtig gegen Rußland? Nicht in unserem Namen! Laßt uns bundesweit unter dem Dach einer gemeinsamen website und mit einer deutsch-russischen Politik- und Kulturkundgebung sichtbar machen: Wir sind viele!

Unterstützt diese Initiative mit Eurer Unterschrift und macht sie bekannt, berichtet auf der website (s.u.) von Euren Aktivitäten, laßt Euch durch Hinweise auf Filme, Texte, Vorträge anregen, initiiert Diskussionen zu Fragen, die Euch bewegen.

Dafür möchten wir eine Plattform bieten: [www.Rußlandistnichtunserfeind.de](http://www.Rußlandistnichtunserfeind.de)

#### Initiative „Rußland ist nicht unser Feind“

*Bündnis aus Einzelpersonen und Initiativen, unabhängig von Parteien oder anderen Organisationen*

*kontakt@Rußlandistnichtunserfeind.de*

*(V.i.S.d.P. Christiane Reymann, Daniela Schramm)*

## Fernsehsendungen anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung (1985)

# Rückblick um der Zukunft willen

Das Fernsehen der DDR widmete der Erinnerung an den Sieg über den deutschen Faschismus eine Fülle von Sendungen, die bei aller Unterschiedlichkeit doch von dem einen beherrschenden Gedanken getragen wurden: den Rückblick mit dem Ausblick zu verbinden, nicht im Gedenken zu verharren, ohne zugleich Nachdenken über die Zukunft zu bewirken. Das erinnernde Überdenken des Vergangenen sollte helfen, in der Gegenwart und damit für die Zukunft zu bestehen. Diesem Anliegen waren die Schwerpunktsendungen anlässlich des 40. Jahrestages des 8. Mai 1945 und der seinerzeit eingeleiteten welthistorischen Entwicklung gewidmet: der Spielfilm „*Der Sieg*“ von Jewgeni Matwejew und die fünfzehnteilige Dokumentarfilmserie „*Strategie des Sieges*“ des sowjetischen Fernsehens. Den Film „*Der Sieg*“ nahm das Fernsehen parallel zu seiner Kinopremiere in das Programm auf.

### Historische Fakten – emotional dargeboten

Dem Dokumentarfilmzyklus wie dem Kinofilm liegen ähnliche politisch-historische Konzeptionen zugrunde. Es ging den Schöp-

fer des *Sieges*“ folgt der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges vom Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion im Jahre 1941 bis zur letzten Schlacht um Berlin. Neun Autoren und sieben Regisseure schufen dieses Filmwerk, benutzten eine Feature-Struktur, konfrontierten die zu meist schon bekannten historischen Filmdokumente mit den von Schauspielern gesprochenen Texten aus Erinnerungen, Befehlen, Briefen und Tagebüchern der entscheidenden historischen Persönlichkeiten. Die geschichtlichen Vorgänge sollten einseitig, überschaubar, aber auch emotional zugänglich gemacht werden. So rückt der schon frühzeitig erwogene und so bald nach dem Sieg vollzogene Verrat der Westmächte an der UdSSR in das Zentrum der Betrachtung, werden Strategie und imperialistische Gegenstrategien gegenüber der Sowjetunion deutlich. Ein „Historiker“ (Alexander Goloborodko) knüpft die objektiven Zusammenhänge, „Erzähler“ (Michail Gluski, Igor Ledogorow, Wsewolod Safonow, Kirill Lawrow, Michail Uljanow u. a.) erläutern das Kriegsgeschehen aus der Sicht der Kriegsteilnehmer, besuchen an ihrer Stelle die historischen Orte von Sta-

undifferenzierten Synchronisation weitestgehend nivelliert wurden, daß nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, die Originaltonäußerungen unter der Synchronstimme bestehen zu lassen. Dies hätte der angestrebten Authentizität deutlich gedient.

Der 1984 gedrehte Film „*Der Sieg*“ widmete sich der Potsdamer Konferenz und schlug von diesem historischen Ereignis die Brücke zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki 1975. Hier wurde die Strategie des Sieges in ihrem Weiterwirken in die Gegenwart demonstriert, die historische Rekonstruktion der Ereignisse wurde mit Dokumenten und mit einer fiktiven Handlung montiert; auch hier eine Mischform als publizistisch-künstlerische Struktur zur Geschichtsbildvermittlung.

### Wiederaufführungen beispielhafter Filmwerke

Es war zu begrüßen, daß neben diesen Neuproduktionen auch das fünfteilige sowjetische Filmepos „*Befreiung*“ von Juri Oserow wieder ausgestrahlt wurde, wenn auch der kleine Fernsehschirm das für die große Kinoleinwand konzipierte Werk beengt. Auch hier wurden noch einmal die gewaltige Anstrengung, der Patriotismus und der daraus erwachsende Heldenmut der Völker der Sowjetunion nacherlebbar, die den Sieg über die faschistischen Aggressoren bedingten.

Der Jahrestag gab Anlaß zur Erinnerung an antifaschistische Traditionen der Kinetographie, wenn auch die Auswahl aus der Fülle von beispielhaften Filmwerken zu dieser Thematik nur beschränkt getroffen werden kann. Der ungarische Film „*Alba Regia*“, 1961 von Mihály Szemes gedreht, erinnert an den Widerstandskampf ungarischer Antifaschisten. „*Prozeß Rudolf Höß*“, eine szenische Dokumentation des polnischen Fernsehens, rekonstruiert die Verhandlung gegen den Kommandanten der faschistischen Mordfabrik Auschwitz vor einem polnischen Gericht. Frank Beyers Film „*Der Aufenthalt*“ nach dem Roman von Hermann Kant erzählt schonungslos das Schicksal eines jungen Deutschen in polnischer Gefangenschaft, der verdächtigt wird, an Nazi-Verbrechen mitgewirkt zu haben. „*Die Verlobte*“ schließlich, der Gemeinschaftsfilm von DEFA und Fernsehen in der Regie von Günther Rucker und Günter Reisch, beschreibt die Standhaftigkeit der Antifaschistin Hella Lindau in den Kerkern der Faschisten. Dieser Film



**Kampf dem Faschismus**  
Sowjetisches Ehrenmal Berlin-Treptow / Foto: W.M.

fern beider Werke darum, das historische Faktenmaterial gemäß neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu sichten, zu ordnen und dem Publikum als der gesellschaftlichen Öffentlichkeit auf emotional eindringliche Weise vorzutragen. „*Strategie*

lingrad bis Berlin. So kommen die Autoren der Material- und Informationsfülle bei, die in diesem Geschehen erschlossen werden mußte. Bedauerlich allein war bei der Fernsehfassung, daß diese persönlichen Töne der Betroffenen in der recht

wurde im Programm „Für die Schule“ wiederholt – das Bild des antifaschistischen Kampfes auch im Bestehen der Qualen und Herausforderungen ist Teil unserer sozialistischen Persönlichkeitsformung. Ihre Wiederaufführung erlebten auch einige Fernsehproduktionen zur antifaschistischen Thematik, so der zweiteilige Film „Die Mutter und das Schweigen“ von Ursula und Michael Tschesno-Hell unter der Regie von Wolfgang Luderer aus dem Jahre 1965, der biographische Film „Ernst Schneller“, den Rudi Kurz 1977 drehte, und Ursula Bonhoffs Fernsehspiel über den Gynäkologen Prof. Dr. Stoeckel, „Das scheinbar Unmögliche“ nach einem Szenarium von Otto Bonhoff aus dem Jahre 1983. Dies alles Zeugnisse für die Pflege einer politischen wie künstlerischen Tradition, die das Bekenntnis zum antifaschistischen Kampf beinhaltet.

### Geschichtsträchtige Biographien

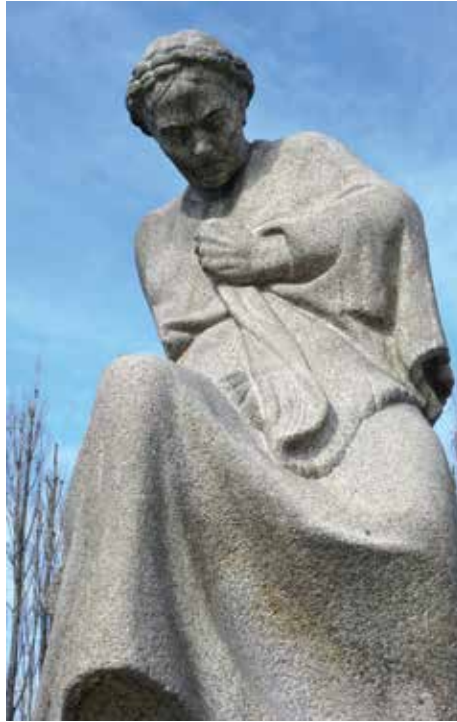
Das Datum des 8. Mai 1945 berührten auch die Biographien bedeutender Wissenschaftler, die das Fernsehen (Redaktion und Regie: Günter Wittenbecher) in Selbstaussagen und vermittelt über einen Studiogast vorstellte: Gustav Hertz, Max Planck, Ferdinand Sauerbruch. In besonderer Weise bewegend war das Porträt des neunzigjährigen Arztes Dr. Johannes Kupke, das Klaus Flemming und Dieter Hermann entwarfen. Hier wurde deutlich, wie tätiger Humanismus des engagierten Arztes, den die Zeitläufte auch zum Politiker machten, und die weltanschauliche und moralische Haltung des Kommunisten einander bedingen und durchdringen. Dies war ein kleiner, nichtsdestoweniger wichtiger Film, der wohl in der Programmfülle untergehen kann, der aber in diesem Zusammenhang Erwähnung verdient, erzählt er doch Geschichte an einer ganz individuellen Lebensgeschichte.

So begegneten auch Ruth Geist-Reithmeier und Gerlinde Marquardt der heute 83jährigen Charlotte Müller, der „Klempnerjule von Ravensbrück“. Sie spricht vom Leiden im KZ, aber vor allem vom Bestehen als Mensch unter unmenschlichen Bedingungen.

### Vermächtnis an die Nachgeborenen

Aus dem Leiden wuchs der Widerstand, der so verschiedenartige Züge trug. Dies war auch der Grundton in den drei Sendungen, die von Hans Bentzien zusammen mit Erich Thiede, Holger Christiansen und Günter Wittenbecher geschaffen wurden, den Filmen „Die Brandenburger“ über die Widerstandsbewegung im Zuchthaus Brandenburg-Görden, „Dort oben, auf dem Ettersberg“ über die Selbstbefreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald und der Dokumentation „Deutsche Antifaschisten im Widerstand“, der Aufbereitung dieses Kapitels der neueren Geschichte, das unser Geschichtsbewußtsein in der DDR

entscheidend geprägt hat. Hier kamen Dokumente zur Sprache, gaben aber vor allem deutsche Widerstandskämpfer ihr Zeugnis und damit ihr Vermächtnis an die Nachgeborenen, es nie wieder zu jenem Grauen eines Faschismus kommen zu lassen, dessen Bekämpfung sie ihr Leben



**Mutter Heimat  
Sowjetisches Ehrenmal Berlin-Treptow /  
Foto: W.M.**

gewidmet hatten. So formulierte es auch „Stephan Hermlin im Gespräch mit Ulrich Dietzel“ als wichtigste Erkenntnis seines Lebens: Das Wichtigste ist die Erhaltung und Sicherung des Friedens, Kriegsdrohung beinhaltet die Lebensgefahr für die gesamte Menschheit. – Auch diese Gesprächssendung, veranlaßt durch den siebzigsten Geburtstag Stephan Hermlins, wurde, weil der Krieg und der Sieg über den Faschismus den Lebenslauf seiner Generation entscheidend geprägt hatten, zu einer Sendung über die Notwendigkeit des antifaschistischen Engagements.

### Berlin-Filme – dem Frieden verpflichtet

Für die Soldaten der Anti-Hitler-Koalition war Berlin das Ziel ihres Kampfmarsches gegen den deutschen Faschismus. Der Name der „Reichshauptstadt“ wurde zum Symbol für die Gefährdung, die für die Welt vom deutschen Imperialismus ausging. Die Westberliner „Chronos“-Filmproduktion, spezialisiert auf historische Dokumentationen, entwarf in zwei Filmen ein Bild jenes Berlins in den Phasen seines Aufstiegs zur Metropole des wilhelminischen Reiches („Berlin zur Kaiserzeit – Glanz und Schatten einer Epoche“) und seines Untergangs im Bombenhagel des Krieges, der von hier seinen Ausgang nahm („Bomben auf Berlin

– *Leben zwischen Furcht und Hoffnung*“). Irmgard von zur Mühlen bereitete ein sorgsam recherchiertes Dokumentenmaterial auf; der Fakt bewegte in seiner dialektischen Darbietung im politischen Umfeld. Der Kommentar blieb sachlich, referierend. Der Zuschauer mußte seine Erfahrung mit einbringen, aus seiner individuellen Haltung die Filmbilder ergänzend ausdeuten. Diese beiden Dokumentationen wurden durch einen Film über das neue Berlin, die Hauptstadt der DDR, ergänzt, den Rolf Schnabel unter dem Titel „Berlin im Frieden“ drehte – eine Stadt, die mit den schlimmen Traditionen gebrochen, die den Krieg und seine Folgen überwunden hat und sich deshalb als Hauptstadt des sozialistischen deutschen Staates zum Frieden und zur Friedensbewegung verpflichtet fühlt.

### Erinnerung und Mahnung

Die Fülle der Beiträge, die dem Jubiläum des Sieges der antifaschistischen Kräfte über den Hitlerfaschismus gewidmet waren, kann in diesen wenigen Zeilen nicht annähernd erfaßt werden. Am Ende sei nur noch ein Dokument benannt, dem besonderer Wert zukommt. Einen Monat nach der Kapitulation der faschistischen deutschen Wehrmacht vor den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition fand auf dem Roten Platz in Moskau eine Siegesparade statt.

Frontkameraleute, die den siegreichen Vormarsch der Roten Armee von Rußland bis Berlin begleitet hatten, filmten diesen historischen Abschluß des Kampfes um „Leben oder Tod der Sowjetvölker“, um „Freiheit oder Knechtschaft“ (Marshall Shukow). Das Fernsehen strahlte dieses historische Dokument aus dem Jahre 1945 nun wiederum aus („Die Siegesparade – Roter Platz, 24. Juni 1945“). Der Stellvertreter des Obersten Befehlshabers, Marshall Shukow, zog in seiner knappen Rede im Juni 1945 auf dem Roten Platz in Moskau die Bilanz des opferreichen Ringens der Völker der Sowjetunion: „Zu Beginn des Krieges glaubten nicht nur die Feinde, sondern auch viele unserer Freunde im Ausland, daß die Rote Armee dem gewaltigen Druck der deutschen Kriegsmaschinerie nicht standhalten können. Jedoch wir, die wir von der Partei geführt wurden, wir waren fest überzeugt vom Sieg unserer gerechten Sache ... Der Große Vaterländische Krieg hat sich vollendet. Ein in der Geschichte einmaliger Sieg wurde errungen. Ruhm den siegreichen Kämpfern, die Ehre, Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat verteidigt haben!“ – Die historischen Bilder jener Siegesfeier bewegten in ihrer Unmittelbarkeit über die historische Distanz der seither vergangenen vier Jahrzehnte hinweg; waren Erinnerung und zugleich Mahnung, den Anfängen zu wehren, die in einen neuen Krieg führen können.

**Peter Hoff**

Aus: FFdabei, Nr. 24/1985

## AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

## Der Erste Mai in Moskau

„Und wenn es regnet?“ – „Es regnet nie am Ersten Mai!“

Es regnete nicht. Ich weiß nicht, ob es am Ersten Mai in Moskau nie regnet – russische Freunde, die man befragte, behaupteten das steif und fest –, aber an diesem Ersten Mai jedenfalls brach nach einem zeitigen, sanft-kühlen Frühjahr ein gewaltiger Sommer herein. In einem frischgewaschenen Himmel schlug die rote Fahne des Kreml. Der Morgen war still, mit elektrischer Erwartung geladen. Auf den Boulevards standen die Ketten der Miliz, um den Verkehr zu sperren und die Straßen für die Demonstration zu sichern. Die ersten Eiskäuferinnen bezogen an den Ecken ihre Posten – der Tag würde heiß werden und das Geschäft rege.

Der Weg von unserem Hotel zum Roten Platz beträgt nur einige hundert Meter, aber an diesem Morgen hatten wir mehr als eine Stunde zu gehen, ehe wir auf der Tribüne Platz nehmen konnten. Nur in einem weiten Bogen konnten wir den Platz erreichen, inmitten einer Menge von Arbeitern, Schülern, Liebespaaren und würdigen Generälen in hellblauer Paradeuniform und mit einem Kind an der Hand vorbei an eisessenden Matrosen, die neben ihren Gewehrpyramiden das Zeichen zum Aufbruch erwarteten.

Von der Wassili-Kathedrale her, einem wilden schönen Traum in Rot und Grün – auf die Drachenschuppen ihrer Dächer stürzt Sonne – betritt man den Roten Platz, sieht man das Menschenmeer auf den Tribünen, die militärischen Einheiten, die die Parade eröffnen sollen, in unendlich langer Front. Schüler der Militärakademie, die Matrosen der Sowjetflotte stehen da, einem gerade gegenüber, ihre Gesichter sind dem Kreml zugewandt, den man auf der Tribüne im Rücken hat. Das sind nun schon einige Zehntausend, aber man hört kein lautes Geräusch, die Luft scheint zu knistern. Man hat mir gesagt, daß Stalin eine Minute vor zehn kommen würde. Die Leute auf den Tribünen unterhalten sich, scherzen, doch immer wenden sich ihre Blicke der großen Uhr am Glockenturm zu. Es sind Menschen aus allen Gegenden der Sowjetunion, Delegierte, die besten Arbeiter und Direktoren des riesigen Landes, Wissenschaftler; übrigens auch viele Ausländer: zehn Meter weiter eine Gruppe von Indern, bulgarische, jugoslawische, tschechoslowakische Offiziere, weiter unten vor dem Lenin-Mausoleum stellen sich die Militärattachés auf. Der Kirgise neben mir hält sein breitflächiges

Gesicht in die Sonne und blickt sanften Auges hinüber zu den Bildern Lenins und Stalins und den mächtigen Spruchbändern: „Gruß den demokratischen Völkern, die den Frieden verteidigen!“

Es ist eine Minute vor zehn, und von irgendwoher kommt Händeklatschen, breitet sich aus, nähert sich. Stalin ist fast unbemerkt, in Begleitung des alten Reitermarschalls Budjonny, aus dem Tor hinter dem Mausoleum gekommen, hat das Mausoleum bestiegen, grüßt links und rechts zu den Tribünen hin. Da ist er, der berühmte, alte Mann, der Freund und Nachfolger Lenins, der Organisator der sozialistischen Gesellschaft – so wie man ihn unzählige Male auf Bildern gesehen hat. Eine Militärkapelle in der Mitte des Platzes, vor der jenseitigen Häuserfront, beginnt mit einem Marsch, von links her sprengt der Marschall Bulganin, der Chef der Sowjetarmee und Verteidigungsminister, heran, und nun entwickelt sich ein seltsames, sehr erregendes Schauspiel. Bulganin prescht über den Platz, hält sein Pferd scharf vor jeder Einheit an (die Kapelle verstummt in der gleichen Sekunde, als bringe das im Marschtakt galoppierende Tier die Musik hervor), ruft den Soldaten zu: „Ich grüße Sie, Genossen!“ Und skandierend gibt die Einheit zurück: „Wir grüßen Sie, Genosse Marschall!“ Und während Galopp und Marsch wieder aufgenommen werden, rollt wie ein Sturm, von einem Flügel her begonnen, das russische „Urr-a-a“ hinter dem Weiterjagenden her. Die Besichtigung beendend steigt Bulganin vom Pferd, besteigt das Mausoleum, auf dem inzwischen die ganze Regierung erschienen ist (man erkennt und zeigt einander Molotow, Kaganowitsch, Shdanow, Beria, Schwernik und andere), das Orchester intoniert feierlich-machtvoll die Nationalhymne, und gleichzeitig scheint der blaue Himmel über Moskau zu bersten: Dutzende unsichtbarer Batterien schießen Salut. Die Parade beginnt.

Sie dauert beinahe eineinhalb Stunden, mit den Offiziersabteilungen der Militärakademie, mit Grenzschutz, Marine, Infanterie, Kavallerie, motorisierten Fallschirmjägern, Minenwerfern und Katjuschas, schwerster Artillerie, Kradfahrern, Hunderten von Panzern ... Den Beschluß bilden einige Dutzend schwere Bomber, Jäger, Düsenjäger. Dies alles ist von höchster Präzision, achtunggebietend, ernst, ohne Verkrampfung und Herausforderung, aber vom Bewußtsein der eigenen Stärke durchdrungen. Dies alles ist auch eine stumme Ansprache, und die lautet

etwa so: Seht her, hier ziehen nicht nur wir, die Eroberer von Bukarest, Belgrad, Warschau, Prag, Wien, Berlin, die Befreier von dem Alpdruck des Faschismus – hier ziehen, auf gleichem Platz, unsere Väter, die Partisanen von Achtzehn, Neunzehn, Zwanzig, die Matrosen von Kronstadt, Tschapajew und Laso, Frunse und Woroschilow, die barfüßigen Hungerleider, die die stolzen Armeen der Herren eurer Welt bei Zaryzin und am Perekop zerschmetterten, hier ziehen die, die niemals Krieg wollten, aber nie den Frieden genießen durften: durch eure Schuld. Seht her! Wir wollen nichts von euch, wir haben an uns selbst genug. Aber wir sind da ... Und wir sind heute hier mit einem kleinen Teil unserer Macht ... Es ist fast Mittag, als sich, in eine helle Wolke aus roten, blauen, grünen Bannern gehüllt, das Volk nähert. Nach der großen Parade entfaltet sich wie ein riesiger lebendiger Teppich die größere Manifestation der Arbeiter und Bauern. Die Sportler sind es, die die Spitze des Zuges bilden, junge Männer und Frauen, sonnengebräunt, von straffer Elastizität, in tänzerischem Marschschritt zum Fluß hinabziehend, von prächtiger Buntheit überweht. Diese sind noch, wenn auch auf eine für uns unerhörte Art, marschierend. Was nach ihnen kommt, Zehntausende, Hunderttausende, Millionen, fließt, strömt, brandet dahin. Männer und Frauen, junge und alte, die Kinder auf den Schultern der Väter reitend. Die engere Zusammengehörigkeit von Teilen dieser wandernden Bevölkerung wird bestimmt von Spruchbändern, die die Namen von Bezirken und Betrieben tragen, von Forderungen, Lösungen, graphischen Tabellen, Bildern der politischen Führer, der bekanntesten Künstler und Arbeiter. Die Musik vermischt sich mit dem Geräusch zahlloser Schritte, mit den unaufhörlichen Rufen, dem in der Menge aufflackernden Beifall. ... Dieser Zug ist endlos, gewiß, man sagte uns, daß Moskau heute sieben Millionen Einwohner zählt. „Komponisten! Gebt uns eine volksnahe Musik!“ fordert ein Transparent, das Arbeiter vorbeitrugen. Wir entsinnen uns: der Kongreß der Sowjetkomponisten tagt in Moskau um diese Zeit; wir sind Zeugen der heißen Diskussion um Schostakowitschs und Prokofiews letzte Werke. Wir wissen nun, was diese von esoterischen Ästheten und Nihilisten geschmähte Volksnähe bedeutet, wenn vor uns neben dem Bild eines bekannten Stachanowarbeiters das Porträt Puschkins vorbeigetragen wird – auch er (und wie viele andere!) sind heimgekehrt zu

ihrem Volk, in die Mitte ihres Volkes, welch großes Geschick ... Auch diese Bilder Puschkins und Lomonossows sind Teil der stummen Ansprache, die wieder neu begonnen hat: Seht her, wir dürfen uns freuen, freuen, trotz allem Leid, das über uns gekommen war (durch eure Schuld). Wir dürfen uns freuen, weil wir Herren unseres Lebens sind, weil wir vorwärtsgehen, weil die Grenzen unserer Möglichkeiten immer weiter zurücktreten ... Ukrainische Gruppen ziehen vorbei, Usbekinnen mit langen Zöpfen und dunklem Lächeln, vor dem Lenin-Mausoleum lassen die kleinen Kinder auf den Schultern der Väter die Luftballons los, die sie mitgenommen haben, der blaue Himmel ist gefleckt von Hunderten in die Ferne schwebenden Luftballons, Burschen mit Harmonikas schlendern spielend im Zuge mit und reißen die Nachbarn zum Tanz hin. Über den Roten Platz spannt sich ein Regenbogen aus Staub, Tränen, Liedern, Rufen,

Musik ... Ich habe mich unter die Menge gemischt. Auf der Tribüne ist es unerträglich heiß geworden. Auf einem weiten Umweg bin ich ins Hotel gekommen. Unten ziehen immer noch unendliche Züge die Gorkistraße entlang zum Roten Platz hin ... Es ist vier Uhr geworden. Die Stadt ruht in der Hitze des späten Tages. Eine freundliche Trägheit bereitet den Abend vor, den Abend mit Kühle und dem Glanz der Gestirne. Dann erst beginnt die „zweite Demonstration“, ein erstaunliches, unablässiges Quellen und Wirbeln der Massen, die aus den Häusern hervorbrechen, sich vereinigen, den Verkehr der Riesenstadt noch einmal, diesmal ohne Hilfe der Miliz, stilllegen. Gegen neun Uhr, während am dunklen Himmel die Garben der Raketen aufflammen, blaue Scheinwerfer über den Dächern kreisen, Tausende von Leuchtschriften an den Fassaden zu spielen beginnen, Lautsprecher Tanzmusik in die Straßen werfen, ziehen von der Gorkistraße,

und nicht allein von da, Hunderttausende noch einmal nach dem Stadtzentrum, füllen Maneshnaja und Roten Platz, singend, tanzend, eisessend, limonadetrinkend. Die Milizionäre haben resigniert die Verkehrsampeln im Stich gelassen. Auf allen größeren Plätzen haben auf rechtzeitig errichteten Bühnen die Vorstellungen begonnen, die die ganze Nacht durch kein Ende nehmen: Sänger, Tänzer, Rezitatoren, Akrobaten folgen einander ohne Pause. Als liege Moskau auf einer riesigen Drehscheibe, hat die Stadt, im Dunkel blühend, begonnen, sich um eine imaginäre Achse zu drehen. Im Wirbel der Lichter, im Wogen der menschlichen Zahllosigkeit fliegt Moskau dahin ...

Stephan Hermlin

„Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 5/6-1948 (2. Jahrgang)

Unser RF-Leser **Norbert Staffa** aus Großolbersdorf, der sich im Verein „Erzgebirgsfreunde Rußlands e.V.“ engagiert, sandte uns das von den Mitgliedern des Vereins erstellte Buch „Erinnerungen an deutsch-russische Begegnungen“ zu, aus dem wir eine der 20 zusammengetragenen Geschichten hier vorstellen.

## Die Katze Mascha

Es war im Jahre 1995, als ich eine Touristenreise nach St. Petersburg unternahm. Wir hatten einen langen Tag hinter uns. Unsere Reiseleiterin Olga hatte uns durch mehrere touristische Highlights der Stadt geführt. Im Hotel zurück merke ich, daß ich seit der Mittagsstunde noch keinen Bissen zu mir genommen habe. Ich ging noch einmal in Richtung Newski Prospekt, um ein Straßenrestaurant aufzusuchen. In der „Stolowaja Nr. 1“, direkt am Newski, fand ich einen ruhigen Platz. Am Tisch saß eine ältere, weißhaarige Frau. Ich wünschte auf russisch einen guten Abend. Meine Tischnachbarin betrachtet mich freundlich. Sie hat einen schwarzen Tee vor sich stehen und einen Schwenker mit Weinbrand daneben. Später sehe ich, daß sie die Hand am unteren Teil des Stuhles hat. Dort steht eine Ledertasche, aus dem ein Katzenköpfchen hervorschaut, welches sie gelegentlich kraut. Als sie meinen erstaunten Blick sieht, sagt sie in bestem Deutsch: „Das ist Mascha, sie begleitet mich immer.“ Sie fragt mich nach woher und wohin, und ich erzähle ihr ein bißchen über meine Reise. Dann sage ich: „Sie lieben Ihre Katze, man spürt Ihr gutes Verhältnis zu dem Tier.“ „Ja“, sagt sie, „ich liebe Mascha, sie sieht genauso aus wie unsere Mascha, die uns vielleicht einmal das Leben gerettet hat.“ Ich schaue sie fragend an. Und sie erzählt: „Die Deutschen kamen“, wie Sie wissen, „nicht immer als gebetene Gäste. Ich war sechs Jahre alt, als ihre Flugzeuge über die Stadt dröhnten. Unsere Stadt war ihnen besonders verhaßt, weil sie Lenins Namen trug. Hitler

hatte beschlossen, uns auszuhungern. Im September 1941 war die Stadt eingekesselt und von der Versorgung abgeschnitten. Mutter arbeitete als Kranführerin im Kirowwerk. Ich war klein, kann mich aber gut erinnern, wie die Bombenflugzeuge kamen. In der Nachbarwohnung war Onkel Wanja, ein Invalide. Er schaute nach mir und war mein Spielgefährte. Bald gab es Lebensmittelmarken. Als Arbeiterin im Rüstungsbetrieb erhielt Mutter am Anfang pro Tag eine Brotration von 600 Gramm. Das scheint viel. Aber es gab ja sonst fast nichts. Wenige Gramm Fett und Fleisch. Der Winter 1941 war schlimm. So kalt war lange kein Winter gewesen. Wir heizten mit allem, was brennbar war. Möbel, Bücher, Treppengeländer, Holzdielen, Laub, Zweige. Einmal traf uns ein schreckliches Unglück. 14 Tage vor Monatsende verlor Mama auf dem Weg von der Arbeit einen Teil der Lebensmittelmarken. Wir waren verzweifelt. Zuerst half Onkel Wanja mit seiner Ration aus, aber das war fast nichts. Mama verkochte Tapetenleim, von dem noch ein Rest in unserer Schublade lag. Auch Papas Lederweste wurde fein zerschnitten und gekocht. Es gab ab diesem Winter in Leningrad weder Katzen noch Hunde, es gab weder Ratten noch Krähen. Der Hunger begann die Menschen einer ganzen Stadt zu fällen. Während der Blockadezeit starben eine Million Menschen an Hunger. Eines Tages war bei uns nichts mehr da, was zur Nahrung hätte dienen können. Da mußte Onkel Wanja Mascha holen. Wir überlebten deshalb die Zeit, bis wir die nächsten Lebensmittelmarken erhielten. Bald starb Onkel Wanja. Da

war ich sieben Jahre alt. Trotzdem kam ich zur Schule.

Es war noch Sommer. An eines kann ich mich gut erinnern. Im August 1942 wurde über alle Radiosender und die in der Stadt funktionierenden Lautsprecher die 7. Sinfonie von Dimitri Schostakowitsch uraufgeführt. Sie war überall zu hören. Sogar die Deutschen hörten sie, an der Front, vor der Stadt. Ich glaube, es graute ihnen, als aus der zerstörten, verhungerten Stadt klassische Musik erklang. Ich wußte nicht, daß es die „Leningrader Sinfonie“ war. Aber ich weiß bis heute, etwas Entscheidendes war geschehen durch diese Musik, die das ganze Land hörte. Im Herbst 1942 wurde ich mit anderen Kindern evakuiert. Mutter blieb, wir sahen uns erst nach Beendigung der Blockade 1944 wieder. Unser Haus war unversehrt geblieben. Als ich in unsere Wohnung kam, saß dort eine kleine Katze. Das war eine neue Mascha. Seither hat mich Mascha nie wieder verlassen. Sie ist vielleicht jetzt Mascha VI. Sie ist mein Leben.“

Ich habe keine Worte. Still gebe ich der alten Frau die Hand. Sie drückt mich sanft an sich. „Weine nicht, Mädchen, verabschiede dich lieber auch von Mascha. Sie legt darauf sehr viel Wert. Auf Wiedersehen und schöne Reise durch unser großes Land. Möge es Dir nur in guter Erinnerung bleiben und Grüße alle anständigen Deutschen von mir und Mascha.“

Irene, 5.10.2025

Redaktionell gekürzt



### Kriegstüchtig in allen Bereichen des Lebens

Gab es doch kürzlich in einer führenden Tageszeitung des Nordens auf der ersten Seite den reißerischen Titel „Kliniken sollen aufrüsten ...“, in dem das Szenario angedeutet wurde, daß im gegebenen Fall der Bündnisverteidigung täglich bis zu 1000 Schwerverwundete anfallen und zu versorgen wären. Erster Eindruck bei mir als Leser: Haben wir schon morgen Krieg? Die Gegenwart zeigt, daß wir als Deutschland schon ziemlich dicht an einem Krieg dran sind, wenn man Vasall der USA ist, bei einem Krieg der NATO (ein Bündnis, das keinen Frieden generiert) aufgrund des § 5 in die Bündnispflicht eingebunden ist und den Staat Israel bei dessen Kriegen gegen die Palästinenser, gegen Libanon und den Iran vorbehaltlos mit Waffen unterstützt. Da brauchte man sich nicht zu wundern, wenn mal hier eine Drohne oder Rakete (auch mit Atomsprenkopf) einschlägt, was sogar das Gesundheitsministerium Mecklenburg/Vorpommern einkalkuliert.

Den Russen zu unterstellen, sie wollten die Ukraine und danach das Baltikum und ganz Mittel- und Westeuropa erobern, grenzt an Kriegswahn. Obwohl es die UdSSR nicht mehr gibt, wird am alten Feindbild festgehalten, nur um eigene, westliche strategische Interessen zu bedienen. In diesem Bestreben wird über die Ukraine ein Stellvertreterkrieg des Westens gegen Rußland geführt, den die Ukraine mit einem riesigen Blutzoll bezahlen muß. Jegliche militärische Unterstützung der Ukraine durch den Westen dient nur der gewollten Verlängerung des Krieges gegen Rußland. Aber es wurden ja bis zum 23.02.22 sämtliche Vorschläge Rußlands zu einer Einigung in dieser Frage vom Westen brüsk abgelehnt. Und die von russischer Seite unterbreiteten Vorschläge wurden der Öffentlichkeit zweckdienlich nicht bekanntgegeben. Hochachtung vor dem über 80jährigen SPD-Urgestein Günter Verheugen, der nicht nur seine Partei, sondern auch die deutsche Außenpolitik vehement mahnt, auf einen Verständigungskurs mit Rußland zurückzukehren. Er sagt: „Wenn wir keine gesamteuropäische

Sicherheitsarchitektur schaffen, werden wir keinen Frieden bekommen.“ Wie wahr! Rußland gehört nun einmal zu Europa und daran wird sich nichts ändern. Europäischer Frieden ist nur *m i t*, nicht gegen Rußland zu erreichen!

Wolfgang Mengel, Stralsund

### Feindschaft mit Rußland – die Grundtorheit Europas

Im Faschismus und Krieg aufgewachsen, erlebte ich 13jährig die Zerstörung meiner Heimatstadt Dresden durch englische und amerikanische Bomber. Seither habe ich das Weltgeschehen sehr aufmerksam verfolgt und muß heute am Ende meines Lebens feststellen, daß die Menschen trotz aller trauriger Erfahrungen nicht klüger geworden sind und sich gegen ihre Interessen leicht manipulieren lassen. Ein sehr wesentlicher Aspekt für die Gesellschaft, wie auch für jeden einzelnen, ist die Haltung zu Rußland. Rußland und seine Bürger sind einer beispiellosen und völlig unzulässigen Verurteilung ausgesetzt, die nicht hinnehmbar ist. Wie das Vergehen Deutschlands an den Juden ist auch die Ermordung von über 27 Millionen Sowjetbürgern ein Verbrechen, das nicht verjährt! Europa und Rußland sind unmittelbare Nachbarn auf dieser Erde. Unfrieden vergiftet das eigene Leben. Unter den Völkern ist das nicht anders. Statt hochzurüsten, täte die Bundesregierung gut daran, eine friedliche Beziehung zu Rußland und nützliche Handelsbeziehungen herzustellen. Aber genau das tut sie nicht, genau das wird verhindert, weil sie die Kriegstüchtigkeit für die Vorbereitung eines Krieges gegen Rußland brauchen.

Dr. Klaus Freygang, Rostock

### Bangen um die Zukunft

Die selektive Wahrnehmung einiger politischer Lakaien der westlichen „Wertegemeinschaft“ angesichts des jüngsten Überfalls der USA und Israels auf den Iran und ihre Doppelmoral in Folge völliger Ausblendung ihnen nicht genehmer historischer Fakten, läßt um die Zukunft bangen. Die an heutige Erfordernisse angepaßte Bildung erleichtert den karriereförderlichen Opportunismus bis hin zu regelrechter politischer Amnesie. Zwei apokalyptische Weltkriege und unzählige strategisch gewollte Kriege der Supermacht USA nach 1945 mit teils dramatischen Auswirkungen ergaben angesichts der Zwänge kapitalistischer Gewinnmaximierung wenig bis keine fundamentalen Einsichten sowie Konsequenzen, trotz der vielversprechenden Gründung der UNO im Oktober 1945. Wohlklingende Phrasen von Freiheit und Demokratie vernebelten die konkreten Motive unseres „Bewerte“-Systems (Zitat Egon Bahr). Das sich in wenigen Händen befindliche Schuldenkartell, genannt Weltbank, hielt aufstrebende Staaten mit Krediten, genannt „Entwicklungshilfe“, folgsam. Als der Ex-IWF-Mitarbeiter H. Köhler versehentlich vom

Banker zum Bundespräsidenten avancierte, verriet er laienhaft Hintergründe gewisser Interessen und wurde flugs „zurückgetreten“. Mündig gewordene Lieferländer geraten nun, auch durch wachsenden Rohstoffbedarf, zwangsläufig mehr ins Fadenkreuz des selbst ernannten Welthegemons, der vor Ort gefügte Politattractanten installieren will bzw. muß, mit der Folge ansteigender Ungleichheit und Wegfall aller Skrupel beim weltweitem Einsatz militärischer Gewalt zur unverhüllten Erreichung klassischer imperialer Ziele.

Richard Jawurek, Markkleeberg

### Verlogene Berichterstattung

Jahrelang wurde die Berichterstattung in den allabendlichen Nachrichtensendungen über den Ukraine-Konflikt mit den Worten „der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Rußlands ...“ eingeleitet.

Nur wenige Tage nach Beginn der Angriffe der USA und Israels auf den Iran war von „völkerrechtswidrigem Angriffskrieg“ nichts mehr zu hören. Wohl, weil man sonst in den Redaktionen auch dieses Vorgehen als das hätte benennen müssen, was es ist. Das kommt in den wertorientierten Blättern selbstverständlich nicht vor. Da läßt man diesen beschreibenden Zusatz lieber im anderen Konflikt weg. Problem gelöst. Was kennzeichnet diese Angriffe auf den Iran? Heimtücke (trotz gerade laufender diplomatischer Bemühungen und Verhandlungen), Grausamkeit (bei der Liquidierung Einzelner wird der Tod Unbeteiligter bis in die dritte Generation wissentlich in Kauf genommen) und die Verwendung gemeingefährlicher Mittel (Raketen, Flugzeuge, zentnerschwere Bomben gegen einzelne Menschen). Diese drei Merkmale sind Mordmerkmale, die im 16. Abschnitt des Besonderen Teils des deutschen Strafgesetzbuches (StGB) im § 211 beschrieben sind. Hiernach macht sich strafbar, wer einen anderen Menschen vorsätzlich unter Verwirklichung eines Mordmerkmals tötet (heute noch unbestätigt Ali Laridschani). Das scheint aber in der Ausübung einer erprobten Doppelmoral in den Medien und in der Politik niemanden zu stören.

Wie manipulativ und verlogen ist das!

Ralph Wolter, Gersdorf

### Iran-Krieg

USA und Israel greifen brutal Irans Lebensadern an und starten weitere Angriffswellen, um den Krieg fortsetzen zu können. Ein Land bombardieren, um ein Regime zu beseitigen? Völkerrecht gilt da nicht? Der angerichtete Schaden trifft nicht nur das iranische Volk. Es trifft Europa und viele Länder Südasiens mit extremer Härte durch eine nie dagewesene Energiekrise und eine absehbaren Notlage für Wirtschaft und Lebensunterhalt. Ein neuer Flächenbrand breitet sich aus, ohne daß regierende Kriegs-Politiker

in der Lage sind, Antworten zu geben. Eine feindlich-globale Weltwirtschaft, wo der Stärkere glaubt, das Sagen zu haben, ist tödlich. Irans Gegenschläge werden die Antwort sein auf Trumps und Netanjahus Angriffskrieg.

**Ernst Jager, Panketal**

### **Von deutschem Boden sollte nie wieder Krieg ausgehen!**

Der gegenwärtige von den USA im Verein mit Israel vom Zaun gebrochene völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Iran im Nahen Osten belegt einmal mehr die Doppelmoral deutscher und europäischer Politstrategen, die diesen Krieg nach Kräften unterstützen. Mit aller Deutlichkeit muß man heute sagen: Der Schwur der Überlebenden des 2. Weltkrieges – Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus! – ist gebrochen. Von deutschem Boden geht schon lange wieder Krieg aus, auch jetzt wieder, denn Drohnen und Bomber, die den Iran in Schutt und Asche legen, oder das bereits im Gazastreifen getan haben, wurden und werden von Rammstein in Deutschland gesteuert und gestartet. Die gegenwärtige Haltung Deutschlands und der EU im Krieg gegen die Ukraine und jetzt im Iran ist pure Heuchelei. Man kann nicht das eine Land wegen Völkerrechtsverletzung massiv verurteilen, seine führenden Politiker beleidigen, sein Eigentum einfrieren, um es letztlich zu stehlen und dann behaupten, den anderen nichts vorschreiben zu können. Wie schon in vielen Kriegen der USA und ihr Verbündeten in der Vergangenheit, sind die Gründe für den Krieg an den Haaren herbeigezogen. Der Vorwurf, der Iran hat die Absicht Atombomben zu bauen, ist selbst durch die Internationale Atomenergiebehörde nicht belegt. Im übrigen hatte das geistliche Oberhaupt des Iran, Ajatollah Ali Chamenei den Bau so einer Waffe verboten. Im Gegensatz dazu besitzt Israel mehrere Atombomben, aber als Demokratie bedroht es damit natürlich nicht seine Nachbarn. Als letzten triftigen und berechtigten Grund für den Angriff werden die inneren Spannungen im Iran und das Vorgehen der Sicherheitskräfte benannt. Wenn das als Grund gelten soll, hätte man schon lange gegen den Völkermord Israels gegen seine palästinensischen Mitbürger intervenieren müssen. Hat man nicht! Jetzt durch die Bundesregierung Waffen für den Nahen Osten freizugeben und das als Verteidigung zu deklarieren, verkennt Ursache und Wirkung. Der Iran greift zu allererst Stützpunkte der USA an, von denen Angriffe auf sein Land geflogen werden. Das sollte man wohl als Selbstverteidigung gelten lassen.

**Ralf Kaestner, Bützow**

### **Wohlstand und Reichtum im Alter für alle?**

Viele Bürger fallen immer wieder auf die gleichen Märchen und Rattenfänger herein. Ein Renner der Verdummung ist dabei nach wie vor die Altersvorsorge. Daß Geld arbeiten

könne, reich machen würde und zu Wohlstand im Alter führen könne, ist nur sehr schwer aus den Köpfen zu bringen. Medien des Kapitals haben freilich auch größtes Interesse am Erhalt und steten Nähren der Illusion. Jeder Spieler kann verlieren und gewinnen, kann seine Existenz gefährden und gibt dennoch die Hoffnung auf den großen Gewinn nicht auf. Das funktioniert auch mit den neuesten Ankündigungen nicht anders. Die Euphorie der Riester, Raffelhüschen, Rürup, bis in die Gewerkschaften hinein, dürfte noch in manchem Ohr klingen. Der Ruf der Börsen, ETFs, Aktien und Co. erklingt in höchsten Tönen der Erwartung, und elitäre jugendliche Klugscheißer transportieren die Erwartungen an die Wohlstandssicherung im Alter. Wieder macht niemand die Rechnung mit denen, die an diesen Geschäften profitieren wollen und nicht aus reiner Nächstenliebe Brosamen spenden. Gewinner und Profiteure an den Börsen kennen wir. Nur, sind das mehrheitlich jene, die Monat für Monat der Lohnarbeit nachgehen und sich etwas vom Lohn absparen?

Wie sicher müssen Aktienerträge sein, wenn wir unser Alter damit sicher finanzieren wollen? Warum sind eigentlich die Politiker nicht vor Jahrzehnten auf die geniale Idee gekommen und haben die arbeitende Klasse mit der Aktienrente beglückt? Kennen denn nicht viele die Versprechen mit den Volksaktien? Wieviele haben sich damit ihren Wohlstand im Alter erworben? Erfahrung zeigt, so ein Kommentar in der neuen Zeitung Ostdeutschlands, daß noch immer Versicherungs- und Bankenlobby kräftig zu ihren Gunsten Einfluß nehmen. Das bedeutet letztlich, wie es schon bei Marx nachlesbar ist, nachdem der Lohn auf unserem Konto ist, fallen noch Heerscharen anderer über uns her, die unser schwer verdientes Geld wollen. Wer macht den größten Reibach bei der Privatisierung der Rente? In jedem Fall das Finanzkapital und der Staat, der sich von seiner sozialen Verantwortung immer weiter verabschiedet. Alle Schönrechnerei macht die neueste Gaunerei nicht besser. Man kann sich Renditen mit acht und mehr Prozent vorrechnen lassen, ob und wie sie eintreten, mit Erreichen der Altersgrenze noch real existieren oder längst den Bach runter sind in einer krisenhaften Wirtschaft des Kapitals, wer will das wissen, garantieren?

Garantiert ist nur eines: die Reichsten werden reicher, die Armen ärmer. Der Reiche und Profiteur an den Märkten kann von seinem Reichtum im Alter immer leben und weiter spekulieren. Der Lohnabhängige wird es auch weiterhin nur in engsten Grenzen können.

**Roland Winkler, Aue**

### **Die „sexualisierte“ Gewalt der Reichen und Mächtigen**

Nach feministischer Definition bedeutet „sexualisierte Gewalt“ im Gegensatz zu „sexueller Gewalt“ den Schaden, den die Gesamtpersönlichkeit durch gewaltsamen Sex

erfährt. Es geht um die traumatisierte und erniedrigte Persönlichkeit. Dies gilt insbesondere für zwanghaften Sex mit Kindern und Jugendlichen bzw. abhängigen Persönlichkeiten. Wie in jüngster Vergangenheit erneut aufgerollt, handelt es sich bei den Tätern vornehmlich um reiche, mächtige Menschen und christliche Würdenträger. Dafür sprechen die Taten des Multimillionärs und Investmentbankers Jeffrey Epstein, der durch Suizid 2019 starb. Er unterhielt ein ganzes Netzwerk u.a. von pädophilen Tätern. In den umfangreichen Akten Epsteins wurde die Verwicklung der weltweiten high society deutlich, wie z.B. das Königshaus in Großbritannien. Auch der Name vom US-Präsidenten Trump tauchte auf. Aktualisiert durch neue Fakten wurden die pädophilen Mißbrauchsfälle in der Kirche durch kirchliche Würdenträger um den Kardinal und Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt. Woran liegt das? Ist das die unterdrückte Sexualität mit dem Zölibat bei den Kirchenämtern selbst? Es ist weiterhin zu fragen: Macht Reichtum, Macht und Ruhm krank? Oder macht der Kapitalismus krank?

**Uwe Moldenhauer, Hemer**

### **Die Linke muß endlich klare Kante pro Frieden und Menschenrechte im Nahen Osten zeigen**

Die weltpolitischen Ereignisse führen bewußt oder unbewußt in den Parteizentralen der Linken und auch bei den Mitgliedern zu ideologischen Bekenntnissen sowie Interpretierungen, die man auch verharmlosend als „Irrungen und Wirrungen“ bezeichnen kann. Anstatt für Klarheit und Orientierung zu sorgen, wird innerhalb der Partei Die Linke erneut der Kampf um die Deutungshoheit in der Israel-Palästina-Frage mit Leidenschaft, aber wenig Kenntnis und Sachverstand geführt. Ursächlich dafür verantwortlich ist m. E., daß man in der Partei, mit Gysi beginnend, dem völlig unbestimmten und substanzlosen Begriff einer bedingungslosen Unterstützung Israels (Staatsräson) das Wort geredet hat. Dabei wird unkritisch ausgeblendet, daß alle Beteiligten auf beiden Seiten für den Konflikt und seine Auswirkungen auf die Menschen Verantwortung tragen. Eine einseitige Parteinehme ist dabei wenig hilfreich. Dem will der umstrittene Beschluß auf dem Landesparteitag differenziert Rechnung tragen. Daran zu erinnern und auf die Einhaltung der Menschenrechte zu dringen, hat nichts, aber auch gar nichts, mit Antisemitismus zu tun. Da hat das Sprichwort: „Keiner kann in Frieden leben, wenn es sein Nachbar nicht will“, seine unleugbare Berechtigung. Und das betrifft in heutiger Zeit die genozidale Kriegsführung der israelischen Staatsführung im Gaza und deren anlaßlose Bombardierung des Iran bzw. des Libanon. Die erkennbare Kopf- und Hilflosigkeit in der Parteiführung der Linken ist beschämend.

**Raimon Brete, Chemnitz**



**Soldaten der Roten Armee feiern am 9. Mai 1945 den Tag des Sieges vor dem Reichstag in Berlin**

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0157 - 524 461 43  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

**Layout:** Hinkelsteindruck, soz. GmbH  
**Herstellung:** Evertz Berlin Papier GmbH

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900  
ISSN (Online) 2628-7897

### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Matin Baraki  
Ralph Dobra  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Dr. h.c. Gerhard Giese  
Georges Hallermayer  
Dr. Ralf Hohmann  
Lutz Jahoda  
Rico Jalowitzki  
Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Prof. Dr. Anton Latzo  
Dr. Holger Michael  
Reiner Neubert  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)  
Hans Schoenefeldt  
Dr. Joachim Seider  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

### Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes  
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30  
vertrieb@rotfuchs.net

### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73  
WDockhorn@t-online.de

### Finanzen:

Gabriele Parakeninks  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Mail: parakeninks@rotfuchs.net  
Tel. 0151/68 51 51 56

### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
Berliner Sparkasse

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.